

156. Rechenschaftsbericht des Regierungsrates an den Kantonsrat von Appenzell Ausserrhoden 2014





Vorwort	3
Regierungsrat	5
Kantonskanzlei	9
Departement Finanzen	14
Departement Bildung	20
Departement Gesundheit	26
Departement Bau und Umwelt	33
Departement Volks- und Landwirtschaft	41
Departement Sicherheit und Justiz	49
Departement Inneres und Kultur	56
Statistischer Anhang	65

Vorwort

Sehr geehrter Herr Kantonsratspräsident
Sehr geehrte Kantonsrätinnen und Kantonsräte

Mit diesem Bericht legt der Regierungsrat Rechenschaft über das Jahr 2014 ab. Der Bericht knüpft formal an die Berichte der Vorjahre an. Das Konzept hat sich bewährt und wurde wieder in kleineren Punkten ergänzt.

Die Bevölkerungsstatistik des Bundesamts für Statistik 2013 und die neuesten Zahlen aus den Erhebungen der Gemeinden 2014 belegen, dass die Ausserrhoder Bevölkerung wieder wächst, wenn auch langsamer als in anderen Kantonen. Das Ziel, das sich der Regierungsrat im Regierungsprogramm 2012 - 2015 gesetzt hat, nämlich eine Einwohnerzahl von 55'000, sollte in naher Zukunft erreicht werden. Die verstärkte Bautätigkeit in den vergangenen Jahren und das damit verbesserte Angebot an attraktivem Wohnraum führen nun mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung zu einem schnelleren Bevölkerungswachstum. Das solide Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre trug seinen Teil zu dieser erfreulichen Entwicklung bei.

Die zum zweiten Mal aufgeführte Beschäftigtenstatistik des BfS zeigt, dass das Total der Beschäftigten bereits im 2012 stagnierte. Erfreulich ist indessen, dass im Dienstleistungssektor zumindest eine leichte Zunahme der Beschäftigten zu verzeichnen ist. Dank der guten Wirtschaftslage und der seit 2008 unvermindert hohen Dynamik bei den neu in Appenzell Ausserrhoden domizilierten Gesellschaften wird deutlich, dass auch die Steuerstrategie des Regierungsrates nun allmählich greift.

Das Programm zur Entlastung des Staatshaushaltes hat 2014 erste Wirkungen gezeigt. Dank höheren Steuereinnahmen konnte das Defizit sowohl im operativen Ergebnis als auch im Gesamtergebnis gegenüber dem Vorjahr deutlich reduziert werden. Gleichzeitig liefen die Arbeiten an den verschiedenen Komponenten des Programms auch 2014 weiter. Der Kantonsrat verabschiedete mit grossem Mehr das Entlastungspaket 2015/2016. Regierungsrat und Verwaltung konnten mit der Aufgabenüberprüfung den ersten Teil der Entlastungen in der Verwaltung realisieren.

Das prägende politische Projekt war 2014 die Reform der Staatsleitung. Mit dem deutlichen Ja am 18. Mai 2014 ebneten die Ausserrhoder Stimmberechtigten den Weg für einen Umbau der politischen Institutionen und für eine Neuordnung des Verhältnisses zwischen den obersten Organen des Kantons. Der Regierungsrat initiierte die Folgeprojekte für einen Umbau der kantonalen Verwaltung von sieben auf fünf Departemente. Dieser kombinierte Gesetzgebungs- und Reorganisationsprozess beanspruchte den Regierungsrat und die gesamte Verwaltung vor allem in der zweiten Jahreshälfte stark.

Eine weitere grosse Neuerung kam mit der Umsetzung des neuen Finanzhaushaltsgesetzes. Zahlreiche Elemente der finanziellen Steuerung mussten angepasst werden. Auch die Zusammenarbeit mit der neuen externen Finanzkontrolle galt es zu entwickeln. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen, befindet sich aber auf gutem Weg.

Das Projekt eines gemeinsamen Spitalverbundes mit Appenzell Innerrhoden wurde von beiden Regierungen zu Beginn des Jahres 2014 abgebrochen. Im Verlauf des Projekts zeigte sich, dass sich die wirtschaftliche Basis für einen gemeinsamen Spitalverbund verändert hat und ein Zusammengehen der beiden Spitäler betriebswirtschaftlich nicht mehr angebracht ist. Damit scheiterte ein hoffnungsvoll gestartetes Projekt für eine verstärkte interkantonale Zusammenarbeit.

Regierungsrat und Kantonsrat verabschiedeten 2014 eine Reform des Gesetzes über die politischen Rechte. Diese verschiebt die Sitzverteilung im Kantonsrat zugunsten der grösseren Gemeinden. Welche Auswirkungen diese Reform auf die politische Zusammensetzung des Kantonsrates hat, lässt sich noch nicht abschätzen. Die Gesamterneuerungswahlen 2015 werden hier Hinweise geben.



Der Regierungsrat dankt allen Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung und der angeschlossenen Anstalten herzlich für ihren Einsatz. Gerade das Jahr 2014 mit seinen zahlreichen Grossprojekten verlangte von sämtlichen Mitarbeitenden einen grossen zusätzlichen Einsatz. Darunter durfte das Tagesgeschäft natürlich nicht leiden. Diese Gratwanderung war besonders anspruchsvoll.

Ein Dank geht auch an den Kantonsrat. Sie, geschätzte Damen Kantonsrätinnen und Herren Kantonsräte, haben mit Ihren Entscheiden Weichen gestellt, die den Kanton nachhaltig verändern werden.

Im Namen des Regierungsrates

Marianne Koller-Bohl, Landammann

Roger Nobs, Ratschreiber

Regierungsrat

1. Allgemeines

Der Regierungsrat traf sich zu 38 ganz- oder halbtägigen Sitzungen. Dabei fasste er insgesamt 580 Beschlüsse. Neben den formellen Sitzungen fanden 16 Strategiesitzungen und zwei eineinhalbtägige Klausuren statt. Thematisch bildeten die Reform der Staatsleitung bzw. die Reorganisation der kantonalen Verwaltung sowie das Regierungsprogramm 2016-2019 die Schwerpunkte dieser Strategieblöcke. Daneben liess sich der Regierungsrat über verschiedene andere Themen informieren.

Auch 2014 traf sich der Regierungsrat mit den Wirtschaftsverbänden zu einem Austausch. Er liess sich dabei aus erster Hand über die Ergebnisse des Monitoringberichts informieren und diskutierte diverse wirtschaftspolitische Fragen. Im Vordergrund standen in diesem Jahr finanzpolitische Fragestellungen.

Im Rahmen des Wirtschaftsdialogs besuchten Delegationen des Regierungsrates zusammen mit den Gemeinderäten der Standortgemeinden folgende Betriebe: Elbau Küchen AG in Bühler, die Deponie Vorderland AG in Rehetobel sowie die Höhibau AG in Hundwil. Im Dezember besuchte der Regierungsrat auf Einladung der Armee die Kaserne Herisau und tauschte sich dabei mit dem Kommandanten der Rekrutenschulen Herisau sowie mit dem Vertreter des Waffenplatzes aus.

Am 21. Februar 2014, dem 100. Jahrestag der ersten Sitzung des Regierungsrates im damals neu erstellten Regierungsgebäude, führten die Mitglieder des Regierungsrates insgesamt 141 interessierte Besucherinnen und Besucher durch die Gänge und Sitzungszimmer. Im Anschluss an die Führungen pflegten Regierungsräte und Besuchende den direkten Austausch.

2. Wichtige Geschäfte

Am 18. Mai haben die Stimmberechtigten von Appenzell Ausserrhoden der Teilrevision der Kantonsverfassung und damit einer Reform der Staatsleitung zugestimmt. Die Reform sowie die beiden Folgeprojekte «Reorganisation kantonale Verwaltung» und «Teilrevision Organisati-

onsgesetz» forderten den Regierungsrat im Berichtsjahr stark. Es galt, die komplexe Reorganisation konzeptionell und planerisch vorzubereiten. Gleichzeitig sind fünf der sieben Mitglieder des Regierungsrates im Projektlenkungsausschuss engagiert und leiten darüber hinaus je eines der fünf Teilprojekte zur Organisation der fünf neuen Departemente. Im Juli schickte der Regierungsrat eine Teilrevision des Organisationsgesetzes in die Vernehmlassung. Diese Vorlage enthält die Eckpunkte der neuen Departementsorganisation und bildet die Leitplanke für das gleichzeitig laufende Reorganisationsprojekt. Die Teilrevision wurde in der Vernehmlassung positiv aufgenommen und vom Regierungsrat mit kleinen Änderungen im Oktober zuhanden des Kantonsrates in erster Lesung verabschiedet. Das Entlastungsprogramm 2015/2016 verabschiedete der Regierungsrat im Berichtsjahr in zweiter Lesung. Der Kantonsrat folgte ihm in der Juni-Sitzung weitgehend. Damit können erste Entlastungsmassnahmen 2015 wirksam werden. Im Rahmen des Entlastungsprogramms 2015/2016 lief zudem das Projekt «Aufgabenüberprüfung», das 2014 in die Umsetzungsphase gelangte. Im Voranschlag 2015 konnten Einsparungen aus der Aufgabenüberprüfung im Umfang von über Fr. 4 Mio. aufgenommen werden. Im Herbst verschmolz der Regierungsrat die «Reorganisation» und die «Aufgabenüberprüfung» zu einem Gesamtprojekt mit über 10 Teilprojekten. Der Kantonsrat unterstützte die Stossrichtung des Regierungsrates und sprach im Dezember einen Verpflichtungskredit über Fr. 1,3 Mio. zur Umsetzung der Reorganisation und der Aufgabenüberprüfung. Die 2013 in Auftrag gegebene Analyse der Ausgaben von Kanton und Gemeinden (sog. Makro-Analyse) wurde nach intensiver Prüfung der Zahlen nicht weiterverfolgt. Es zeigte sich, dass die Vergleichbarkeit unter den Kantonen nicht dergestalt ist, dass auf dieser Basis Massnahmen beschlossen werden könnten. Der Regierungsrat begann im Berichtsjahr mit der Erarbeitung des Regierungsprogramms 2016-2019. In einer ersten Phase verabschiedete er im Mai das Vorgehenskonzept. Darauf basierend erarbeitete der Regierungsrat an zwei Klausurtagungen erste inhaltliche Aussagen. Die Zwischenergebnisse wurden im September mit der Departementssekretärenkonferenz diskutiert und weiterentwickelt. Derzeit findet in Phase 3 das Mitberichtsverfahren in den Departementen statt. Eine umfangreiche Teilrevision des Baugesetzes wurde vom Regierungsrat in erster Lesung verabschiedet und

vom Kantonsrat im September gutgeheissen. Zurückgehend auf eine Motion der Kantonsräte Florian Hunziker und Willi Rohner verabschiedete der Regierungsrat eine Teilrevision des Gesetzes über die politischen Rechte. Sie hatte zum Ziel, die Verteilung der Kantonsratssitze auf die Wahlkreise (die Gemeinden) neu zu regeln. Die Vorlage wurde mit hohem Tempo vorangetrieben, um ein Inkrafttreten auf den 1. Januar 2015 sicherzustellen. Damit kommt die neue Verteilung bereits für die Gesamterneuerungswahlen 2015 zur Anwendung. Ein neues Gesetz zur Organisation der Ausgleichskasse AR schickte der Regierungsrat in die Vernehmlassung. Aufgrund der positiven Aufnahme in der Vernehmlassung verabschiedete er die Vorlage mit wenigen Änderungen in erster Lesung.

Aufgrund einer schriftlichen Anfrage aus dem Kantonsrat erlangten die Entschädigungen 2012 des Verwaltungsrates des Spitalverbundes erneut grosse öffentliche Aufmerksamkeit. Obwohl die Staatswirtschaftliche Kommission über sämtliche Unterlagen verfügte und bestätigte, dass alle Tatsachen bekannt seien, wurde der Ruf nach Publikation nicht öffentlicher Dokumente laut. Der Regierungsrat entschied im November zum ersten Mal überhaupt, Protokolle des Regierungsrates und einen Bericht der Stabsstelle Controlling nachträglich öffentlich zugänglich zu machen. Die Dokumente wurden im Internet publiziert. Im Zuge der Debatte um die Entschädigungen des Verwaltungsrates traten der Präsident und drei weitere Mitglieder des Verwaltungsrates per sofort oder auf Ende der laufenden Amtsdauer zurück.

3. Beziehungen zu den Gemeinden

Der Regierungsrat pflegte den direkten Kontakt mit den Gemeinderäten wiederum bei fünf Landsitzungen. 2014 tagte er in Bühler, Schönengrund, Lutzenberg, Rehetobel und Hundwil. Im Rahmen dieser Treffen informieren sich die Räte über aktuelle Themen und sprechen gegenseitige Anliegen an. Im Zentrum der Diskussionen standen das Entlastungsprogramm, die Umsetzung des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts, Raumplanungsfragen, die Gemeindestrukturen sowie die Pflegefinanzierung.

Im Zentrum des alljährlichen Treffens mit der Gemeindepräsidienkonferenz im Dezember standen die E-Government- und Informatikstrategie, das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht sowie Pflegefinanzierung.

4. Aussenbeziehungen

Die Konferenz der Kantonsregierungen beschäftigte sich schwergewichtig mit der Umsetzung der im Februar 2014 angenommenen Masseneinwanderungsinitiative. Es galt, die Interessen der Kantone frühzeitig einzubringen, damit der Bundesrat diese bei seinen Arbeiten gebührend berücksichtigt.

Die 51. Plenarkonferenz der Ostschweizer Regierungskonferenz (ORK) in St.Gallen verabschiedete eine Erklärung der Ostschweizer Kantone zur Expo 2027. Damit bekräftigte die ORK die Unterstützung der drei Trägerkantone St.Gallen, Thurgau und Appenzell Ausserrhoden. Daneben diskutierte die Konferenz über die Auswirkungen des zweiten Wirksamkeitsberichts zur Neuordnung des Finanz- und Lastenausgleichs des Bundes auf die Ostschweizer Kantone. Schliesslich präsentierten die beteiligten Kantone eine Auslegeordnung ihrer Standpunkte zur Energiestrategie 2050.

Die Internationale Bodenseekonferenz (IBK) stand 2014 unter dem Vorsitz von Appenzell Innerrhoden. Auch die IBK stand unter dem Eindruck der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative. Weiter bekräftigten die Regierungschefs der Mitgliedländer ihre kritische Haltung zum Fracking im Bodenseeraum.

Im März und im Oktober trafen sich die Regierungen von St.Gallen, Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden. Das Treffen im März in Speicher stand im Zeichen der Vorbereitung der OKR-Plenarkonferenz. Zudem liessen sich die Regierungen über das geplante Verkehrsregime in der Stadt St.Gallen informieren. Im Zentrum des Oktober-Treffens in Eggerstanden stand die Strategie der SAK im Hinblick auf die grossen Veränderungen im Strommarkt.

Aus aktuellem Anlass fanden 2014 gleich drei Sitzungen mit der Standeskommission statt. Im Februar trafen sich die beiden Regierungen zum traditionellen Treffen in Teufen. Ein Rückblick auf das Projekt «Gemeinsamer Spitalverbund Appenzellerland», eine Auslegeordnung zum Autobahnanschluss zur A1 in St.Gallen sowie die Beteiligung von Appenzell Ausserrhoden an der Appenzeller Regionalmarketing AG bildeten die Themen dieses Treffens. Am 6. Mai trafen sich die beiden Regierungen auf dem Säntis zur Schlussitzung des Jubiläums ARAI 500. Damit fand das überaus erfolgreiche Projekt seinen offiziellen Abschluss. Im Vorfeld des Dreiertreffens mit St.Gallen im Oktober trafen sich Standeskommission und Regierungsrat ausserdem zu einer kurzen Sitzung, um diverse Fragen rund um den gemeinsamen Gastauftritt am Marché Concours 2015 in Saignelégier zu klären.

Die Kontakte mit den eidgenössischen Parlamentariern wickelten sich im Wesentlichen wieder im Rahmen von vier Treffen vor den Sessionen der Eidgenössischen Räte ab. Erstmals wurden im Berichtsjahr Schwerpunktthemen definiert, welche losgelöst von den aktuellen Sessionsprogrammen diskutiert wurden. Dazu gehörte der zweite Wirksamkeitsbericht zur Neuordnung des Finanz- und Lastenausgleichs des Bundes, die Herausforderungen auf dem Strommarkt und die Folgen für die Stromproduzenten und die Verteiler, welche sich vornehmlich in öffentlicher Hand befinden.

Im Januar lud der Regierungsrat die Standeskommission von Appenzell Innerrhoden nach Urnäsch zum Alten Silvester ein. Dieses Treffen fand als Gegenbesuch zur Einladung der Standeskommission an die Landsgemeinde 2013 statt. Im April empfing der Regierungsrat dann den Regierungsrat des Kantons Nidwalden zu einem zweitägigen Staatsbesuch im Raum Trogen/Heiden.

Im August traf der Regierungsrat Vertreterinnen und Vertreter der regionalen Medien zum Gedankenaustausch. Als Rahmenprogramm fand eine Führung durch das Regierungsgebäude statt.

5. Verwaltung

An zwei Personalinformationen in Trogen und Herisau informierte der Regierungsrat die Mitarbeitenden über aktuelle Themen. Zusätzlich informierte der Regierungsrat den Kader der kantonalen Verwaltung über seine Zwischenentscheide zur künftigen Organisation.

Auch das Kaderseminar am 12. September in Teufen stand ganz im Zeichen der Reorganisation der kantonalen Verwaltung. Regierungsrat und Projektleitung informierten über das Projekt. Anschliessend formierten sich die Kaderangehörigen zum ersten Mal in neuer personeller Zusammensetzung und nahmen in fünf Teilprojekten die Arbeiten zur Reorganisation an die Hand.

Die drei Treffen des Regierungsrates mit der Departementssekretärenkonferenz standen ebenfalls unter dem Eindruck der Reorganisation der kantonalen Verwaltung. Daneben waren Diskussionen der Umsetzung der Aufgabenüberprüfung sowie der Umsetzung des neuen Mitarbeitendengesprächs gewidmet.

6. Stabstelle Controlling

Schwerpunkt der Tätigkeit des nebenamtlichen Leiters Stabstelle Controlling war die Planung und Steuerung der Massnahmen für die Aufgabenüberprüfung (AüP) in der Funktion als interner Projektleiter. Dank der guten Zusammenarbeit mit den Departementen und Ämtern, konnte die Projektleitung trotz der begrenzten personellen und zeitlichen Ressourcen einen beachtlichen Output generieren; dies in Form von Effizienzverbesserungen und daraus resultierenden Massnahmen.

Mit Beschluss vom 16. September genehmigte der Regierungsrat das Vorgehenskonzept zur Reorganisation der kantonalen Verwaltung. In der detaillierten Umsetzungsplanung zeigte sich, dass die Zusammenführung der beiden Projekte der tiefgreifenden Reorganisation und der AüP unumgänglich ist. Die Aufgabenzuordnung und die Effizienzsteigerung in der AüP sind direkt mit der Reorganisation der Organisationseinheiten verknüpft.

Die Projektleitung wurde damit erweitert und der Leiter Stabsstelle Controlling als interner Projektleiter-Stv. für das Gesamtprojekt bestimmt. Dabei geht es vorwiegend um die Begleitung und Unterstützung der Organisationseinheiten in der methodischen und inhaltlichen Bearbeitung der Teilprojektaufgaben sowie in der Erarbeitung und Bewirtschaftung der Projektinstrumente und des Projektoffice.

Als generelle Auskunftsstelle in Versicherungsfragen für die kantonalen Ämter und Fachstellen zu Themen innerhalb der 40 Versicherungspolicen, umfasste die Tätigkeit insbesondere das Führen des Risikoinventars und Risikoprofils sowie die Abklärungen bei Schadenfällen in Zusammenarbeit mit dem Versicherungsbroker.

Die Tätigkeiten der Stiftungsaufsicht sind im Department Inneres und Kultur (vgl. S. 57) beschrieben.

Kantonskanzlei

Leiter: Ratschreiber Roger Nobs

1. Allgemeines

Das Berichtsjahr stand für die Kantonskanzlei ganz im Zeichen der Reform der Staatsleitung. Dem positiven Beschluss des Kantonsrates in zweiter Lesung im Februar folgte am 18. Mai ein deutliches Ja der Stimmberechtigten zur Teilrevision der Kantonsverfassung. Die Kantonskanzlei war das ganze Jahr hindurch mit den Folgearbeiten zu dieser grundlegenden Weichenstellung beschäftigt. So galt es, die Reorganisation der kantonalen Verwaltung in neu noch fünf Departemente vorzubereiten und eine Teilrevision des Organisationsgesetzes zur Umsetzung der Reform der Staatsleitung aufzugleisen. Parallel dazu machte die Kantonskanzlei erste Vorarbeiten zur Schaffung eines Kantonsratsgesetzes. Dieses grosse Gesetzgebungsvorhaben folgt ebenfalls direkt aus der Teilrevision der Kantonsverfassung zur Reform der Staatsleitung.

1.1 100 Jahre Regierungsgebäude

Im Berichtsjahr jährten sich die ersten Sitzungen von Regierungsrat und Kantonsrat zum 100. Mal. Aus diesem Anlass organisierte eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Kantonskanzlei, des Staatsarchivs und des Kantonsrates verschiedene Veranstaltungen. Das Projekt verfolgte folgende Ziele: Das Regierungsgebäude für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen, besondere Einblicke in das Regierungsgebäude und die sich darin abspielenden Prozesse zu gewähren, die Protagonisten sichtbar miteinzubeziehen (Regierungsrat, Kantonsrat, Kantonskanzlei) und Schülerinnen und Schüler für politische Abläufe zu sensibilisieren. Zum 100. Jahrestag der ersten Regierungssitzung am 21. Februar führten alle Mitglieder des Regierungsrates durchs Gebäude. Am 18. Mai, dem Tag der Abstimmung über die Reform der Staatsleitung, stellten sich Mitglieder des erweiterten Büros für Führungen zur Verfügung. Zwei weitere Tage der offenen Tür unter Mitwirkung eines Schauspielers, welcher den ersten Hauswart mimte, lockten weitere Besucher an. So wurde rund 400 Besucherinnen und Besucher an diesen Tagen empfangen. Von Mai bis Dezember fanden 33 Gruppenführungen statt, die durch Mitarbeitende der Kantonskanzlei begleitet wurden. An diesen Führungen nahmen weitere 600 Personen teil. In der zweiten Jah-

reshälfte führte ein Pädagoge zwölf Schulklassen durch die Gänge des Regierungsgebäudes. Über 300 Kinder kamen so der Geschichte und den politischen Abläufen des Kantons näher. Zur Vorbereitung dieser Klassenbesuche stellten sich verdankenswerter Weise mehrere Mitglieder des Kantonsrates zur Verfügung und besuchten im Vorfeld der Führungen die Schulklassen, um aus erster Hand über das Leben eines Milizpolitikers zu berichten. Den Abschluss des Jubiläums bildete eine Jugendsession des Jugendparlaments St.Gallen-Appenzell. Rund 60 Jugendliche debattierten einen ganzen Tag lang in Workshops und im Plenum über aktuelle politische Themen. Etliche nationale und kantonale Parlamentarier waren präsent, um mit den Jugendlichen zu diskutieren und ihnen Tipps für eine spätere politische Karriere mitzugeben. Sämtliche inhaltlichen Ziele des Jubiläumsprojekts wurden erreicht. Dank einer aktiven Öffentlichkeitsarbeit fand das Jubiläum auch in den Medien ein breites Echo. Quantitativ wurden die Ziele mit über 1'300 Besucherinnen und Besuchern weit übertroffen.

2. Wahlen und Abstimmungen

Im Berichtsjahr wurden die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger an drei Wochenenden für zwei kantonale Volksabstimmungen sowie für eine kantonale Ergänzungswahl an die Urnen gerufen:

Am 9. Februar fanden Ergänzungswahlen in das Obergericht statt (Amtsantritt per 1. Juni). Daniela Cadosch Autolitano, Gais, und Marc Winiger, Teufen, wurden gewählt. Daniela Cadosch Autolitano erhielt 13'026 Stimmen, Marc Winiger 13'201. Das absolute Mehr betrug 6'633 Stimmen, die Wahlbeteiligung lag bei 39 %.

Das Stimmvolk hat am 18. Mai der Teilrevision der Kantonsverfassung zugestimmt. Der Hauptantrag für die Reform der Staatsleitung mit einem Regierungsrat bestehend aus fünf Mitgliedern wurde mit 10'734 Ja- zu 5'588 Nein-Stimmen angenommen. Der Eventualantrag für die Reform der Staatsleitung mit einem Regierungsrat bestehend aus sieben Mitgliedern wurde mit 8'213 Nein- zu 6'842 Ja-Stimmen abgelehnt. Bei der Stichfrage entfielen 10'260 Stimmen auf den Haupt- und 5'718



Stimmen auf den Eventualantrag. Die Stimmbeteiligung betrug 46,6 %.

Am 30. November hat das Stimmvolk die Teilrevision des Gesetzes über die politischen Rechte (Rücktrittsfristen, Verteilung Kantonsratssitze) mit 13'436 Ja- zu 3'409 Nein-Stimmen angenommen. Die Stimmbeteiligung lag bei 46,3 %.

3. Kantonsrat

3.1 Allgemeines

Im Vergleich zum vergangenen Jahr nahm die Anzahl der Geschäfte deutlich zu, weshalb der Kantonsrat wie üblich zu sieben Sitzungen zusammentrat. Der Rat behandelte 57 Geschäfte, was dem langjährigen Durchschnitt entspricht. Die Anzahl der eingereichten parlamentarischen Vorstösse lag mit zwei Motionen, einem Postulat, drei Interpellationen und drei schriftlichen Anfragen im Durchschnitt.

3.2 Wichtige Geschäfte

Auch 2014 prägte die Gesetzgebung die Arbeit des Kantonsrates. Allem voran verabschiedete der Kantonsrat eine grosse Teilrevision der Kantonsverfassung (Reform der Staatsleitung) in zweiter Lesung. Dabei hiess er sowohl einen Haupt- als auch einen Eventualantrag gut und unterbreitete den Stimmberechtigten die Frage zur definitiven Entscheidung. Die Volksinitiative «Mehr Mitsprache bei der ÖV-Finanzierung» hiess der Rat in zweiter Lesung ebenfalls gut. Dem Gesetz über die Mittel- und Hochschulen stimmte der Rat in dritter Lesung zu. Auch die Beratungen zum neuen Gesetz über den Justizvollzug konnten im Berichtsjahr abgeschlossen werden. Das Entlastungsprogramm 2015 mit diversen gesetzlichen Anpassungen zur Entlastung des Staatshaushaltes passierte den Rat in zwei Lesungen. Des Weiteren hiess der Rat eine Teilrevision des Gesetzes über die politischen Rechte gut, welche die Verteilung der Kantonsratssitze auf die Gemeinden neu regelt. Das totalrevidierte Hundegesetz und eine grosse Teilrevision des Gesetzes über die Raumplanung und das Baurecht

wurden in erster Lesung behandelt. Im Rahmen seiner Finanzkompetenzen genehmigte der Kantonsrat einen Verpflichtungskredit zur Reorganisation der kantonalen Verwaltung über 1,3 Mio. Franken. Im März überwies er ein Postulat der SP-Fraktion zur Überführung des Archivs der Appenzell A.Rh. Kantonalbank, das nach wie vor im Besitz der UBS ist, ins Staatsarchiv. Zudem nahm er u.a. den Schlussbericht zum Jubiläum ARAI 500 und das 2. Strassenbau- und Investitionsprogramm 2015-2018 zur Kenntnis.

3.3 Aussenbeziehungen

Am 24. März empfing das erweiterte Büro des Landtagspräsidiums Vorarlberg zu einem offiziellen Besuch. Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus Vorarlberg zeigten sich besonders von der Sitzungsdisziplin des Kantonsrates beeindruckt. Anlässlich der Kantonsratssitzung vom 22. September traf sich das Büro des Kantonsrates mit dem Kantonsratspräsidenten des Kantons St.Gallen und dem Grossratspräsidenten des Kantons Appenzell Innerrhoden. Anschliessend verfolgten die beiden Präsidenten die Ratsverhandlungen von der Tribüne aus. An der Kantonsratssitzung vom 27. Oktober durfte der Kantonsrat den Grossen Rat des Kantons Fribourg empfangen.

Im Rahmen des Jubiläums 100 Jahre Regierungsgebäude veranstaltete die Kantonskanzlei am 8. November in Zusammenarbeit mit dem Jugendparlament St.Gallen-Appenzell eine Jugendsession. Zahlreiche Mitglieder des Kantonsrates engagierten sich an diesem Tag in Workshops, in Diskussionsrunden und im Plenum.

4. Kanzleidienste

Der Leiter Kanzleidienste unterstützte den Regierungsrat während des ganzen Berichtsjahres bei der Erarbeitung des Regierungsprogramms 2016-2019. Er stand dem Regierungsrat beratend, konzeptionell und administrativ zur Seite.

Im Bereich der Informatik standen für die Kanzleidienste mehrere Releases an. Im Rahmen des ECM-Projektes wur-

de das Geschäftsverwaltungssystem KONSUL um einen sogenannten «Mobile Client» erweitert. Dieses Modul ermöglicht die Durchführung von papierarmen Sitzungen für den Regierungsrat. Mit dem Releasewechsel auf die Version 13.4. wurden die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen. Das Release war gleichzeitig Grundlage für die Schnittstelle zwischen KONSUL und SCOPE, die in Zukunft die digitale Aufbewahrung und Archivierung ermöglicht. Ein Update wurde schliesslich für die Protokollierungssoftware VERBALIX nötig, um das Wortprotokoll des Kantonsrates an das aktualisierte Manual zum kantonalen Erscheinungsbild von Appenzell Ausserrhoden anzupassen.

Im Kanzleisekretariat wurden die Aufgaben infolge eines personellen Wechsels neu verteilt. Anja Jenny, die bisherige Assistentin der Kanzleidienste, übernahm am 1. Februar sämtliche administrativen und organisatorischen Sekretariatsaufgaben zuhanden des Kantonsrates und des (erweiterten) Büros. Die von ihr zuvor betreuten Aufgabenbereiche werden seit Mai von Sonja Scheit betreut.

Die Dienstleistungs- und Materialzentrale (DMZ) bildet seit 11 Jahren Lernende der kantonalen Verwaltung aus. Im Sommer wurde der Umfang und Inhalt der Ausbildungsstelle einstweilig auf die Dienststelle Information und Kommunikation ausgeweitet. Den Lernenden bietet sich somit ein spannender Ausbildungsplatz an der Schnittstelle zwischen Verwaltung, Politik und Medien.

Auf Ende Jahr wurden die zwei alten Digitaldrucksysteme der DMZ durch ein einzelnes Farbdrucksystem ersetzt. Mit einer optimalen Planung der Druckaufträge soll erreicht werden, dass künftig auf ein zweites Gerät verzichtet werden kann.

4.1 Passbüro

Das Passbüro hat gegenüber dem Vorjahr rund 11 % mehr Reisepässe ausgestellt. Insgesamt wurden 3'773 Reisepässe in Produktion gegeben (vgl. Statistik S. 66). Gegenüber dem Jahr 2011 entspricht dies einer Zunahme von über 63 %. Für die Jahre 2015 und 2016 ist nochmals mit einem Wachstum im mittleren einstelligen Prozentbereich zu rechnen. Das Passbüro ist gefordert, diese

konstant wachsende Nachfrage bei gleichbleibenden personellen Ressourcen zu bewältigen.

Zum Aufgabenbereich des Passbüros gehört auch die Ausstellung von Legalisationen und Apostillen. Im Berichtsjahr wurden Beglaubigungen für 642 Aktenstücke ausgestellt.

Seit März arbeitet das Passbüro mit dem Buchhaltungsprogramm newsystem® public (NSP). Die Einführung von NSP vereinfacht die Rechnungsabläufe zwischen Passbüro und Finanzamt deutlich. Ebenfalls erleichtert es die Führung diverser Statistiken.

Mitte des Berichtsjahres wurde das alte, auf Papier basierende Antragsverfahren für Identitätskarten durch das neue elektronische Antragsverfahren für Identitätskarten bei den Gemeinden (NAVIG) abgelöst. Damit ist Appenzell Ausserrhoden schweizweit der erste Kanton, in welchem sämtliche Anträge von Identitätskarten via NAVIG abgewickelt werden. Sowohl bei den Gemeinden als auch beim Passbüro hat sich das neue System bewährt. Die Gemeinden Herisau, Hundwil, Waldstatt und Schönengrund haben nicht auf NAVIG umgestellt. Die Bürgerinnen und Bürger dieser Gemeinden müssen deshalb für Identitätskarten neu direkt beim Passbüro vorsprechen.

5. Rechtsdienst

Nach einer halbjährigen Vakanz konnte ab März die juristische Praktikumsstelle im Rechtsdienst wieder besetzt werden. Dies machte sich vor allem im Rekurs- und Beschwerdewesen bemerkbar, wo der Pendenzenstand weitgehend abgebaut werden konnte (vgl. Statistik S. 66). Erhebliche Zeit in Anspruch nahmen dabei einige Aufsichtsbeschwerden, über die der Regierungsrat zu entscheiden hatte.

Im Rahmen kantonalen Rechtsetzungsverfahrens wurden dem Rechtsdienst rund 30 Erlassentwürfe zur Vorprüfung überwiesen. Dank der guten Zusammenarbeit mit den Departementen konnten die Vorlagen in der Regel ohne grösseren Aufwand bereinigt werden. Beträchtliche Ressourcen gebunden hat die Umsetzung der Staatsleitungsreform, die auch künftig den Rechtsdienst noch beschäftigen wird.

Neben Gesetzgebung und Rechtsverfahren gehören rechtliche Abklärungen und Auskünfte zu den wesentlichen Aufgaben des Rechtsdienstes. Im Berichtsjahr ergaben sich besonders häufig Fragen im Zusammenhang mit dem neuen Finanzhaushaltsgesetz, das auf den 1. Januar 2014 in Kraft getreten ist. Auffällig oft wurde der Rechtsdienst auch von kommunalen Geschäftsprüfungskommissionen in Anspruch genommen, die vor allem Auskünfte zu ihren Kompetenzen und zum Verfahren suchten.

Im Bereich der politischen Rechte wurden dem Rechtsdienst eine kantonale und sieben kommunale Volksinitiativen zur Vorprüfung eingereicht. Abgeschlossen werden konnte auch das Verfahren betreffend die Volksinitiative «Für sauberen Strom», deren Nichtzustandekommen der Regierungsrat im Jahr zuvor festgestellt hatte. Die gegen diesen Beschluss erhobene Beschwerde wurde vom Obergericht rechtskräftig abgewiesen.

6. Information und Kommunikation

Appenzell Ausserrhoden war in den elektronischen und in den Druckmedien vielfach präsent. Die Tätigkeit von «Information und Kommunikation» spiegelt sich einerseits in den rund 150 Medienmitteilungen zu den öffentlichkeitsrelevanten Geschäften und Themen des Regierungsrates und der Departemente, andererseits in den Anfragen der Medien, die regelmässig beantwortet werden.

Auf besonderes Interesse stiess das Thema der Sitzungsschädigungen und der regierungsrätlichen Vertretung im Verwaltungsrat des Spitalverbundes Appenzell Ausserrhoden. Erstaunlich war, wie viel Erklärungsarbeit geleistet werden musste, da trotz Publikation aller Dokumente Falschmeldungen kursierten und korrigiert werden mussten. Eine Herausforderung war auch die Abgrenzung und der Schutz der behördlichen Informationstätigkeit im Vorfeld des Wahlkampfs um die Regierungsratssitze. Dieser setzte schon vor Ende des Berichtsjahres spürbar ein.

Im Zusammenhang mit der Finanzlage des Kantons stiess das Entlastungsprogramm (Aufgabenüberprüfung) auf grosses mediales Interesse. Dazu führte «Information und Kommunikation» verschiedene Medienkonferenzen durch.

Ebenso gab es erwartungsgemäss grosses Interesse am Thema Reorganisation der kantonalen Verwaltung – und das nicht erst mit der Volksabstimmung am 18. Mai 2014.

Im Zusammenhang mit den beiden Themen «Entlastungsprogramm» und «Reorganisation» kam zudem der internen Kommunikation gegenüber den Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung eine besondere Bedeutung zu. Interne und externe Kommunikation konnten hierbei erfolgreich aufeinander abgestimmt werden und ergänzen sich gut.

Die Personalzeitschrift «Bärentatze» erschien erneut mit drei Ausgaben und fand bei der Leserschaft Lob und Anerkennung. Offen ist die Zukunft der Personalzeitschrift, da deren Erscheinungsweise im Rahmen des Entlastungsprogramms zur Diskussion steht. Das Projekt «100 Jahre Regierungsgebäude», an dem sich Information und Kommunikation beteiligte, konnte rund 1'300 Personen das Wirken von Kantonsrat, Regierungsrat und Verwaltung näher bringen. Der Relaunch des Internetauftritts des Kantons und des Intranets der kantonalen Verwaltung – beides wird im kommenden Jahr umgesetzt – wurde umfassend vorbereitet.

7. Staatsarchiv

7.1 Online-Angebote

Das Staatsarchiv hat am 26. März den gesamten Bestand der älteren Ausserrhoder Kirchenbücher im Internet aufgeschaltet. Es handelt sich um 159 Bücher mit rund 50'000 Seiten. Zwischen 2011 und 2013 wurden im Rahmen von Kulturgüterschutz-Sicherstellungsmassnahmen die Kirchenbücher aus dem Zeitraum von 1522 bis 1875 auf Kosten von Bund und Kanton digitalisiert. Dadurch gelang es, die an unterschiedlichen Orten aufbewahrten Kirchenbücher vollständig und zentral zu erfassen. Über die Webseite des Staatsarchivs kann auf das Datenmaterial zugegriffen werden. Das Angebot wurde 2014 von Familienforschern aus Europa und Übersee rege genutzt (27'086 Zugriffe).

Im März 2012 verabschiedete der Kantonsrat das Projekt Enterprise Content Management (ECM). Als Ziel wurde der direkte Zugang zum archivierten Datenbestand vor-

gegeben. Ein Etappenziel wurde Mitte Dezember erreicht. Seit diesem Zeitpunkt sind drei Abteilungen des Staatsarchivs online durchsuchbar. Öffentlich zugänglich sind die Verzeichnisdaten zu den Abteilungen Altes Archiv (1597-1798), Helvetisches Archiv (1798-1803) und Neues Archiv (1803-2010). Auch das Verzeichnis zum Gemeinsamen Archiv (1333-1645), welches physisch im Innerrhodischen Landesarchiv in Appenzell liegt, kann eingesehen werden. Das Rechercheangebot wird schrittweise ausgebaut.

7.2 Archivstatistik

Das Staatsarchiv erteilte 472 Auskünfte an Private und erbrachte 308 Dienstleistungen für Behörden, was im Verwaltungsbereich einem neuen Rekord entspricht. Im Lesesaal wurden 126 Personen mit 234 Besuchstagen erfasst und 926 Archiveinheiten vorgelegt. Registriert wurden 35 Ablieferungen von staatlichen Stellen und 48 Neuzugänge privater Herkunft. Archivmitarbeitende erstellten 16'481 Verzeichnungsdatensätze und richteten 28 Vorträge und Führungen aus.

7.3 Bewertung und Erschliessung

Im Rahmen des Projektes ECM wurde bei 46 Ämtern und Fachstellen ein Bewertungsentscheid betreffend Archivwürdigkeit der Daten und Dokumente erstellt. Drei Zivildienstleistende verzeichneten die Akten des Regierungsrats aus den Jahren 1920 bis 1925 auf der Stufe der Traktanden.

7.4 Anlässe

2014 feierte die Kantonskanzlei das 100-jährige Bestehen des Regierungsgebäudes. Drei Mitarbeiterinnen des Staatsarchivs führten zahlreiche Führungen durch. Mit der Buchvernissage zur Appenzeller Möbelmalerei ging die mehrjährige Leitung der Projektauf sicht durch den Staatsarchivar zu Ende. Auf grosses Publikumsinteresse stiess der Filmabend «Herisau im Film» im Cinétreff am 18. November.

7.5 Neuzugänge Verwaltung

Aus dem Bereich Bildung wurden mehrere grössere Ablieferungen an das Staatsarchiv getätigt. Das Berufsbildungsamt lieferte die Dossiers der Lehrbetriebs-Bewilligungen ab, die Fachstelle Ausbildungs- und Stipendienwesen übergab die Stipendiendossiers sowie Kommissionsprotokolle bis 2010 und das Berufsschulzentrum Herisau lieferte Akten zum Betrieb des Berufsbildungszentrums BBZ und ihrer Vorgängerschulen ab.

7.6 Neuzugänge Fotografien

Die Forschungsdokumentation «Appenzeller Möbelmalerei 1700-1860» fand Eingang ins Staatsarchiv. Die qualitativ hochstehenden Fotografien sind damit gesichert. Durch Ankauf der Appenzeller Motive aus dem Ansichtskartenverlag Foto Gross St. Gallen wurde das Bildarchiv um rund 5'000 Bilder reicher.

8. Aussenbeziehungen

Die Schweizerische Staatsschreiberkonferenz traf sich im Berichtsjahr zu zwei ganztägigen Sitzungen. Die Frühjahrskonferenz in Solothurn stand im Zeichen des The-mas papierarme Ratssitzungen. Verschiedene Kantone präsentierten ihre Lösungsansätze. Appenzell Ausserrrho-den führte 2014 eigene Pilotversuche durch. Die Herbstkonferenz in Andermatt widmete sich in erster Linie dem Führungskräfte-Report für den öffentlichen Sektor.

Im Berichtsjahr übernahm Ratschreiber Roger Nobs die Leitung der Interkantonalen KONSUL-Arbeitsgruppe (IKG). Dieses Gremium wurde 2011 von der Schweizerischen Staatsschreiberkonferenz ins Leben gerufen. Die IKG versammelt die Applikationsverantwortlichen sämtlicher Kantone, welche das Geschäftsverwaltungssystem KONSUL im Einsatz haben. Sie dient dem Erfahrungsaus-tausch, der Koordination bei Weiterentwicklungen dieses zentralen Systems und der Bündelung der Interessen der Kantone gegenüber dem Anbieter.



Departement Finanzen

Direktor: Regierungsrat Köbi Frei

Das Jahr 2014 stand ganz im Zeichen des Entlastungsprogrammes 2015 (EP 2015) sowie der Aufgabenüberprüfung 2015/2016 (AÜP 15/16). Das Entlastungsprogramm, bestehend aus drei Paketen, wurde im Rahmen der finanziellen Zielsetzung im Umfang von Fr. 28 Mio. beschlossen. Der Kantonsrat hat dem Paket 1 (EP 2015) und dem Paket 3 (Steu-
ererhöhung) jeweils mit deutlichem Mehr zugestimmt. Das Paket 2 im Umfang von Fr. 7,2 Mio., welches die Aufgaben-
überprüfung in der Verwaltung beinhaltet, kann seine Wirkung ab 2015 wie geplant entfalten. In einem zweiten Schritt
soll der zweite Teil der AÜP in Kombination mit der Reorganisation der kantonalen Verwaltung per 1. Januar 2016
umgesetzt werden.

Dank den eingeleiteten Massnahmen konnte dem Kantonsrat im Rahmen des Voranschlags 2015 aufgezeigt werden,
dass nach Jahren von grossen operativen Verlusten Einnahmen und Ausgaben wieder im Gleichgewicht sind.

Die Umsetzung des neuen Finanzhaushaltsgesetzes in Kombination mit der Umstellung auf das harmonisierte Rech-
nungsmodell ist wie geplant verlaufen. Die neuen Regeln haben sich in der Umsetzung bewährt und zu mehr Transpa-
renz und Vergleichbarkeit beigetragen.

1. Departementssekretariat

Das Sekretariat war neben der Geschäftsführung mit der Umsetzung des Entlastungsprogramms 2015 und der Aufgabenüberprüfung 2015/2016 beschäftigt. Im Weiteren wirkte das Sekretariat in den übergeordneten Projekten Informatik, Gemeindestrukturen und Reorgani-
sation kantonale Verwaltung mit. Zudem waren wichtige Stellungnahmen zu bearbeiten; u.a. zum Wirkungsbericht NFA und zur Unternehmenssteuerreform III.

öffentlich. Die detaillierten Verwendungen werden auch
Swisslos mitgeteilt.

2. Lotteriefonds

Der Kantonsanteil aus dem SWISSLOS-Gewinn 2013 betrug Fr. 2,641 Mio. und wurde dem Lotteriefonds gutgeschrieben. Daraus erhielten der Kulturfonds für 2014 Fr. 1,1 Mio. (budgetiert) und der Sportfonds Fr. 0,6 Mio. (budgetiert).

Die Verwendung der Fondsgelder für gemeinnützige, sportliche und kulturelle Zwecke wird detailliert nach Projekten ausgewiesen und publiziert. Die Verteilung der Mittel für gemeinnützige Zwecke wird im Rechenschaftsbericht ausgewiesen (vgl. Statistik S. 74f), die Verwen-
dung der Mittel aus dem Alkoholzehntel und die Vertei-
lung der Gelder aus dem Sportfonds werden im Amtsblatt publiziert. Die Vergaben aus dem Kulturfonds werden
jeweils im Ausserrhoder Kulturbblatt «Obacht Kultur» ver-

3. Personalamt

3.1 Allgemeines

Die Dienstleistungen des Personalamtes wurden neben dem operativen Tagesgeschäft insbesondere bei den Vorbereitungsarbeiten zur Reorganisation der kantona-
len Verwaltung, für allgemeine Beratungsgespräche, für individuelles Coaching sowie im Bereich Case Manage-
ment vermehrt beansprucht. Mit 35 rekrutierten Perso-
nen waren die Rekrutierungsaktivitäten gegenüber dem Vorjahr (80 Personen) deutlich geringer. Zu rund einem Drittel wurden Personen für anspruchsvolle Kaderstel-
len rekrutiert, was aufwändig und kostenintensiv war. Insgesamt wurde für die Personalwerbung Fr. 126'000
ausgegeben, was leicht über Budget lag. Das 2012 einge-
führte neue Inseratekonzept hat wirksam dazu beigetra-
gen, die Werbungskosten im Griff zu halten.

Eine neue Case Managerin übernahm die vom Personal-
amt interimistisch betreuten Fälle, die aber weiterhin vom Personalamt geführt werden. Insgesamt nahmen die

Fälle zu und deren Bearbeitung war aufwändig. Im Rahmen eines neuen Controlling-Ansatzes wurden zudem die Finanzströme der Krankentaggeldversicherung analysiert und zur Führungsunterstützung aufgearbeitet.

Die Personalprozesse wurden weiter verbessert; verschiedene Erfolgsmuster der Vergangenheit wurden hinterfragt und losgelassen.

3.2 Umsetzung Projekte

Die Auswertung der zweiten Mitarbeitendenumfrage übers Personalleitbild zeigte im Vergleich zur ersten Umfrage bessere Bewertungen für fast alle Leitthemen. Im Bereich Führung zeigten die Führungstrainings erste Wirkung. Bei der Selbstwahrnehmung schätzen sich die Führungskräfte jedoch deutlich stärker ein als sie vom Umfeld wahrgenommen werden. Dies bewog die Steuerungsgruppe zur Bildung einer Entwicklungsgruppe, die bei Bedarf eine Führungsbegleitung anbietet und Entwicklungsmassnahmen einleiten kann.

Das Projekt Personalleitbild wurde mit diesen Arbeiten abgeschlossen. Es ist nun Aufgabe der Linie, dafür zu sorgen, dass dessen Prinzipien verbindlich gelebt werden. Das Personalamt begleitet diesen Prozess weiterhin aktiv und führt regelmässige Monitorings durch.

Im Weiteren wurde das Projekt «Lohngleichheitsdialog» gestartet, welches bis Ende 2016 dauert.

3.3 Entwicklung Personalbestand

Ende 2014 betrug der Personalbestand in der kantonalen Verwaltung (ohne Spitalverbund und Kantonsschule Trogen) 1'024 Angestellte. Im Berichtsjahr waren 48 Austritte zu verzeichnen. Diese setzen sich zusammen aus 34 Kündigungen durch Angestellte, vier Kündigungen durch den Arbeitgeber sowie vier ordentlichen und sechs vorzeitigen Pensionierungen. Dies ergibt eine Fluktuationsrate von 6,1 % (Vorjahr: 6,0 %). Eingetreten sind im vergangenen Jahr 34 Personen (18 Frauen und 16 Männer), wovon vier Frauen und ein Mann auf Kaderstufe.

Die Tabellen im Anhang zeigen die Veränderungen des Personalbestandes und der Personaleinheiten, die Fluktuationsrate sowie die Ausfallkosten und Rückstattungen bei Krankheit, Unfall und Mutterschaft (vgl. Statistiken S. 67f).

3.4 Lehrlingswesen

Im Sommer feierten acht Lernende ihren erfolgreichen Lehrabschluss. Die Abschlussnoten der Kaufleute lagen zwischen 4,4 und 5,5. Dabei erreichte Tobias Hutter mit 5,5 das beste Resultat und somit den eidgenössischen Rang. Lukas Rüsch, Lernender Fachmann Betriebsunterhalt (Fachrichtung Hausdienst) am BBZ Herisau, erreichte mit der Note 5,4 das beste Resultat der gesamten Deutschschweiz.

Im August haben sieben neue Lernende Kaufleute sowie erstmals ein Fachmann Betriebsunterhalt (Fachrichtung Werkdienst) im Werkhof Heiden und ebenfalls zum ersten Mal ein Fachmann Information und Dokumentation beim Staatsarchiv die Ausbildung begonnen. Auf Lehrbeginn im Sommer 2015 konnten bis Ende 2014 vier Lehrstellen für Kaufleute besetzt werden. Die Selektion für die weiteren Stellen wird im 2015 fortgesetzt. Die Lehrstellen im Werkhof Herisau und am BBZ Herisau sind noch vakant. Die Besetzung dieser Lehrstellen erfolgte auch in den vergangenen Jahren erst im Frühling.

Der Verantwortliche für die Ausbildung der Kaufleute (permanent 21 Lernende) war immer wieder mit dem Problem konfrontiert, dass Einsatzorte die Weiterführung der Ausbildung vor Ort aus unterschiedlichen Gründen in Frage stellen. Der Regierungsrat steht jedoch weiterhin zu den 21 Einsatzorten zur Ausbildung der Lernenden, um damit ein professionell organisiertes Lehrlingswesen sicherzustellen.

Im Rahmen der internen Fortbildung der Ausbilderinnen und Ausbilder fand im November ein Fortbildungstag zu den Themen Anwendung der Arbeits- und Lernsituation (ALS) und Prozesseinheit (PE) inklusive deren Bewertungen statt. Zusätzlich wurde die Vorgehensweise beim Auftreten von Schwierigkeiten am Einsatzort besprochen.

3.5 Interne Fort- und Weiterbildung

In Zusammenarbeit mit dem Personalamt des Kantons St. Gallen wurde wiederum ein Fortbildungsprogramm mit 45 Kursen in den Bereichen Führung, Fach-, Sozial- und Selbstkompetenz sowie Gesundheit angeboten. Die Mitarbeitenden haben 20 verschiedene Kurse besucht. Das Personalamt schliesst aufgrund der sehr positiven Rückmeldungen der Teilnehmenden auf eine gute Qualität der Kurse.

Im Mai wurde die vierte Generation des Führungstrainings mit acht Führungskräften durchgeführt.

Der Kurs «Mit 50 an die Zukunft denken!» wurde von 12 Mitarbeitenden und 3 Partner/innen besucht und war somit ein weiteres Mal ausgebucht.

Der Einführungstag für neue Mitarbeitende fand wiederum viermal statt. Pro Veranstaltung nahmen zwischen 27 und 44 Personen teil, insgesamt 139 Teilnehmende. Seit Mitte Jahr ist neu auch ein Referat des Sicherheitsbeauftragten Georg Schmidt fester Bestandteil des Nachmittagsprogramms.

4. Informatik und Telekommunikation

4.1 Zusammenarbeit mit ARI

Die Zusammenarbeit mit der AR Informatik AG ist in technischer Hinsicht wie auch aus Sicht der kooperativen Zusammenarbeit gut. Der Einkauf aller Leistungen für die kantonale Verwaltung gemäss dem Leistungskatalog ARI basiert auf einem durch das Departement Finanzen koordinierten Budgetprozess. Die Einkaufssumme betrug im Berichtsjahr Fr. 7,274 Mio. Sie lag somit Fr. 0,341 Mio. oder 4,5 % unter dem budgetierten Planwert.

4.2 Projekte Enterprise Content Management (ECM)

Das vielschichtige Projekt mit verschiedenen Teilprojekten und einem Gesamtbudget von Fr. 2,6 Mio. verläuft erfolgreich, hat jedoch gegenüber der Ursprungsplanung knapp ein Jahr Verzögerung. Per Ende 2014 waren

ca. Fr. 2,0 Mio. verbraucht. Der Hauptfokus liegt in den Bereichen GEVER, Archivierung sowie Dokumentenmanagement-System. Das Projekt ECM kann voraussichtlich Ende 2015 im vorgegebenen Budget und mit gutem Erfolg abgeschlossen werden.

4.3 Strategiekommission

Die Überarbeitung der eGovernment- und Informatik-Strategie 2014 sowie die darauf basierende Sach- und Terminplanung wurden erfolgreich abgeschlossen. In einem aufwändigen Prozess haben der Kanton und die Gemeinden der überarbeiteten Strategie zugestimmt.

5. Steuerverwaltung

5.1 Allgemeines

Mit der im Jahre 2012 durch den Kantonsrat verabschiedeten Steuergesetzrevision 2013 wurden die Neuerungen (automatischer Ausgleich der kalten Progression, Mitarbeiterbeteiligungen, Beiträge an politische Parteien, Abzugsmöglichkeit für Spenden u.a.m.) im Kalenderjahr 2014 für die Veranlagungen der Steuerperiode 2013 erstmals wirksam. Wegen der fehlenden Teuerung wurde die kalte Progression jedoch noch nicht ausgeglichen. Bereits ertragswirksam war die mit dem Entlastungsprogramm 2015 (EP15) beschlossene Erhöhung des kantonalen Steuerfusses.

Die unter grossem internationalem politischen Druck stehende Unternehmenssteuerreform III zeigt bereits in der aktuellen Vorbereitungsphase, dass die Umsetzung grosse finanzielle Konsequenzen für Bund und Kantone/Gemeinden haben wird. Zudem wird auch der Arbeitsumfang der Steuerverwaltungen ansteigen. Die Prüfungen der Vorberichte, Analysen und der Vernehmlassungsvorlage bildeten einen arbeitsmässigen Schwerpunkt.

5.2 Steuerertrag

Im Gegensatz zu den beiden Vorjahren mit signifikanten Mindererträgen gegenüber den budgetierten Werten ist

der effektive gesamte Steuerertrag 2014 nahezu deckungsgleich mit dem Voranschlag. Das Minus bei den Natürlichen Personen wurde kompensiert durch den Mehrertrag bei den Juristischen Personen.

Das Wachstum bei den Einkommens- und Vermögenssteuern von insgesamt 10,0 % resultiert einerseits aus der Erhöhung des kantonalen Steuerfusses von 3,0 auf 3,2 Einheiten (EP15-Massnahme). Andererseits trugen die Zunahme der Steuerkraft pro Einwohner von 2,3 % sowie das mit 0,8 % respektable Einwohnerwachstum zur Erhöhung des Steuerertrags bei. Der gesamte Ertrag der Einkommenssteuern auf Basis der einfachen Steuer war 2014 um 2,1 % tiefer als im Vorjahr, während der Ertrag der Vermögenssteuer insgesamt um 10,4 % höher ausfiel.

Bei den Juristischen Personen erfolgte mit einer Zunahme der Anzahl von Unternehmen über rund 8 % nochmals eine parallele Ertragssteigerung von 7,8 %. Angesichts des immer noch anhaltenden Wachstums der in Ausserrhoden neu domizilierten Gesellschaften, wurde bereits im Voranschlag mit einer Zunahme gerechnet. In Berücksichtigung des immer noch schwierigen wirtschaftlichen Umfelds in den meisten europäischen Ländern und der hohen Exporttätigkeit der heimischen Industrie ist dieses Ergebnis erfreulich.

Die wichtigsten Eckwerte des Steuerertrags sind im Anhang aufgeführt (vgl. Statistiken S. 69ff).

5.3 Veranlagungsstand per 31. Dezember

Der Veranlagungsstand lag Ende Jahr in etwa auf Vorjahresniveau. Im Segment der unselbständigerwerbenden Personen (einschliesslich Rentner und Aktiönäre) sind für die Steuerperiode 2013 insgesamt 80 % (Vorjahr: 79 %) der Steuerpflichtigen veranlagt. Bei den selbständigerwerbenden Personen (einschliesslich Landwirte) sind es 64 % (Vorjahr: 49 %) und bei den juristischen Personen 45 % (Vorjahr: 38 %). In den letzten zwei Jahren konnten die personellen Abgänge gut ersetzt werden, und es gab weniger interne Wechsel als in anderen Jahren. Trotzdem führten die wachsende Komplexität des Steuerrechts (und die dadurch immer länger werdenden Einarbeitungszeiten neuer Mitarbei-

tenden), die hohe Rekursfreudigkeit der Veranlagten sowie die sich häufenden Anfragen und Erläuterungen zu Verzögerungen im Veranlagungsverfahren.

5.4 Aufgaben und Projekte

Mit dem Projekt «Integrierte Steuerlösung Appenzell Ausserrhoden» soll die Vielzahl der eingesetzten Software-Lösungen verringert und gleichzeitig die Effizienz und die Qualität im gesamten Veranlagungsprozess verbessert werden. Zudem soll die Basis geschaffen werden, dass die Steuererklärungen über das Internet eingereicht werden können und anschliessend eine automatisierte Prüfung und Veranlagung erfolgen kann. Für die bereits im Vorjahresbericht erwähnten Beschwerden gegen den Zuschlagsentscheid für die Beschaffung lag Ende Jahr immer noch kein Gerichtsentscheid vor. Die Umsetzung verzögert sich weiterhin. Eine zügige Realisierung drängt sich aber angesichts der steigenden Risiken bei den mittlerweile überalterten und teilweise vor Ausserbetriebnahme stehenden Applikationen auf.

Die im Vorjahresbericht erwähnten erheblichen Zusatzaufwendungen bei der Einführung der Registermutationen von den Einwohnerkontrollen der Gemeinden via GERES-Schnittstelle ins Steuerregister der Natürlichen Personen haben sich im Berichtsjahr stabilisiert. Die schnittstellenbedingten Fehler im Steuerregister konnten bereinigt werden. Die bei jeder Mutation noch manuell vorzunehmenden Bearbeitungsschritte sind aber weiterhin noch sehr zeitintensiv.

Die Einführung der schweizweit harmonisierten Tarifstrukturen bei den Quellensteuern lief dank guter Vorarbeit und Kommunikation mit allen Anspruchsgruppen reibungslos. Bereits wurden von den Arbeitgebenden erste Abrechnungen elektronisch übermittelt. Die weitergehende Integration dieser Meldungen hängt jedoch von der Realisierung der neuen QUEST-Applikation ab.

5.5 Personelles

Im Berichtsjahr waren zwei Eintritte, ein Austritt sowie eine Pensionierung zu verzeichnen.

6. Finanzamt

6.1 Allgemeines

Oberstes Ziel für das Finanzamt war im vergangenen Jahr die Einführung der neuen Rechnungslegung nach Harmonisiertem Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden (HRM2). Damit verbunden war die Umsetzung des neuen Finanzhaushaltsgesetzes (nFHG). In diesem Zusammenhang hat der Regierungsrat entschieden, das Berichtswesen zur Staatsrechnung wie auch zum Voranschlag neu zu gestalten. Die Staatsrechnung 2013 wurde nach neuer Berichterstattung erstellt, obwohl für das Jahr 2013 noch die alte Gesetzgebung gültig war. Der Bericht des Regierungsrates zur Staatsrechnung 2013 wie auch zu den Voranschlägen 2014 und 2015 erfuhr somit zahlreiche Änderungen. Bei der neuen Berichtslegung wird der Fokus auf stufengerechte Information und mehr Transparenz gelegt. Als letzte Aufgabe bei der Einführung von HRM2 wurde auf den 1. Januar eine Neubewertung der Bilanz, das sogenannte Restatement, vorgenommen. Durch diese Veränderungen ist der Aufwand für das Finanzamt beträchtlich gestiegen. Eine termingerechte Erledigung der Arbeiten war aber dank der in den Vorjahren vorgenommenen Reorganisation des Finanzamtes möglich.

Der Ausbau des im Rechnungsjahr 2013 eingeführten neuen EDV-Systems für das Finanz- und Rechnungswesen «newsystem® public (nsp)» konnte im letzten Jahr weiter vorangetrieben werden. So wurde zum Beispiel die Anlagebuchhaltung, die Finanzplanung sowie das Kassenmodul neu in Betrieb genommen. Dank den neuen Möglichkeiten des Systems ist es gelungen, die Führungsstellen mit aktuelleren Online-Daten noch besser zu unterstützen und in ihre Finanzverantwortung miteinzubeziehen. Der Ausbau von nsp wird das Finanzamt aber auch in den kommenden Jahren weiterhin stark beanspruchen.

6.2 Projekte

Das Finanzamt erstellte im vergangenen Jahr die Schlussabrechnung der Jubiläumsfeierlichkeiten «AR•AI 500». Die Gesamtrechnung über die Jahre 2008-2013 wies totale Kosten für die beiden Kantone in der Höhe

von Fr. 3'360'887,80 aus. Das von den beiden Regierungen gesprochene Kostendach von Fr. 3,6 Mio. konnte somit um Fr. 239'112,20 unterschritten werden. Die Abrechnung aller Festanlässe mit Buchhaltung, Lohn- und Mehrwertsteuerabrechnung umfasste weit über tausend Belege und erreichte somit den Umfang und die Komplexität eines KMU-Unternehmens.

Die Arbeiten der Projektleitung zur Einführung des HRM2 und des nFHG konnten mit den letzten Schulungen für Mitglieder von Behörden sowie Mitarbeitenden der Verwaltung von Kanton und Gemeinden abgeschlossen werden. Nach Überprüfung der Gemeinde-Voranschläge 2014 auf die HRM2-Konformität wurde im letzten Sommer dazu ein Informationsanlass mit anschliessendem Schulungsteil durchgeführt. Der letzte HRM2-Kurs fand im Herbst statt und beinhaltete die spezifischen Anforderungen des ersten vollständigen Rechnungsabschlusses nach neuer Rechnungslegung und Gesetzgebung. Insgesamt sind zur Einführung des HRM2 von der Projektleitung zehn verschiedene Kurse angeboten worden, von denen einige sogar mehrmals durchgeführt wurden.

Bei der Ausarbeitung und Konkretisierung des EP15 und des ersten Teils der Aufgabenüberprüfung 2015/2016 arbeitete das Finanzamt begleitend mit und stellte sicher, dass diese Massnahmen entsprechend in den Voranschlag 2015 eingeflossen sind.

7. Grundstückschätzungsbehörde

7.1 Allgemeines

In den Jahren 2011-2013 wurden sämtliche vermieteten Liegenschaften im Kanton erfasst. Daraus resultierte Anfang 2014 die Mietwertstatistik von Appenzell Ausserrhoden, die von den Schätzern angewendet wird. Die marktüblichen Mietwerte werden bei den Berechnungen der Verkehrswerte eingesetzt.

Am 1. Juli wurde in Zusammenarbeit mit dem Departement Finanzen eine neue Weisung eingeführt: Liegenschaften, bei denen der Kaufpreis 20 % und mehr über dem Verkehrswert liegt, werden als Büroschätzungen

durchgeführt. Der Verkehrswert wird auf 90 % des Kaufpreises festgesetzt. Er ist gültig bis zur nächsten Schätzung im 10-Jahres Turnus. Zeitaufwändige Zwischenschätzungen können so eingespart werden.

7.2 Grundstückschätzungen

Im Berichtsjahr wurden 3'791 Grundstücke geschätzt (Vorjahr: 2'827, + 34 %). Die Zunahme ist vor allem auf fünf Gründe zurückzuführen: Neue Weisung der «Büroschätzungen» (siehe oben), vermehrte Bautätigkeit, Zunahme von Verkäufen, mehr landwirtschaftliche Schätzungen, erstmalige Schätzung aller öffentlichen Grundstücke im Finanzvermögen.

Zu den Schätzungen sind 80 Einsprachen eingegangen (2,1 %, Vorjahr: 2,2 %). Davon musste ein Rekurs durch das Departement Finanzen behandelt werden. Der Anteil zurückgestellter Schätzungen konnte von knapp 600 auf rund 400 reduziert werden. Der Gesamtaufwand betrug rund 330 Stellenprozente. Um das grosse Schätzungsvolumen zu bearbeiten wurde ein Nachtragskredit beantragt und gutgeheissen.

7.3 Referenzschätzung

Zur Überprüfung eines einheitlichen Schätzungswesens nach gleichen Wertfaktoren wurde im November wiederum eine Referenzschätzung durchgeführt. Alle Schätzer haben sieben Grundstücke besichtigt und anschliessend unabhängig voneinander bewertet. Ziel war, dass die Abweichungen der einzelnen geschätzten Verkehrswerte innerhalb des Durchschnittswertes liegen (+/- 10 %). Von 28 Schätzungen wichen 23 nur mit 0-3,9 % vom Durchschnitt ab. Vier Schätzungen wichen 4-6,9 % ab. Eine Schätzung wich mehr als 10 % vom Durchschnitt ab. Das Ergebnis ist sehr gut.

7.4 Öffentliche Grundstücke im Finanzvermögen

Im Berichtsjahr wurden alle 287 öffentlichen Grundstücke (Kanton und Gemeinden), welche im Finanzvermögen sind, erstmals geschätzt.

8. Finanzausgleich / Finanzaufsicht

8.1 Finanzausgleich zwischen Kanton und Gemeinden

Mit dem Bericht über die Wirksamkeit des kantonalen Finanzausgleichs wurde auch dessen Entwicklung aufgezeigt. Das wichtigste Element im Finanzausgleich, die Mindestausstattung für die Gemeinden, wurde näher untersucht und mögliche Handlungsoptionen für die Zukunft im Bericht aufgezeigt.

8.2 Finanzaufsicht über die Gemeinden

Alle Gemeinden haben im Rechnungsjahr 2013 die Anforderungen gemäss Finanzhaushaltsgesetz erfüllt.

Departement Bildung

Direktor: Regierungsrat Rolf Degen

Im März stimmte der Kantonsrat dem Gesetz über die Mittel- und Hochschulen in dritter Lesung zu. Anschliessend wurden im Departement die Arbeiten an den entsprechenden Erlassen auf tieferer Stufe weitergeführt. Im Dezember genehmigte der Regierungsrat die Verordnung über die Mittel- und Hochschulen und das Departement das Schulreglement der Kantonsschule Trogen. Im Schulreglement wurden diverse altrechtliche Weisungen, Beschlüsse und Erlasse zusammengeführt und den aktuellen Gegebenheiten angepasst. Die Schulleitung war in die Arbeiten einbezogen, schulintern wurde bei den Lehrpersonen im November eine Anhörung durchgeführt.

Im September genehmigte der Kantonsrat die Interkantonale Vereinbarung über Beiträge an Bildungsgänge der höheren Fachschulen und das Hochschulkonkordat in erster Lesung.

Der Regierungsrat nahm im Mai den Projektbericht «Schulinformatik AR» zur Kenntnis und übergab das Geschäft dem Departement Bildung und der Strategiekommission zur weiteren Bearbeitung. Die Strategiekommission übernahm die Empfehlung, ein umfassendes Schuladministrationssystem für alle Volksschulen, die kantonalen Schulen und das Departement Bildung zu beschaffen. In der Vernehmlassung wurden die mutmasslichen Kosten und die Komplexität des Systems von diversen Gemeinden kritisiert. Eine Spurgruppe, in welcher das Departement Bildung, die Gemeinden und die ARI AG als gemeinsamer Informatikanbieter vertreten waren, erarbeitete einen weniger komplexen und finanziell günstigeren Lösungsvorschlag mit einem geringeren Leistungsumfang.

1. Interkantonale Zusammenarbeit / Erziehungsdirektorenkonferenz

Mitarbeitende nahmen Einsitz in verschiedene Gremien der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren sowie der Erziehungsdirektorenkonferenz der Ostschweizer Kantone und des Fürstentum Liechtenstein und wirkten auch in deren interkantonalen Arbeits- und Projektgruppen mit. Das Departement stellte zudem eine Vertretung in der Kommission für Bildung, Wissenschaft und Forschung der Internationalen Bodenseekonferenz, der Höheren Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik Zürich und im Fachhochschulrat sowie im Beirat des Fachbereichs Wirtschaft der Fachhochschule St. Gallen.

Die Bundesverfassung verpflichtet die Kantone zur Harmonisierung der Ziele der Volksschule. In diesem Sinne erarbeitete die Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz den sprachregionalen Lehrplan 21. Dieser wurde im Oktober freigegeben. Zuvor wurde der Lehrplan im Sinne der Vernehmlassungsergebnisse überarbeitet, insbesondere wurde er gestrafft. Nun entscheiden die Kantone über die Einführung. Im Departement Bildung wurden entsprechende Vorarbeiten geleistet, und im November eröffnete das Amt für Volksschule und Sport eine

kantonsinterne Anhörung über das Einführungskonzept und die Stundentafeln ab Schuljahr 2017/18.

2. Departementssekretariat

Im Departementssekretariat wurden in unterschiedlicher Form Beiträge für die vom Bildungsdirektor eingereichten 35 Regierungsratsgeschäfte geleistet (Vorjahr: 23). Zusammen mit den Ämtern wurden elf Vernehmlassungen oder Mitberichte bearbeitet (Vorjahr: 12). Weiter wurden wie im Vorjahr neun Rechtsmittelverfahren abgeschlossen und diverse Rechtsauskünfte erteilt. Die Leitung und Koordination der laufenden Gesetzgebungsarbeiten im Bildungsbereich wurden durch das Departementssekretariat erbracht.

Nebst den üblichen Arbeiten in den Querschnittsaufgaben wurde ein Konzept für die departementale Umsetzung des Projekts «Enterprise Content Management (ECM)» erarbeitet. Gegenstände sind die Erstellung, Bearbeitung, Ablage und Archivierung von Geschäftsinhalten.

ten in elektronischen Systemen. Beschrieben werden in Ergänzung der übergeordneten Konzepte die Grundsätze, Ziele und Planungen des Departements.

3. Amt für Volksschule und Sport

3.1 Allgemeines

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler an der Ausserrho-der Volksschule ging auf 5'594 zurück (Vorjahr: 5'689). Der Rückgang ist mit -1,7 % weniger stark ausgefallen als im Vorjahr (-3,3 %). Die Schülerzahlen werden bald den Tiefststand erreichen. Im Kindergarten nahm die Zahl der Lernenden mit 990 gegenüber 983 im Vorjahr leicht zu (+0,7 %), auf der Primarstufe nahm sie um 39 Lernende (-1,3 %) auf 2'960 ab. Der stärkste Rückgang war mit 63 Lernenden (-3,7 %) auf der Sekundarstufe I zu verzeichnen (vgl. Statistik S. 76ff).

3.2 Pädagogische Fachstellen

Die Mitarbeitenden standen in intensivem Austausch mit verschiedenen in der Volksschule tätigen Akteuren, insbesondere in beratender und unterstützender Funktion. An den Zusammenkünften mit den Schulpräsidentinnen und -präsidenten standen Fragen zu den Finanzen, zur strategischen Führung, zur Sonderpädagogik und zur Schulinformation im Zentrum. Mit den Vertretungen der Lehrerschaft wurden Fragen zur Schulentwicklung generell und zum Lehrplan 21 im Speziellen erörtert. Auf die vorgebrachten gewerkschaftlichen Anliegen mit möglichen Kostenfolgen konnte aufgrund der finanziellen Situation des Kantons derzeit nicht eingetreten werden. In gewohntem Rahmen erfolgte die Berufseinführung, an welcher rund fünfzig neu in Appenzell Ausserrhodens tätige Lehrpersonen teilnahmen. Davon trat knapp die Hälfte die erste Stelle nach dem Studium an. Einen Höhepunkt stellte ein erstmals durchgeführtes dreitägiges Arbeitstreffen dar, an dem alle Schulleiterinnen und Schulleiter der Volksschulen und die Mitarbeitenden der Pädagogischen Fachstellen teilnahmen. Gearbeitet wurde gemeinsam an der Koordination der Schul- und Unterrichtsentwicklung und an Fragen im Hinblick auf die geplante Einführung des Lehrplans 21.

Die Vorbereitungs- und Planungsarbeiten zum Lehrplan 21 waren auch ein Schwerpunkt der Arbeit der pädagogischen Fachstellen. Mitarbeitende wirkten in interkantonalen Gremien mit, waren – teilweise in Zusammenarbeit mit den zuständigen Mitarbeitenden des Kantons St. Gallen – mit Planungs- und Vorbereitungsarbeiten befasst, erstellten ein Einführungskonzept und einen Entwurf der Studententafel.

Mit einem Statusbericht wurde dem Regierungsrat Bericht erstattet über den Stand der Entwicklungen auf der Sekundarstufe I. Mehrere Sekundarschulen standen und stehen im Prozess der Anpassung ihrer Schulmodelle und arbeiteten an Lösungen für die damit zusammenhängenden organisatorischen, pädagogischen, personellen und finanziellen Herausforderungen. Die Sekundarstufe I ist auch Gegenstand eines Postulats, welches der Kantonsrat im September für erheblich erklärt hat. Verlangt wird die Prüfung einer Reduktion der Anzahl Sekundarschulen sowie die Option einer Kantonalisierung. Derzeit laufen die Arbeiten am entsprechenden Bericht.

Sechs Schulen wurden im Berichtsjahr extern evaluiert. Dabei standen die Qualitäts-Bereiche «Lehren und Lernen», «Schulmanagement» und «Zusammenarbeit» besonders im Fokus. Die schriftlichen Vorbefragungen bei Eltern, Lehrpersonen, Schulleitungen und -behörden basieren neu in allen Schulen auf einheitlichen Standards.

Im Schuljahr 2013/14 besuchten 104 Lernende (Vorjahr: 107) eine Sonderschule. Weiter wurden wie im Vorjahr 38 Lernende mit verstärkten Massnahmen integrativ in den Regelklassen der Volksschule unterrichtet. Seit Beginn des Schuljahres 2014/15 sind die vom Verein tipiti getragenen Sonderschulangebote an den Standorten Trogen und Heiden konzentriert, der Schulstandort in Bühler wurde aufgelöst. Eine extern durchgeführte Evaluation zur Qualität der integrierten Sonderschulung stellt den Akteuren ein gutes Zeugnis aus, auch hinsichtlich der Steuerung und der Finanzierung. Entwicklungsbedürftig sind die Förderplanung und die Einbettung der integrierten Sonderschulung auf der Sekundarstufe I.

44 Kinder auf Volksschulstufe wurden häuslich unterrichtet; leicht weniger Kinder als im Vorjahr.

Die Publikation Schulaktiv (Schulblatt AR) richtet sich primär an Eltern und Lehrpersonen. Die drei Ausgaben befassten sich im Berichtsjahr mit den Themen Duale Berufsbildung, Schulweg und Kulturvermittlung an Schulen.

3.3 Fachstelle Sport

Auch im Berichtsjahr stand die Breitensportförderung im Rahmen von Jugend+Sport im Zentrum der Aufgaben der Fachstelle. Insgesamt wurden 20 J+S-Leiteraus- und -fortbildungskurse in elf Sportarten mit 523 Teilnehmenden organisiert. In 383 Kursen und Lagern von Appenzell Ausserrhoder Vereinen nahmen 5'148 Jugendliche teil. Das Total der ausbezahlten J+S-Entschädigung betrug rund Fr. 473'000. Erstmals musste das traditionelle J+S-Schneesportlager zwischen Weihnachten und Neujahr mangels Teilnehmenden abgesagt werden.

Dem Sportfonds wurden aus dem Gewinn von Swisslos Fr. 600'000 zugewiesen. Ausgerichtet wurden unter anderem Fr. 250'000 an die kantonalen und regionalen Sportverbände zur Förderung des Breitensports, Fr. 14'000 für Beiträge an Sportanlagen, Fr. 50'000 für Sportgeräteanschaffungen und Fr. 136'000 für die allgemeine Sportförderung. Weiter wurde aus den Mitteln des Sportfonds ein zusätzlicher Sportbus beschafft. Damit stehen Schulen und Vereinen im Rahmen von J+S-Angeboten insgesamt drei Busse zur Verfügung.

An der Sportlerehrung konnten 34 Sportlerinnen und Sportler und sieben Teams für 73 Medaillen aus nationalen und internationalen Meisterschaften geehrt werden. Zum ersten Mal wurde zusätzlich ein Nachwuchssportler, ein Nachwuchsteam und ein Sportförderer des Jahres ausgezeichnet.

Die Sportschule Appenzellerland und ihre Partnerschulen förderten 53 talentierte Sportschülerinnen und Sport-schüler in 15 Sportarten. Davon wohnen 25 Schülerinnen und Schüler in Appenzell Ausserrhoden. Weitere sieben Ausserrhoder Sporttalente besuchten eine ausserkantonale Sportschule.

3.4 Zentrum für Schulpsychologie und pädagogisch-therapeutische Dienste

Das Zentrum für Schulpsychologie und pädagogisch-therapeutische Dienste (ZEPT) an den Standorten Heiden, Bühler und Herisau feierte das zehnjährige Bestehen. Dies war Anlass für eine Standortbestimmung. Positiv wurde beurteilt, dass die einzelnen Fachbereiche gut aufgestellt und gut mit den Schulen und weiteren Partnern vernetzt sind. Handlungsbedarf besteht in organisatorischer Hinsicht.

Das Team des Schulpsychologischen Dienstes hat im Berichtsjahr 497 Kinder abgeklärt (Vorjahr: 486). Zugenommen haben komplexe und schwierige Situationen in Verbindung mit familiären oder psychosozialen Problemen. Mit einem standardisierten Abklärungsverfahren werden die notwendigen Informationen systematisch und vergleichbar erfasst.

Die Fachstelle Kinderschutz hat im Berichtsjahr in 21 Fällen beraten, und die Kinderschutzgruppe hat sich zu drei Sitzungen getroffen. Mit der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde wurde die Zusammenarbeit aufgenommen. Diese soll in naher Zukunft intensiviert werden, indem unter anderem die Rollen und Aufgaben im Kinderschutz sowie die Abläufe geklärt werden.

Im Auftrag der Polizei und Staatsanwaltschaft nahmen Schulpsychologinnen und -psychologen mit Experten-funktion an vier Videobefragungen teil, an denen Kinder oder Jugendliche als Opfer befragt wurden.

Die pädagogisch-therapeutischen Dienste erbrachten Abklärungen, Beratungen und Therapien in den Bereichen Logopädie, Psychomotorik und Heilpädagogische Früherziehung. In der Logopädie wurden 202 Abklärungen (Vorjahr: 201) durchgeführt. Insgesamt besuchten 437 Kinder (Vorjahr: 432) eine logopädische Therapie. In der Psychomotorik wurden 51 Kinder (Vorjahr: 54) abgeklärt und insgesamt 97 Kinder (Vorjahr: 90) therapeutisch unterstützt.

Im Rahmen der Heilpädagogischen Früherziehung wurden im Berichtsjahr 45 Kinder (Vorjahr: 53) und deren Eltern begleitet und beraten. Davon wohnten acht Kinder in Appenzell Innerrhoden (Vorjahr: 18), mit welchem eine Zu-

sammenarbeitsvereinbarung besteht. Die meisten Kinder wurden von Ärzten oder ärztlichen Diensten angemeldet.

4. Amt für Mittel- und Hochschulen und Berufsbildung

4.1 Allgemeines

Der Bundesrat erklärte das Jahr 2014 zum Jahr der Berufsbildung. Ein Höhepunkt war die erstmals durchgeführte Berufs-Schweizermeisterschaften (SwissSkills) in Bern. Zusammen mit den Verantwortlichen des Kantons Appenzell Innerrhoden organisierte das Amt im Vorfeld einen gemeinsamen Medienanlass mit den qualifizierten Appenzeller Wettkämpferinnen und Wettkämpfern. Auf Anregung des Amtes besuchte die Berufsbildungskommission die SwissSkills. Von den zwölf Ausserrhoder Teilnehmenden erreichten vier eine Medaille (eine Gold-, eine Silber- und zwei Bronze-Medaillen).

4.2 Fachstelle Mittel- und Hochschulen

Im Rahmen des Projekts «Strategische Optionen» der Kantonsschule Trogen war die Fachstelle in einem Teilprojekt federführend tätig. Evaluiert wurden die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zwischen den beiden Appenzeller Gymnasien in Trogen und Appenzell.

Lernende aus Appenzell Innerrhoden, welche die Angebote Berufsfachschule Wirtschaft oder eine Fachmittelschule wählen, besuchen heute grösstenteils die Angebote der Kantonsschule Trogen. Dies war früher nicht in diesem Ausmass der Fall und ist auch ein Ergebnis von entsprechenden interkantonalen Gesprächen.

4.3 Fachstelle Berufsbildung

Die Zahl der genehmigten Lehrverträge veränderte sich nur leicht gegenüber dem Vorjahr. 2014 wurden 550 neue Lehrverträge genehmigt (Vorjahr: 564). Der Gesamtbestand der Lehrverträge beträgt 1'420 (Vorjahr: 1'423). Davon entfallen 1'321 auf die berufliche Grundbildung mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis (Vorjahr: 1'326) und

97 auf das eidgenössische Berufsattest (Vorjahr: 97). Die Anzahl der Lernenden der Ausserrhoder Lehrbetriebe, die den Berufsschulunterricht an ausserkantonalen Schulen besuchen, war mit 821 (Vorjahr: 845) leicht rückläufig (vgl. Statistiken S. 76f).

Im letzten Jahr wurden 455 Qualifikationsverfahren (Lehrabschlussprüfungen) durchgeführt (Vorjahr: 478). 435 Lernende haben die Prüfungen bestanden (Vorjahr: 450). Dies entspricht einer Durchfallquote von 4,4 % (Vorjahr: 3,8 %).

Die Rechnungsstellung für die überbetrieblichen Kurse und ausserkantonalen Berufsfachschulen wurden erstmals vollständig mit der Software «Kompass 2» verarbeitet.

4.4 Fachstelle Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung

Im Gegensatz zum Vorjahr hat die Anzahl der Ratsuchenden im Berichtsjahr leicht auf 1'118 zugenommen (Vorjahr: 1'096, vgl. Statistik S. 77). Die Zunahme verteilt sich auf alle Anspruchsgruppen. Bei der Studienberatung sind gleichbleibende Zahlen gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Nach zwei Jahren mit stark rückläufigen Zahlen ist die Anzahl der Besuchenden des Berufsinformationszentrums wieder leicht gestiegen (270 / +5 %). In der mittelfristigen Betrachtung haben sich die Besuche im Berufsinformationszentrum mehr als halbiert und haben sich auf deutlich tieferem Niveau stabilisiert (vgl. Statistik S. 77). Im Gegenzug hat die Präsenz der Beraterinnen und Berater in den Schulhäusern deutlich zugenommen.

Im Oktober wurde kommuniziert, dass die Berufsberatungsstelle in Heiden ab April 2015 aufgehoben wird. Gleichzeitig werden auf dann die Beratungsressourcen der Fachstelle leicht gekürzt. Diese Massnahmen stehen im Zusammenhang mit den rückläufigen Schülerzahlen auf der Sekundarstufe I, einer anstehenden Pensionierung und der Aufgabenüberprüfung.

4.5 Fachstelle Ausbildungs- und Studienbeiträge

Mit 258 bearbeiteten und verfügbaren Gesuchen war die Anzahl gegenüber dem Vorjahr rückläufig (Vorjahr: 302 /

-14,5 %). 245 Gesuche betrafen ein Stipendium (Vorjahr: 285 / -14 %), in 13 Fällen wurde um Ausbildungs- bzw. Studiendarlehen angefragt (Vorjahr: 17 / -23,5 %). Bei 236 Gesuchen war ein Leistungsanspruch ausgewiesen (Vorjahr: 256 / -7,8 %). 8,5 % der Gesuche wurde abgewiesen (Vorjahr: 15 %; 2010 waren es noch 28 %). Die deutliche Abnahme ist unter anderem auf die verstärkte Beratungstätigkeit der Fachstelle vor der Einreichung eines formalen Gesuchs zurückzuführen. Der maximale Anspruch war wie schon im Vorjahr in 100 Fällen ausgewiesen. Der durchschnittlich gewährte Stipendienbetrag belief sich auf rund Fr. 7'080 (Vorjahr: Fr. 6'840 / +3,5 %).

Im Berichtsjahr wurden Stipendien von rund Fr. 1,51 Mio. ausbezahlt (Vorjahr: 1,66 Mio. / -8,9 %); zurückerstattet oder zurückgefordert wurden Fr. 21'267. Der geringere Stipendienaufwand ist vor allem auf die Teilrevision der Berechnungsrichtlinien im Rahmen der Aufgabenüberprüfung zurückzuführen.

4.6. Schulgelder an ausserkantonale allgemeinbildende Schulen der Sekundarstufe II

Der Aufwand für Lernende an ausserkantonalen allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe II blieb mit Fr. 2,72 Mio. im Rahmen des Vorjahreswerts (Fr. 2,78 Mio.). Die Anzahl der Lernenden blieb mit 217 nahezu konstant (vgl. Statistik S. 79).

4.7 Studiengelder an Hochschulen

Der Aufwand für Hochschulstudierende (Fachhochschulen, Pädagogische Hochschulen, universitäre Hochschulen) betrug Fr. 16,62 Mio. (Vorjahr: Fr. 15,31 Mio.), bei gleichbleibender Studierendenanzahl von rund 960 und teilweise leicht höheren Beiträgen (vgl. Statistik S. 79). Die Differenz beim Aufwand hat buchhalterische Gründe: Im Jahr 2013 wurden als Folge des neuen Finanzhaushaltsgesetzes erstmals Abgrenzungen in der Höhe von rund Fr. 1,3 Mio. vorgenommen, was den Rechnungsbeitrag dementsprechend einmalig schmälerte.

5. Kantonsschule Trogen

Am Ende des Schuljahres 2013/2014 haben alle 90 Maturandinnen und Maturanden den gymnasialen Maturitätsausweis erhalten. Aus der Berufsfachschule Wirtschaft waren sechs Lernende zur Prüfung angetreten; alle durften das Handelsdiplom entgegennehmen. Das Berufsmaturitätszeugnis, welches nach einem erfolgreich abgeschlossenen Praxisjahr erworben werden kann, konnte an vier Kandidatinnen und Kandidaten ausgehändigt werden. 19 Kandidatinnen und Kandidaten legten die Abschlussprüfung zur Erlangung des Fachmittelschulaausweises erfolgreich ab. Die Schule händigte zudem fünf Fachmaturitätsausweise Gesundheit, drei Fachmaturitätsausweise Soziale Arbeit und elf Fachmaturitätsausweise Pädagogik aus.

Beim Start zum Schuljahr 2014/15 verzeichnete die Kantonsschule insgesamt 659 Lernende (Gymnasium 370; Berufsfachschule Wirtschaft und Berufsmaturität 40; Fachmittelschule und Fachmaturität 106; Sekundarschule 143). Im Vergleich zum Vorjahr werden 21 Lernende (-3,1 %) weniger unterrichtet. Davon entfallen zwölf auf das rein schulische Brückenangebot (10. Schuljahr), welches seit Sommer 2014 nicht mehr geführt wird. Bei den weiteren Angeboten präsentiert sich die Entwicklung unterschiedlich. Während die Schülerzahlen in der Sekundarstufe I (-7,7 %) und dem Gymnasium (-4,9 %) rückläufig waren, nahmen sie in der Berufsfachschule Wirtschaft (+8,1 %) und der Fachmittelschule (+21,8 %) zu (vgl. Statistik S. 78).

Das Gymnasium stand im Zeichen von Veränderungen. Einerseits wurden Schulentwicklungsprozesse im Rahmen des Projekts «Strategische Optionen» konkretisiert und andererseits verschiedene Unterrichtsentwicklungsprozesse angegangen. So wurden zum Beispiel die Möglichkeiten zur Nutzung der Informationstechnologie im Schulalltag erweitert (elektronische Lernplattform, Ausweitung des Internetzugangs auf dem ganzen Campus, Weiterbildung der Lehrpersonen im Bereich der Medienkompetenz usw.). Weiter wurde das frühere Schwerpunktfach «Alte Sprachen» neu als Schwerpunktfach «Latein» konzipiert. Auch wurde an den Grundlagen der Themenwochen und der Sonderveranstaltungen sowie an den Strukturen gearbeitet. Ein Lernendenaustausch-Projekt

mit dem frankophonen Wallis konnte realisiert werden. Das Haus auf dem Landsgemeindeplatz der Stiftung «Kantonsschule Trogen» wurde saniert. Für die Nutzung wurde ein neues Betreuungskonzept erarbeitet, das ab Jahresbeginn 2015 umgesetzt werden kann.

Zum Schuljahresbeginn 2014/15 traten letztmals Lernende in die Berufsfachschule Wirtschaft ein, die nach dem geltenden Standardlehrplan beschult werden. Ab Schuljahresbeginn 2015/16 gilt der neue Rahmenlehrplan für die Berufsmaturität. Gestützt auf den entsprechenden Bildungsplan wird derzeit der Schullehrplan erstellt.

Auf Beginn des Schuljahres 2014/15 sind total 42 Lernende in die 1. Klasse der Sekundarschule eingetreten. Längerfristig ist mit Jahrgängen zwischen 40 und 45 Lernenden zu rechnen. Bis vor einigen Jahren umfassten diese noch jeweils 50 bis 60 Lernende. Die zuständige Kommission, in welcher die drei Trägergemeinden und die Kantonsschule vertreten sind, hat in Absprache mit den Gemeinderäten von Trogen, Wald und Rehetobel deshalb entschieden, die Organisation und das Schulmodell anzupassen.

6. Berufsbildungszentrum Herisau

Die Zahl der Lernenden am Berufsbildungszentrum blieb im Berichtsjahr mit 1'051 weiterhin auf einem hohen Stand (Schuljahr 2013/14: 1'046, vgl. Statistik S. 78).

Das Qualitätsmanagementsystem ISO9001:2008 wurde weiter ergänzt und teilweise optimiert. Es erwies sich erneut als wirksames und strukturiertes Führungssystem. Das Aufrechterhaltungsaudit durch die Firma SQS verlief erfolgreich. Die strategischen Ziele des Berufsbildungszentrums konnten weitgehend erreicht werden. Einen wichtigen Beitrag zu dieser Entwicklung lieferte die Qualitätsgruppe, welche zentrale Prozesse hinterfragt und laufend verbessert. Sie leitete Massnahmen aus der Mitarbeitendenbefragung ab, setzte sich mit der Einführung von elektronischen Medien im Unterricht auseinander, reflektierte die Methode zum Feedback durch die Lernenden und entwickelte diese weiter. Aus sogenannten Crossaudits mit dem BWZ Wattwil und der BUSA Herisau

konnten viele Optimierungs- und Zielideen zur Verbesserung des Systems und der Qualität abgeleitet werden.

Die ersten Lernenden der erst seit kurzem geführten Attestausbildung «Holzpraktiker/-in EBA» schlossen im Sommer erfolgreich ab. Die Unterstützung der Lernenden konnte dank einem neu konzipierten Lernatelier, zielgerichteten Stützkursen und Coachings weiter verbessert werden. Möglich wurde dies auch dank einer finanziellen Unterstützung einer Stiftung. Im Rahmen verschiedener neuer Bildungsvorschriften wurden Schullehrpläne angepasst.

Ein Jahresziel sah die Verbesserung der Unterrichtsqualität vor. Hier konnten Fortschritte erzielt werden: Die Zahl der gemeldeten Störungen ging zurück und die Zufriedenheit der Lernenden mit dem Unterricht stieg weiter an. Fast alle Fachgruppen erreichten ihre Ziele und realisierten viel Innovation und Qualitätsverbesserung im Unterricht. In der «Brücke AR» konnten mehr als 80 % der Jugendlichen bis zum Ende des Schuljahres eine Anschlusslösung finden.

Der anfällige Medienserver wurde durch die webbasierte Videoplattform «nanoo.tv» abgelöst. Neu steht den Lehrpersonen eine deutlich grössere Anzahl von Filmen und Fernsehsendungen zur Verfügung. Dies eröffnet einerseits neue methodische Möglichkeiten für den Unterricht und reduziert andererseits den Wartungsaufwand der Informatiklösung.

Die Partnerschaft mit «Schweizer Jugend forscht» wurde weitergeführt. Zwei Teams mit Lernenden des Berufsbildungszentrums nahmen erfolgreich am Wettbewerb teil. Für die nächste Ausgabe wurden drei Projekte nominiert, zwei davon werden am schweizerischen Wettbewerb dabei sein.

Elf Lehrpersonen durchliefen die Laufbahnqualifikation; alle Teilnehmenden erfüllten die Anforderungen. Bei einer weiteren Lehrperson wurde die Laufbahnqualifikation zugunsten von Entwicklungsmassnahmen um ein Jahr verschoben. Eine weitere Lehrperson verliess die Schule während des laufenden Laufbahnqualifikationsverfahrens.

Departement Gesundheit

Direktor: Regierungsrat Dr. Matthias Weishaupt

Dem Kantonsrat konnte in seiner Sitzung vom 1. Dezember der Zwischenbericht zum Gesundheitsbericht Appenzell Ausserrhoden aus dem Jahr 2012 unterbreitet werden. Dieser Zwischenbericht – der erste und aufgrund der Aufgabenüberprüfung zur Entlastung des Staatshaushaltes gleich auch der letzte – gibt einen umfassenden Überblick über die geleisteten Aufgaben, die laufenden Projekte und die anstehenden Herausforderungen. Gleichsam einem roten Faden mit drei Strängen kann dabei festgehalten werden: dass erstens die Dienstleistungen im Gesundheitswesen quantitativ stetig wachsen; dass zweitens in zentralen Berufsfeldern des Gesundheitswesens ein Mangel an gut qualifizierten Gesundheitsfachpersonen bereits besteht oder sich abzeichnet und dass drittens die Kosten für das Gesundheitswesen – im Vergleich zur Teuerung – überproportional ansteigen und sowohl die öffentliche Hand (Kanton, Gemeinden) als auch die privaten Haushalte (Prämien, Out-of-pocket-Zahlungen) stark belasten. Qualitative Verbesserungen bei der medizinischen, pflegerischen und therapeutischen Versorgung und der Qualitätskontrolle sind deutlich erkennbar, wenn auch selten mit Kosteneinsparungen verbunden.

Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Verbänden sowie die aufsichtsrechtlichen Kontakte mit den Institutionen (Heime, Organisationen, Spitäler) und Gesundheitsfachpersonen waren geprägt durch eine professionelle gegenseitige Wertschätzung und einen konstruktiv-kritischen Austausch. Im Zentrum des Interesses und Einsatzes stand immer das Wohl der Menschen, die aufgrund ihrer Lebenssituation einer besonderen Unterstützung, Betreuung und Pflege bedürfen. Dafür gebührt allen im Gesundheitswesen tätigen Mitarbeitenden und Fachpersonen ein grosser Dank.

1. Departementssekretariat

1.1 Personeller Wechsel

Nach Austritt der Departementssekretärin Dr. Gabriela Küpfer in der ersten Jahreshälfte, hat der Regierungsrat per 1. Juli Patrik Riebli, bisheriger juristischer Mitarbeiter im Departementssekretariat, als Nachfolger gewählt.

Nachdem sich eine bedeutende Überschreitung des Voranschlags für individuelle Prämienvorbilligungen abzeichnete, beauftragte der Regierungsrat das Departement Gesundheit, die Ursachen dafür zu analysieren. Das Departementssekretariat koordinierte die Abklärungen mit der Ausgleichskasse und IV-Stelle und der Steuerverwaltung und bereitete den Antrag an den Regierungsrat vor.

1.2 Aufgabenerfüllung

Ausgelöst durch die Vakanz der Departementssekretärin war das Departementssekretariat während acht Monaten um eine juristische Vollzeitstelle unterbesetzt.

Das Departement Gesundheit ist von der Reorganisation der kantonalen Verwaltung im Vergleich zu anderen Departementen besonders betroffen. Die Zusammenlegung von Aufgaben aus drei verschiedenen bisherigen Departementen benötigte vertiefte Abklärungen. Der Departementssekretär übernahm als Projektleiter-Stellvertreter des Teilprojekts 3, Departement Gesundheit und Soziales, Planungs- und Koordinationsarbeiten sowie die Berichterstattung.

Gesetzgebungsverfahren, die in den letzten Jahren aus Ressourcengründen pendent blieben, mussten wegen deren Dringlichkeit in Angriff genommen werden. In Zusammenarbeit mit dem Amt für Soziale Einrichtungen wurde ein erster Entwurf des Gesetzes über die Pflegefinanzierung ausgearbeitet. Zudem erfolgten erste Vorbereitungsarbeiten für ein Behindertenintegrationsgesetz. Aufgrund der Analyse der Kreditüberschreitungen für die individuellen Prämienvorbilligungen hat der Regierungsrat das Departement Gesundheit beauftragt, die Revision des Einführungsgesetzes zum KVG (EG zum KVG) anzugehen. Sowohl beim Gesetz über die Pflegefinanzierung wie auch beim EG zum KVG sind vorläufige Verord-

nungen in die ordentliche Gesetzgebung zu überführen. Die Revision der Interkantonalen Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen wurde vom Kantonsrat für die Volksdiskussion freigegeben. Ebenfalls drängende Revisionen weiterer Gesetze, wie zum Beispiel des Gesundheitsgesetzes und dessen Ausführungserlasse, mussten aus Ressourcengründen erneut verschoben werden. Kleinere Änderungen diverser regierungsrätlicher Verordnungen wurden in Angriff genommen.

Im Auftrag der Trägerkantone wurde die Weiterentwicklung der Interkantonalen Vereinbarung über eine gemeinsame Lebensmittelkontrolle der Kantone Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Glarus und Schaffhausen geprüft. Es wurde erwogen, das Interkantonale Labor (IKL) zusammen mit dem Veterinärwesen in eine öffentlich-rechtliche Anstalt zu überführen. Im Rahmen der Reorganisation der kantonalen Verwaltung zeigte sich, dass eine Integration des ausserrhodischen Veterinärwesens ins IKL zurzeit nicht umsetzbar ist. Entsprechend wurde auf die Revision der Interkantonalen Vereinbarung verzichtet. Das Departementssekretariat traf die notwendigen rechtlichen Abklärungen und trug zur Ausarbeitung des Regierungsratsantrags bei.

Das Departementssekretariat leistete viele Unterstützungsarbeiten für die Ämter. Diese reichten von der Abklärung grundsätzlicher Rechtsfragen bis zur Betreuung aufwendiger Rechtsmittelverfahren, insbesondere im Bereich der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen und der Tarifverfahren. Auch wurden diverse Mitberichte und Vernehmlassungen zuhanden von Bund und Kantonen beantwortet sowie teilweise komplexe departementale Rechtsmittelverfahren und Verfügungen bearbeitet.

2. Spitalamt

2.1 Spitalplanung und Spitallisten Appenzell Ausserrhoden 2015 Akutsomatik und Rehabilitation

Die Spitallisten Appenzell Ausserrhoden 2013 Akutsomatik und Rehabilitation waren bis Ende 2014 befristet, weshalb der Regierungsrat im Dezember die Spitalplanung und die Spitallisten Appenzell Ausserrhoden 2015 Akut-

somatik und Rehabilitation für die Jahre 2015 und 2016 genehmigte und sie per 1. Januar 2015 in Kraft setzte.

2.2 Umsetzung des Grundlagenpapiers Psychiatrieversorgung für Appenzell Ausserrhoden

Im Juni 2013 hatte der Regierungsrat vom Grundlagenpapier Psychiatrieversorgung für Appenzell Ausserrhoden Kenntnis genommen. Zu dessen Umsetzung und insbesondere zur Klärung offener Fragen wurden ein Lenkungsausschuss und eine Arbeitsgruppe eingesetzt, in welchen die Departemente Bau und Umwelt, Finanzen und Gesundheit sowie der Spitalverbund Appenzell Ausserrhoden (SVAR) vertreten sind. Um die Versorgung mit stationären psychiatrischen Leistungen sicher zu stellen, hatte der Regierungsrat im Dezember 2013 die Spitalplanung und die Spitalliste Appenzell Ausserrhoden 2014 Psychiatrie für die Jahre 2014 und 2015 genehmigt und in Kraft gesetzt. Zusätzlich fordert das Grundlagenpapier Psychiatrieversorgung für Appenzell Ausserrhoden, dass die ambulante psychiatrische Versorgung für die Bevölkerung ausgebaut wird. Aufgrund knapper finanzieller und personeller Ressourcen wurden die Arbeiten, welche die Umsetzung dieser Forderung konkretisieren sollen, teilweise aufgeschoben. Weitergeführt wurden die Arbeiten im Zusammenhang mit dem Psychiatrischen Zentrum Appenzell Ausserrhoden (PZA) des SVAR. Der SVAR hatte vom Regierungsrat den Auftrag erhalten, die Kosten des PZA nach Verursacherprinzip auf die Kostenstellen aufzuschlüsseln. Ebenso galt es, offene Fragen zu den Mieten des PZA in Zusammenarbeit mit dem Departement Bau und Umwelt zu klären. Der Zeitaufwand des Departements Gesundheit und insbesondere des Spitalamtes zur Begleitung der Arbeiten im SVAR, welche Ende 2014 noch nicht abgeschlossen waren, ist hoch.

2.3 Spitäler

Die Aufsicht über die Spitäler in Appenzell Ausserrhoden obliegt dem Regierungsrat bzw. dem Departement Gesundheit. Das Gesetz gibt Leitplanken vor, wie diese Aufsicht auszugestalten ist. Aufgrund der knappen Ressourcen im Spitalamt konnten im Berichtsjahr nur die Grundzüge zur Ausgestaltung der Aufsicht erarbeitet

werden. Diese wurden mit den Spitalleitungen der Spitäler besprochen und das weitere Vorgehen bestimmt.

Umfassendere Vorgaben hat der Gesetzgeber für die Aufsicht des SVAR vorgesehen. Jährlich bringt der Regierungsrat dem Kantonsrat Geschäftsbericht und Jahresrechnung zur Kenntnis. Im Berichtsjahr hat der SVAR das Finanzreglement erlassen und dem Regierungsrat zur Genehmigung unterbreitet. 2015 beabsichtigt der SVAR, dem Regierungsrat eine Aufgaben- und Finanzplanung zur Kenntnisnahme zu unterbreiten.

In den Monaten November und Dezember wurden verschiedene Rücktritte im Verwaltungsrat des SVAR bekannt gegeben. Diese erfolgen teilweise vor Ende der vierjährigen Amtsdauer Ende Mai 2015. Erste Vorbereitungsarbeiten für die Analyse und Evaluation im Hinblick auf die Wahlen des SVAR-Verwaltungsrats durch den Regierungsrat wurden Ende Jahr aufgegleist.

2.4 Strukturreform der Stiftung Ostschweizer Kinderspital

Die Strukturreform der Stiftung Ostschweizer Kinderspital wurde im Berichtsjahr erfolgreich abgeschlossen, nachdem die Regierungen der beteiligten Kantone Appenzell Ausserrrhoden, Appenzell Innerrhoden, St. Gallen und Thurgau sowie das Fürstentum Liechtenstein und die Aufsichtsbehörden den neuen Strukturen zugestimmt hatten. Die neu geschaffene Trägerdelegation, in der Appenzell Ausserrrhoden durch den Gesundheitsdirektor vertreten ist, hat sich konstituiert und wählte per Ende Jahr den neuen Stiftungsrat.

2.5 Gemeinsamer Rettungsdienst beider Appenzell

Die Arbeiten der Arbeitsgruppe, welche die Zusammenlegung der Rettungsdienste von Appenzell Ausserrrhoden und Appenzell Innerrhoden prüft, wurden auf Wunsch von Appenzell Innerrhoden sistiert.

3. Amt für Gesundheit

3.1 Allgemeines

Im Dezember wurde der Zwischenbericht zum Gesundheitsbericht 2012 dem Kantonsrat zur Kenntnisnahme vorgelegt. Der Bericht beinhaltet auch neu erschienene Daten aus der Gesundheitsbefragung 2012. Es zeigt sich wie schon bei der Befragung 2007, dass über 88 % der Ausserrhoderinnen und Ausserrhoder ihren Gesundheitszustand als gut oder sehr gut bezeichnen. Ebenso ist die Versorgung mit Gesundheitsleistungen im Kanton überwiegend gut. Lediglich im Bereich der ambulanten psychiatrischen Leistungen ist Appenzell Ausserrrhoden bereits heute eher unterversorgt. Da sich zu wenige Personen als Psychiaterinnen und Psychiater ausbilden lassen, wird sich die Unterversorgung im Kanton wie in der gesamten Schweiz noch verstärken.

Das Projekt «Praxisassistenten» dient dazu, junge Ärztinnen und Ärzte an den Beruf des Hausarztes oder der Hausärztin heranzuführen. Im Rahmen des Projektes konnte eine weitere Praxisassistentenstelle für sechs Monate mit einer Ärztin besetzt werden.

Das kantonale Aktionsprogramm «Gesundes Körpergewicht» in Zusammenarbeit mit der Gesundheitsförderung Schweiz ist abgeschlossen. Während vier Jahren wurden verschiedene Teilprojekte erfolgreich durchgeführt. An der Schlussveranstaltung im November wurden alle beteiligten Personen und Stellen für die gute Zusammenarbeit verdankt. Die beiden «Guet druf Tage» in Herisau und Urnäsch zu Bewegung, Ernährung und Erleben waren erfolgreich und haben mit einem attraktiven und abwechslungsreichen Angebot viele Interessierte angezogen. Im November wurde die Kinderbetreuung Herisau mit ihren zwei Kindertagesstätten und zwei Schülerhorten für das erfolgreiche Assessment ihres Verpflegungsangebots durch das Amt für Gesundheit ausgezeichnet. Dafür wurden Mitarbeiterinnen der Kinderbetreuung Herisau von einer externen Ernährungsberaterin geschult und das Verpflegungsangebot der Einrichtungen gemeinsam optimiert. Die Jugendlichen der Kantonsschule Trogen haben mit den Projekten «Let's move» und der «Gesundheitswoche» das Thema Bewegung und Ernährung in den Schul-

alltag einbezogen. Das Angebot der Mütter- und Väterberatung für Migrantinnen und Migranten unter Beizug von interkulturellen Vermittlerinnen (Projekt «Miges Balú») hat sich etabliert und wird von der Zielgruppe sehr geschätzt. Die Weiterführung des Projektes ist sichergestellt.

Der Verein «Ostschweizer Forum für psychische Gesundheit» hat diverse Veranstaltungen der «Wahnsinnsnächte» in Appenzell Ausserrhoden unterstützt. Die Webseite www.forum-psychische-gesundheit.ch hat sich etabliert. Das Forum leitete die Vorbereitungsarbeiten ein zur Teilnahme am Interreg-Projekt V «Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen».

3.2 Gesundheitsrat

Der Gesundheitsrat hat sich im Berichtsjahr zu drei Sitzungen getroffen. Er befasste sich u.a. mit dem Zwischenbericht zum Gesundheitsbericht, mit Fragen im Bereich der Alters- und Pflegeheime sowie mit der Spitalplanung Appenzell Ausserrhoden 2015 Akutsummatik und Rehabilitation.

3.3 Kantonsärztlicher Dienst

Die Zahl der Kostengutsprachen stieg im Vergleich zum Vorjahr leicht an.

Aufgrund zu knapper personeller Ressourcen im Spitalamt konnte das Softwareprojekt, welches für den kantonsärztlichen Dienst bezüglich der Wohnsitzkontrolle und der elektronischen Rechnungsübermittlung Erleichterungen bringen soll, nicht wie geplant vorangetrieben werden.

Der kantonsärztliche Dienst unterstützte das Spitalamt bei der Erarbeitung der Spitallisten Appenzell Ausserrhoden 2015 Akutsummatik und Rehabilitation mit medizinischem Fachwissen.

Im Berichtsjahr sind keine aussergewöhnlichen Häufungen von Infektionskrankheiten aufgetreten. Hepatitis-C, Campylobacteriose oder diverse Geschlechtskrankheiten sind allerdings mehrfach gemeldet worden. Es sind zwei Meldungen neuer HIV-Fälle eingegangen. Die Ebola-Epi-

demie in Westafrika hat das Amt für Gesundheit und den kantonsärztlichen Dienst stark beansprucht. Die notwendigen Vorbereitungsmaßnahmen wurden eingeleitet.

Im Berichtsjahr fand erneut eine Fachsitzung der Schulärztinnen und Schulärzte statt. Der Austausch dient der Verbesserung des Systems und zum allgemeinen Erfahrungsaustausch. Die bereitgestellten Unterlagen werden von den Schulgemeinden genutzt.

3.4 Kantonszahnärztlicher Dienst

Zu den wichtigsten Aufgaben des Kantonszahnarztes zählen die Information und Beratung von Behörden, Schulen sowie von Einwohnerinnen und Einwohnern. Die kantonalen Zahnärztinnen und Zahnärzte sowie die Schulleitungen und Sekretariate der Schulgemeinden wurden bei der Umsetzung des kantonalen schulzahnärztlichen Untersuchungs unterstützt.

In Zusammenarbeit mit dem Berufsverband der Zahnärztinnen und Zahnärzte wurde der fachspezifische Notfalldienst überwacht. Die bisher für die Notfallorganisation zuständige Gesellschaft der Zahnärzte von Appenzell hatte sich per Ende 2013 aufgelöst. Die Nachfolgeorganisation unter der Leitung der Zahnärzte-Gesellschaft des Kantons St. Gallen, Sektion Appenzellerland, hat die bewährte Notfalldienstorganisation im Berichtsjahr reibungslos weitergeführt.

Der Kantonszahnarzt engagierte sich als Mitglied des Vereins Kantonszahnärzte Schweiz. Trotz bescheidener Ressourcen wird Appenzell Ausserrhoden in der Fachwelt als positives Beispiel im Bereich der Prävention und der Beaufsichtigung von Gesundheitsfachpersonen wahrgenommen. Als Mitglied der Honorarprüfungskommission führte der Kantonszahnarzt diverse Vorabklärungen zugunsten der Kommission durch. Ebenso unterstützte er in diversen zahnärztlichen Fürsorgefällen den Vertrauenszahnarzt der Gemeinden in der Therapieplanung.

3.5 Fachstelle Gesundheitsfachpersonen und Heilmittelkontrolle

Im November wurden die jährlichen Prüfungen für Heilpraktikerinnen und Heilpraktiker durchgeführt. Von den neun Kandidatinnen und Kandidaten (sechs Frauen und drei Männer) haben acht Teilnehmende die Prüfung erfolgreich bestanden.

Das zweite Revisionspaket zum eidgenössischen Heilmittelgesetz, welches den eidgenössischen Räten im Jahr 2013 vom Bundesrat unterbreitet wurde, wird voraussichtlich im 2015 im Parlament behandelt. Die im Berichtsjahr stattgefundenen vorbereitenden Gespräche zeigen in für Appenzell Ausserrhoden wichtigen Bereichen positive Tendenzen. Dies betrifft vor allem die Verlängerungsmöglichkeit von kantonal zugelassenen Arzneimitteln (AR-Registrierungen) und die Regelungen zur Zulassung von komplementärmedizinischen Arzneimitteln.

Die Fachstelle führte im Berichtsjahr 77 Inspektionen durch (vgl. Statistik S. 83). Einige Rechtsmittelverfahren bei Gesundheitsfachpersonen waren aufwändig; diese Ressourcen fehlten dann bei den Routineinspektionen. Ebenso ressourcenintensiv waren Abklärungen im Zusammenhang mit der Inverkehrbringung von Heilmitteln.

Dank einer neuen Schnittstelle zwischen der kantonalen Administrationssoftware für Gesundheitsfachpersonen und dem Medizinalberuferegister des Bundes wurden die Arbeitsabläufe weiter vereinfacht.

3.6 Beratungsstelle für Suchtfragen

Die Beratungsstelle für Suchtfragen führte insgesamt 135 Beratungen durch (Vorjahr: 161). Zusätzlich wurden 77 Kurzberatungen mit weniger als drei Stunden Arbeitsaufwand angeboten. 56 % der Personen kamen wegen Alkohol, 14 % wegen Cannabis, 18 % wegen harten illegalen Drogen und 12 % wegen anderen Suchtproblemen (Essstörungen, Spiel-, Gamesucht usw.) in die Beratung. 11 % der Ratsuchenden waren unter 20 Jahren alt, 21 % zwischen 20 und 30 Jahren, 39 % zwischen 30 und 50 Jahren und 29 % waren über 50 Jahre alt (vgl. Statistik S. 84).

Neben den Beratungen bot die Beratungsstelle verschiedene Präventionsprojekte an. Für das Projekt «Rauchfreie Lehre 2014», das zusammen mit der Lungenliga St. Gallen und der Lungenliga Appenzell Innerrhoden durchgeführt wurde, haben sich 121 Lernende angemeldet. Es wurde mit einem grossen Event abgeschlossen.

Erneut wurden Alkohol- und Tabaktestkäufe zu Monitoringzwecken zusammen mit dem Blauen Kreuz St. Gallen-Appenzell durchgeführt. Lediglich 52 % der Verkaufsstellen hielten sich an die gesetzlichen Vorschriften.

Im Bereich Spielsucht wird eng mit den Kantonen St. Gallen, Thurgau, Graubünden, Glarus und Appenzell Innerrhoden zusammen gearbeitet und ein professionelles Angebot zur Verfügung gestellt (www.sos-spielsucht.ch).

Im September wurde die Beratungsstelle erfolgreich mittels QuaTheDA (Qualität Therapie Drogen Alkohol) rezertifiziert. Die Zertifizierungsstelle hat der Beratungsstelle damit eine sehr hohe Qualität attestiert.

3.7 Honorarprüfungs- und Schlichtungskommission

Im Berichtsjahr wurden fünf Gesuche anhängig gemacht, die alle erledigt werden konnten: Ein Gesuch wurde zurückgezogen. In zwei Fällen haben sich die Parteien geeinigt, wobei in einem Fall auf Wunsch der Parteien die Honorarprüfungskommission die Einigung begleitet hat. In einem Fall haben sich die Parteien unter Rückzugsvorbehalt geeinigt, wobei die Patientin den Vergleich innert Frist widerrufen hat. Im letzten Fall hat die Honorarprüfungskommission befunden, dass nicht erbrachte Leistungen verrechnet wurden. Es sind keine Pendenzen hängig.

4. Amt für Lebensmittelkontrolle (Interkantonales Labor AR, AI, GL, SH)

Die Betriebskontrollen und Probeuntersuchungen wurden nach einem risikobasierten System abgewickelt. Von den rund 800 kontrollpflichtigen Betrieben im Kanton wurde knapp die Hälfte inspiziert. Die Beanstandungsquote lag dabei leicht über dem Vorjahr.

Im Berichtsjahr erhob das Amt 423 Proben in den Bereichen Lebensmittel, Trink- und Badewasser sowie Gebrauchsgegenstände. Die Beanstandungsquote der untersuchten Proben lag mit 18 % im Durchschnitt der letzten Jahre (vgl. Statistik S. 83).

Die Zahl der bearbeiteten Baugesuche blieb gegenüber dem Vorjahr konstant.

Die Vorgaben zum Passivraucherschutz wurden in der Regel eingehalten. Die kontrollierten Fumoirs entsprechen weitestgehend den gesetzlichen Anforderungen.

Im Hochsommer beteiligte sich das Amt an einer national koordinierten Aktion. In Zusammenarbeit mit der Polizei wurden in den frühen Morgenstunden gezielt Kühltransporter kontrolliert. Bis auf kleinere Hygienemängel wurden die gesetzlichen Vorgaben eingehalten, insbesondere die erforderlichen Kühltemperaturen.

5. Amt für Soziale Einrichtungen

5.1 Personelle Wechsel

Nach Austritt der Leiterin der Fachstelle Alter und Spitex hat der Regierungsrat Yvonne Blättler-Göldi als neue Leiterin gewählt. Sie tritt die Stelle per 1. Januar 2015 an. Nach viermonatiger Stellenvakanz in der Fachstelle Alter und Spitex konnte Ende September Heidi Brassel in einem befristeten Teilzeitanstellungsverhältnis mit einem Teil der Aufgaben betraut werden.

5.2 Bereich Alter und Spitex

In Zusammenarbeit mit Praxisvertreterinnen und Praxisvertretern wurde Anfang Mai das Projekt «Basisqualität in Alters- und Pflegeeinrichtungen Appenzell Ausserrhoden» gestartet. Ziel des Projekts ist es, die kantonalen Kriterien für die Sicherung und Entwicklung der Qualität in den Ausserrhoder Alters- und Pflegeeinrichtungen zu definieren (vgl. Ziff. 5.3).

Die Pflegegarantie (Pflege über alle Pflegestufen) stellt sicher, dass die Bewohnerinnen und Bewohner von Alters- und Pflegeeinrichtungen in der Regel bis zu ihrem Tod in der gewählten Einrichtung verbleiben können und dort fachgerechte Pflege und Betreuung erhalten. Der Regierungsrat erachtet das Prinzip der Pflegegarantie als versorgungspolitischen Auftrag. Bislang ist die Pflegegarantie im Kanton nur in etwa einem Drittel aller Alters- und Pflegeeinrichtungen gewährleistet. Eine Massnahme zur Erhöhung des Anteils von Alters- und Pflegeeinrichtungen, die zur Pflege in allen Pflegestufen zugelassen sind, stellte die Neudefinition der Zulassungskriterien (Übergangsregelung) zur Leistungserbringung bis Pflegestufe 12 dar. Bis Ende September gingen neun Gesuche um Erweiterung des Leistungsauftrages bis Pflegestufe 12 ein. In diesen neun Heimen nahm das Amt im vierten Quartal eine Prüfung aller qualitativen Mindestkriterien vor. Aufgrund der Prüfungsergebnisse entscheidet der Regierungsrat im ersten Quartal 2015 über die Erweiterung des Leistungsauftrags.

Eine Arbeitsgruppe mit Praxisvertretenden des Branchenverbandes Curaviva Appenzellerland befasste sich intensiv mit Fragen der Finanzierung des Aufenthalts im Alters- und Pflegeheim. Im Hinblick auf die Ablösung der vorläufigen Verordnung über die Pflegefinanzierung (bGS 812.115) bzw. die Schaffung eines Gesetzes über die Pflegefinanzierung, schlägt die Arbeitsgruppe Änderungen im Modell der Finanzierung der stationären Pflege und Betreuung vor. Im Weiteren soll mehr Kostentransparenz geschaffen werden, da hohe Beiträge der öffentlichen Hand ausgerichtet werden (Restfinanzierung der Pflege durch die Gemeinden sowie Ergänzungsleistungen durch Gemeinden und Kanton). Dazu ist die Datenbasis für Kosten- und Leistungsvergleiche zu verbessern. Für die Ausserrhoder Alters- und Pflegeheime ist ein Berichtssystem mit einheitlichen und transparenten Kostenrechnungen aufzubauen, das mit anderen Kantonen abgestimmt ist und inner- und interkantonale Vergleiche ermöglicht.

Um im Kanton die Rechnungslegung und Kostenrechnung der zugelassenen Leistungserbringer zu vereinheitlichen, sind sie ab 2015 verpflichtet, für die Führung und den Ausweis der Kostenrechnung den Branchenstandard von Curaviva Schweiz anzuwenden. Dazu wurden zusammen mit dem Branchenverband Curaviva Appenzellerland und

der Redi AG Treuhand Richtlinien zur Kostenrechnung erarbeitet. Sie halten die wichtigsten Punkte für eine einheitliche Methode zur Ermittlung der Betriebs- und Investitionskosten fest. Das Amt für Soziale Einrichtungen führte zur Einführung der Richtlinien und des Branchenstandards zusammen mit der Redi AG Treuhand im Oktober und November zwei Schulungen durch.

Im Berichtsjahr konnte das Projekt «Schaffung eines Ausbildungsverbandes im Langzeitpflegebereich» abgeschlossen werden. Im August haben die Stiftung für Altersbetreuung Herisau, das Betreuungs-Zentrum Heiden, das Haus Vorderdorf Trogen, die Alters- und Pflegeheime Teufen sowie das Pflege- und Bürgerheim Appenzell den Verbund vertraglich gebildet. Sie organisieren sich ohne eigene Rechtspersönlichkeit, um die Pflegeausbildung auf Stufe Höhere Fachschule (dipl. Pflegefachfrau HF / dipl. Pflegefachmann HF) in den beteiligten Institutionen gemeinsam zu ermöglichen und für die Zukunft sicherzustellen.

5.3 Bereich Behinderung

Die Mitgliederkantone der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren Ost (SODK Ost) und der Kanton Zürich haben, ausgehend von ihrem bundesrechtlichen Auftrag, gemeinsame Qualitätsvorgaben (die so genannte Basisqualität) erarbeitet. Sie ist zu erfüllen, wenn eine Organisation eine Einrichtung für erwachsene Menschen mit Behinderung betreiben will. Innerhalb der Ostschweiz und im Kanton Zürich gelten damit weitgehend dieselben Vorgaben für die Einrichtungen. Diese Qualitätsvorgaben wie auch deren Überprüfung wurden für Appenzell Ausserrhoden zusammen mit dem Branchenverband INSOS Appenzell Ausserrhoden ergänzt und konkretisiert. Neben den Qualitätsstandards wird in «Richtlinien zur Basisqualität» das Aufsichtsverständnis und die zentralen Instrumente der Aufsicht beschrieben, wie z.B. die periodische Selbstbewertung der Einrichtung und Berichterstattung an das Amt, die Meldepflicht der bewilligten Einrichtungen von besonderen Vorkommnissen und Veränderungen, das Vorgehen bei aufsichtsrechtlichen Hinweisen sowie die Besuche vor Ort durch die Aufsichtsbehörde. Die Richtlinien treten am 1. Januar 2015 in Vollzug und werden wegweisend sein für die anderen Bewilligungs- und Aufsichtsbereiche des Amts für Soziale Einrichtungen.

Gemäss «Finanzierungskonzept 2014 Appenzell Ausserrhoden» erfolgt die Leistungsabgeltung an die beitragsanerkannten Einrichtungen für erwachsene Menschen mit Behinderung neu durch eine Pauschale je Verrechnungseinheit und abgestuft nach Betreuungsbedarf. Die Anwenderkantone des Einstufungssystems «Individueller Betreuungsbedarf» haben sich verpflichtet, die Einstufungen mit Stichproben zu überprüfen. Um das Verfahren festzulegen, wie dieser Betreuungsbedarf eingestuft und überprüft wird, hat das Amt für Soziale Einrichtungen Richtlinien erarbeitet. Die «Richtlinien zur Einstufung und Überprüfung des individuellen Betreuungsbedarfs» ergänzen die Vorgaben der Mitgliederkantone der SODK Ost und des Kantons Zürich. Jede Einrichtung wird nun periodisch überprüft – erstmals im Zeitraum zwischen Herbst 2014 bis Frühling 2015.

An einem Informationsanlass für alle anerkannten Leistungserbringer am 12. November erläuterten der Departementsvorsteher und der Amtsleiter die neuen Richtlinien sowie den Stand und die nächsten Schritte in der Umsetzung der Bundesvorgaben und der Konzepte der SODK Ost.

6. Ethikkommission

Die Ethikkommission tagte im Berichtsjahr vier Mal. Sie wurde verstärkt durch den Herisauer Rechtsanwalt Fidel Cavelti. Die Ergänzung ist wertvoll, da bereits die Frage der Zuständigkeit der Ethikkommission oft nur mit juristischem Sachverstand entschieden werden kann.

Die Ethikkommission kann tätig werden, wenn ethische Fragestellungen an sie herangetragen werden. Daher setzte sich Kommission im vergangenen Jahr zum Schwerpunkt, ihre Arbeit denjenigen bekannt zu machen, die häufig mit ethischen Fragen konfrontiert werden. In gemeinsamen Treffen mit der Heimaufsicht, der Leiterin der KESB und Vertretern der Spitexorganisationen stellte die Ethikkommission die Beratungsmöglichkeiten vor. Gleichzeitig konnte bereits über Problemfelder gesprochen werden, in denen besonders häufig ethische Fragen auftreten. Die Ethikkommission erhofft sich aus diesen Gesprächen, in Problemfällen künftig häufiger beigezogen zu werden.

Departement Bau und Umwelt

Direktor: Regierungsrat Jakob Brunnschweiler

Zur dringend nötigen Mobilisierung des Baulands forderte der Artikel 56 des kantonalen Baugesetzes, dass nicht überbaute Bauzonen nach zehn Jahren entschädigungslos als ausgezont gelten. Beim Departement Bau und Umwelt sind im Berichtsjahr 59 Rekurse gegen den Vollzug von Art. 56 BauG (Baulandbeschaffung) eingegangen. Der Regierungsrat stellte mit Beschluss vom 24. Juni fest, dass der Artikel nicht mit dem Bundesrecht vereinbar ist. Gleichzeitig wies er das Departement Bau und Umwelt an, den Vollzug des Artikels per sofort auszusetzen. Sämtliche Rekurse konnten bis Ende des Jahres abgeschlossen werden, wobei die Festsetzung und Verteilung der Parteientschädigungen viel Zeit erforderte. Bis auf eine Ausnahme sind gegen die Rekursentscheide keine Beschwerden eingegangen.

Überraschend deutlich hat der Nationalrat am Anfang Dezember beschlossen, dass der Bund landesweit 380 Kilometer Kantonsstrassen ins Nationalstrassennetz übernehmen soll, so auch die neue Nationalstrasse A25 Winkel-Herisau-Hundwil-Appenzell. Mit 101 zu 77 Stimmen leistete die grosse Kammer einer parlamentarischen Initiative von Felix Müri Folge. Diese fordert, dass der Bundesrat den Netzbeschluss in Kraft setzt. Was die Finanzierung des Netzbeschlusses betrifft, sind im National- und im Ständerat gleichlautende Vorstösse hängig.

Die Abstimmung über die Preiserhöhung der Autobahnvignette hat gezeigt, dass es fragwürdig ist, die Inkraftsetzung des Netzbeschlusses von der Finanzierung abhängig zu machen. Hingegen ist es sinnvoll, die Ausbauten im Zusammenhang mit dem ergänzten Nationalstrassennetz von ihrer Finanzierung abhängig zu machen. In der Botschaft zur NAF-Vorlage (Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds) muss deshalb das erweiterte Nationalstrassennetz aufgenommen und dessen Finanzierung aufgezeigt werden.

Der Bund, die Stadt und der Kanton St. Gallen haben sich geeinigt, wie die Teilspange A1 – Güterbahnhof St. Gallen konzipiert werden soll. Erfreulicherweise haben sie das Vorhaben mit einer anschliessenden unterirdischen Entlastungsachse Güterbahnhof – Liebegg ergänzt. Der Kanton hat Interesse an diesem Vorhaben; das Departement Bau und Umwelt hat es in die Richtplanrevision aufgenommen und entsprechende Gespräche geführt.

Am 1. Mai trat das revidierte eidgenössische Raumplanungsgesetz in Kraft; mit dem Auftrag an die Kantone, die Zersiedlung zu bremsen und die Richtpläne zu überarbeiten. Kurzfristig kann Land nur dann eingezont werden, wenn die gleiche Fläche andernorts aus der Bauzone entlassen wird. Die Sicht über die Gemeindegrenze hinweg wird immer wichtiger. Die Vernehmlassung zum Richtplan wird zeigen, wie der Spagat zwischen den neuen gesetzlichen Anforderungen und den Vorstellungen der Gemeinden gelingen kann.

1. Departementssekretariat

Der Rechtsdienst befasste sich hauptsächlich mit der Weiterbearbeitung der Teilrevision des Baugesetzes inklusive Bauverordnung sowie mit dem Beginn der Ausarbeitung des Gesetzes über die Mehrwertabgabe. Anspruchsvoll und aufwändig gestalteten sich auch die Arbeiten im Rahmen der Reorganisation der kantonalen Verwaltung, für welche das Departementssekretariat die stellvertretende Projektleitung für das Teilprojekt 4 übernahm. Insbesondere die Organisation und Strukturierung des neu vorgesehenen Departementes Bau- und Volkswirtschaft beanspruchte viel Zeit.

123 Rekurse zu Entscheiden von Gemeindebehörden, Planungsamt und Amt für Umwelt sowie neun Einsprachen sind eingegangen; erledigt wurden 107 Rekurse und acht Einsprachen, darunter auch solche aus den Vorjahren (vgl. Statistik S. 85). Die Bearbeitung von Rechtsanfragen von Privaten, Gemeinden und Ämtern sowie die Vorprüfungen von Gemeindereglementen forderten den Rechtsdienst stark.

Beim Baukoordinationsdienst gingen 937 Baugesuche ein (Vorjahr: 922; Durchschnitt der letzten zehn Jahre: 861).

77 % der Gesuche wurden durch die kantonalen Stellen innert vier Wochen beurteilt, wobei bis 13. Januar 2015 94 % der im Jahre 2014 eingegangenen Baugesuche erledigt wurden. Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer betrug 3,39 Wochen (2013: 4,03; Stand am 13. Januar 2015). 72 % der Verfahren konnten elektronisch abgewickelt werden.

2. Planungsamt

2.1 Allgemeines

Am 1. Mai trat das revidierte eidgenössische Raumplanungsgesetz in Kraft. Dieses soll die Zersiedlung, den Landverschleiss und die Bodenspekulation bremsen: Zu grosse Bauzonen sollen verkleinert und bestehende Baulandreserven besser genutzt werden. Um die Fragen zur Gesetzesrevision zu klären und deren Umsetzung in Appenzell Ausserrhoden zu starten, war eine ausserordentliche Kommunikationsoffensive des kantonalen Planungsamtes erforderlich: Strategiesitzung mit der Regierung, Informationen an der Gemeindepräsidentenkonferenz, Workshops unter Beteiligung aller Gemeinden und Referate für Verbände und Kommissionen. Zu Diskussionen Anlass gab weiter der Artikel 56 des kantonalen Baugesetzes, den die Regierung im Sommer für nicht anwendbar erklärte.

2.2 Ortsplanungen

Das Schwergewicht lag im Bereich der Teilzonenpläne (21 Vorprüfungen, neun Genehmigungen) sowie der Sondernutzungspläne (13 Vorprüfungen, zehn Genehmigungen), die sich im Rahmen der Umsetzung der Ortsplanungen als notwendig erwiesen. Die kommunalen Richtpläne der Gemeinden Wolfhalden und Reute wurden vorgeprüft.

Aufgrund der statistischen Auswertungen über den Stand der Erschliessung kam im Jahr 2014 über den ganzen Kanton gesehen eine Fläche von rund 4,6 ha neu in die Kategorie «überbaut» bzw. «weitgehend überbaut» (Vorjahr: rund 14,8 ha). Insgesamt sind 1'481 ha als Bauzone ausgeschieden.

2.3 Kantonalplanung

Mit der Revision des eidgenössischen Raumplanungsgesetzes werden die Kantone beauftragt, ihre Richtpläne nachzuführen. Es sind Massnahmen zur Verdichtung zu treffen, die Siedlungsfläche ist in seiner Grösse und Verteilung festzulegen und überdimensionierte Bauzonen sind zu reduzieren. Dieser anspruchsvolle Prozess startete das Planungsamt frühzeitig mit vier Informationen an die Gemeindepräsidien und mit der Durchführung von drei Workshops, an denen alle Gemeinden teilnahmen. Gesteuert wurden die Arbeiten von einem politisch besetzten Lenkungsausschuss, dem Regierungsrat Jakob Brunnschweiler vorsteht. Für die Nachführung des Richtplans ist in der ersten Jahreshälfte 2015 eine breite Vernehmlassung geplant.

2.4 Zusammenarbeit und übergeordnete Raumplanung

Mit der Verabschiedung durch Stände- und Nationalrat im Herbst ist die Freigabe der Mittel für die Agglomerationsprogramme definitiv. Der Bund richtet ab 2015 Beiträge an die Realisierung von Infrastrukturmassnahmen und Massnahmenpaketen aus. Für Appenzell Ausserrhoden sind die Projekte in unterschiedlichen Planungsstadien, u.a. die Ergänzung des SOB-Viaduktes mit einem Fussgänger- und Velosteg, die neue Rad- und Fusswegachse zwischen Winkeln und Herisau und die Sanierung der Fussgängerübergänge an Kantonsstrassen.

2.5 Baubewilligungen und Stellungnahmen

Die Anzahl der behandelten Baugesuche ausserhalb Bauzonen und in nationalen Ortsbildschutzzonen lag mit 561 im Mittel der letzten drei Jahre (vgl. Statistik S. 85). Im letzten Jahr sind 15 Einsprachen zu Baugesuchen eingegangen. Das Planungsamt fertigte 47 schriftliche Stellungnahmen zu Strassenbauprojekten, Wasserbauprojekten und anderen raumplanerischen Voranfragen aus (exklusiv Bodenrechtsverfügungen). Zusätzlich wurden 68 raumplanerische Verfügungen zu Bodenrechtsgesuchen erstellt. Die nicht erfassten Anfragen per E-Mail nehmen stetig zu.

2.6 Natur- und Landschaftsschutz

Gestützt auf die NFA-Programmvereinbarung 2012-2015 im Umweltbereich konnten im Berichtsjahr verschiedene Biotopaufwertungen und Artenförderungsmaßnahmen realisiert werden. Der kantonal geschützte Weiher Schwantlen in Teufen ist saniert. Die baulichen Massnahmen zur Förderung der Geburtshelferkröten in Trogen und Wald sind abgeschlossen. Die Massnahmen zum Erhalt und zur Förderung von Mauerseglern und Schwalben in Heiden und Herisau wurden getroffen. Das Hochmoor «Hungbüel» auf der Schwägalp ist renaturiert.

Die Bewirtschaftungsvereinbarungen für extensive Weiden gemäss Schutzzonenplan wurde durch den Kanton per 31. Oktober gekündigt. Grund dafür ist die Beitragskoordination mit den erhöhten Direktzahlungen der neuen Agrarpolitik des Bundes und dem Verbot von Doppelzahlungen für gleiche Leistungen. Betroffen davon sind rund 40 Alpbewirtschafter im Sömmerungsgebiet. Für das Jahr 2015 werden mit den betroffenen Alpbewirtschaftern und Alpeigentümern neue Naturschutzleistungen verhandelt.

Seit 2013 befand sich der regionale Naturpark Neckertal in der Errichtungsphase. Die Gemeinde Schönengrund und der Urnäser Teil des Neckertals waren Bestandteil des Projektperimeters. Am 23. November lehnten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der betroffenen Gemeinden den Naturpark ab. Der Park kann nicht errichtet werden. Die Geschäftsstelle im st. gallischen St. Peterzell wird aufgelöst. Laufende Projekte werden abgebrochen oder an neue Trägerschaften übergeben.

2.7 Fuss- und Wanderwege, Radwander- und Bikerouten

Planungsamt, Verein Appenzell Ausserrhoder Wanderwege und Gemeinden setzen sich für den Erhalt und die Verbesserung der 738 Kilometer Wanderwege in Appenzell Ausserrhoden ein. Die Fachstelle Fuss- und Wanderwege hat sich mit 21 Stellungnahmen zu Eingriffen in Wanderwege geäussert. In elf Beratungen wurden bestmögliche Lösungen für das Wanderwegwesen und die Grundeigentümerschaft gefunden. Mit der Ausrichtung auf das stra-

tegische Geschäftsfeld «Wandern» hat Appenzellerland Tourismus AR den besonderen Wert der Ausserrhoder Fuss- und Wanderwege bekräftigt.

In Zusammenarbeit mit SchweizMobil und Herzroute AG wird die Elektrobike-Route «Herzroute» bis an den Bodensee verlängert. Die Finanzierung erfolgt interkantonal als Projekt der Neuen Regionalpolitik. Die Signalisation erfolgt bis Frühjahr 2015.

3. Hochbau

3.1 Kantonale Hochbauten

Werkhöfe Wilen in Herisau und Bissau in Heiden

Gleichzeitig mit den dringend nötigen Unterhaltsarbeiten wurde im Werkhof Wilen die Arbeitsplatzsituation verbessert. Mit gezielten Eingriffen wie Treppenanordnung im vorhandenen Volumen wurden ohne Erweiterung oder Aufstockung neue Büroräume geschaffen. Das Werkstattgebäude erhielt neue Isolierglasfenster. Im Werkhof Bissau wurde in der Einstellhalle eine Waschanlage eingebaut.

Kantonsschule Trogen

Das Gebäudeleitsystem wurde erneuert. Die Sekundarschule hat für das neue Schuljahr einen neuen Lernraum im Pavillon erhalten.

Strafanstalt Gmünden, Niderteufen

Zur Optimierung der Fernheizung wurde die Heizanlage mit einem Wärmespeicher ergänzt. Beim Werkstattgebäude wurden die Giebel Fassaden und Lukarnen instand gestellt, die Holzverkleidungen, Garagentore und der Sockelbereich repariert.

Optimierung und Erneuerung Rathaus Trogen

Nach den technischen Abnahmen und den nötigen Anpassungen zog das Kantonsgericht ins Rathaus ein. Die provisorische Bauabrechnung liegt im Rahmen des bewilligten Kredites.

Berufsbildungszentrum, Herisau

Die 1. Etappe der Erneuerung des Gebäudeleitsystems ist umgesetzt.

Psychiatrisches Zentrum Appenzell Ausserrhodan, Herisau

Im Haus IX (Verwaltungsgebäude) wurde die Gebäudehülle mit einem Aussenwärmedämmputz energetisch verbessert. Die Haustechnik entspricht nun den heutigen Anforderungen. Im Dachgeschoss erweitern zwei neue Sitzungszimmer-Boxen das Raumangebot. Die Umgebung mit dem behindertengerechten Zugang und dem Lift ist fertiggestellt. Die dafür bewilligten Kredite wurden eingehalten. Mit dem Einbau von drei Kühlzellen sowie dem neuen Aufzug wurde im Haus VIII (Mehrzweckgebäude) mit der Küchensanierung gestartet. Ein Brandschaden erforderte die Sanierung des Technikraums. Beim Haus III (Akutpsychiatrie) wurde das Vorprojekt bereinigt; dies in Anlehnung an die Massnahmen beim bereits realisierten Haus IV (Akutpsychiatrie). Ebenfalls ist die Planung des Ersatzes der Blockheizkraftwerke initiiert.

Stiftung Pro Appenzell: Neubau Alpstall Grossbalmen, Hundwil

Im Auftrag der Stiftung wurde der neue Alpstall realisiert und dem Pächter übergeben. Die Termine sowie der Kostenrahmen wurden eingehalten.

3.2 Liegenschaftenverwaltung

Bauten Verwaltungsvermögen

Bei der Liegenschaft Obstmarkt 3/5 in Herisau wurde die Gasmeldeanlage erneuert. Nach dem Auszug der AHV/IV aus den Liegenschaften Kasernenstrasse 2 und 4, Herisau, wurden die Räume baulich für das Departement Inneres und Kultur sowie die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde angepasst. Trotz Mehrleistungen für diese Belegungsänderungen konnten die Termine und Kosten eingehalten werden. Nach dem Umzug des Oberforstamtes wurden die Räumlichkeiten renoviert und den Bedürfnissen der Steuerverwaltung angepasst. Im Fünfeckpalast, Landsgemeindeplatz 7 in Trogen, wurde nach einem Mieterwechsel eine Wohnung saniert. Im Polizeiposten Heiden wurde die Toranlage ersetzt. Im Zeughaus Herisau wurden aufgrund der Abnahme des Kommandopostens im ASUAR durch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz zusätzliche Trümmerschuttmassnahmen erstellt. An diversen Liegenschaften wurden notwendige kleine Unterhaltsarbeiten gemacht. Mit der Software «Stratus» ist bei sämtlichen Liegenschaften der bauliche Zustand erfasst.

Bauten Finanzvermögen

Bei der Liegenschaft Buchenstrasse 71, Herisau, wurde die Hard- und Software für die Parkplatzbewirtschaftung erneuert. Im Mehrfamilienhaus (MFH) Alpsteinstrasse 30, Herisau, musste die Ölheizung notfallmässig ersetzt werden. Beim Geschäftshaus Kirchplatz 4, Heiden, wurde die Brandmeldeanlage erneuert und das Projekt für die Fassadensanierung erstellt. Die Ölheizung des MFH Schlossstrasse 5, Herisau, wurde durch einen Gasheizkessel ersetzt und der erdverlegte Öltank ausser Betrieb genommen. Bei diversen Liegenschaften wurden kleinere Sanierungen nach Mieterwechseln vollzogen.

Bauten Pensionskasse AR

Bei den MFH Obere Wilenhalde 1 und 3, Herisau, wurde die gemeinsame Ölheizung durch zwei Gasheizkessel ersetzt und die Fernleitung ausser Betrieb genommen. An der Liegenschaft Weiherwies 412, Grub, wurde die Hauseingangsfront ersetzt. In den MFH Loch 1305 bis 1307, Walzenhausen, sowie im MFH Badstrasse 9c/d, Heiden, wurden die Gasheizungen saniert. Bei den MFH Rietwistrasse 32 und 34, Herisau, wurden die Treppenhaus- und Aussengeländer entsprechend den heute geltenden Normen ergänzt sowie die Briefkastenanlagen erneuert. Im MFH Ebni 10, Teufen, wurden die Büroräume in eine 3½-Zimmer-Wohnung zurückgebaut. Die beiden Kompressoren der Wärmepumpenheizung der Liegenschaft Im Stofel 2 und 4, Teufen, wurden komplett revidiert. Bei den MFH Torackerpark 1 und 3, Herisau, wurden die zweijährige Baugarantieabnahme sowie die Garantiemängelbehebung durchgeführt. Beim MFH St. Gallerstrasse 57, Rehetobel, wurden die Garantiarbeiten an den Balkonplatten und den Nasszellen erledigt. In diversen Liegenschaften wurden Unterhaltsarbeiten und Sanierungen nach Mieterwechseln gemacht. Im Gebäude Krombach 15 in Herisau werden die Büros im Sockel- und Erdgeschoss in fünf Wohnungen umgebaut.

Immobilienwesen (Kauf / Verkauf)

Für diverse Grundstücke und Liegenschaften wurden Ausschreibungen sowie Studien und Schätzungen erarbeitet. Zu erwähnen sind dabei die Vorbereitung der Veräusserung des MFH Krombach 15, Herisau, an die Pensionskasse AR sowie Studien zu einer allfälligen Veräusserung oder langfristigen Vermietung des geriatrischen Pflegeheims im Krombach, Herisau.

Folgende Liegenschaften wurden verkauft: Bauland Rütistrasse, Parz. 4868, Herisau; Wohn- und Geschäftshaus Zaun 55, Parz. 18, Speicher; Wohnhäuser Wäldlerstrasse 3 und 5, Parz. 169 und 170, Trogen; ein Magazingebäude im Töbeli, Parz. 290, Speicher sowie für die Pensionskasse AR drei Einzelgaragen an der St. Gallerstrasse 53 und 55 in Rehetobel. Zwei vorsorglich für den Strassenbau erworbene Liegenschaften an der Cilanderstrasse in Herisau wurden in die Liegenschaftenverwaltung integriert.

3.3 Beratungen, Subventionen an Bauten

Zwei Objekte wurden nach Eigentümerwechseln aus der Verpflichtung nach dem Gesetz der Wohnbausanierung entlassen; dies aufgrund von Subventions-Teilrückerstattungen und in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Wohnungswesen. Für die Mietverbilligung durch den Bund wurden diverse Abklärungen der finanziellen Verhältnisse durchgeführt.

Im Baubewilligungsverfahren wurden 143 Verfügungen betreffend Zivilschutzräumen erlassen, davon vier Schutzraum-Bewilligungen mit total 207 Plätzen sowie 139 Dispensationen vom Schutzraumbau. Es wurden elf Bauermittlungen erstellt. 14 Schutzräume mit insgesamt 457 Plätzen wurden abgenommen. Ein Schutzraum mit 50 Plätzen wurde aufgehoben. Die vier Führungstützpunkte im Kanton konnten neu mit Telematik ausgerüstet und vom Bundesamt abgenommen werden. Die Zivilschutzanlage KPII BSA II* in Heiden wurde erneuert und durch das Bundesamt abgenommen. Vier Zivilschutzanlagen wurden zur Aufhebung oder Umnutzung an die Gemeinden zurückgegeben. Die periodische Anlagekontrolle wurde in zwei Anlagen durchgeführt.

Gemäss Gesundheitsgesetz (Art. 68) leistet der Kanton bis ins Jahr 2015 an Neu-, Um- und Erweiterungsbauten von Pflegeheimen einen Beitrag. Im Auftrag des Departementes Gesundheit wurde das Projekt «Ersatzbau Pflegeheim Bühler» abgenommen und mit der Auszahlung des zugesicherten Beitrages abgeschlossen. Für den Neubau des Alterszentrums Urnäsch wurde aufgrund des Baufortschrittes eine weitere Akontozahlung überwiesen. Im Rahmen der interkantonalen Zusammenarbeit nahm das Hochbauamt Einsitz in den Baukommissionen «Er-

neuerung Ostschweizerisches Kinderspitals St. Gallen (Planung)» und «Fachhochschule St. Gallen (Bauabrechnung)».

4. Tiefbauamt

4.1 Allgemeines

Die geplanten Objekte im Strassenbau und im Wasserbau konnten grösstenteils realisiert werden. Beim Landschaftsplan in Trogen ging aber auch gegen die Neuaufnahme eine Einsprache ein und verhinderte die Weiterarbeit im Berichtsjahr. Intern standen das Entlastungsprogramm 2015 und – in der zweiten Jahreshälfte – die Staatsleistungsreform im Fokus der Amtsleitung.

Am 11. Februar genehmigte der Regierungsrat das 2. kantonale Strassenbau- und Investitionsprogramm 2015-2018 und gab die Planungen und Objekte für die nächsten Jahre vor. Rund ein Drittel der Kantonsrätinnen und Kantonsräte nahm an einer halbtägigen Begehung der wichtigsten Objekte teil. Die Kenntnisnahme des Strassenbauprogrammes im Kantonsrat erfolgte ohne grosse Diskussionen.

Der Bund möchte auf der Basis des Programmes «Via sicura» den Strassenverkehr sicherer machen. Die Kantone müssen Verantwortliche bestimmen, welche die Strasseninfrastruktur nach Sicherheitskriterien durchleuchten und die Bauvorhaben beurteilen. Das Tiefbauamt und die Kantonspolizei haben eine Arbeitsgruppe beauftragt, welche diese Aufgaben wahrnimmt. Im Fokus ist nach wie vor die Verbesserung der Fussgängerstreifen, wobei der Dialog mit den Gemeinden und der Bevölkerung sehr anspruchsvoll ist.

4.2 Strassenbau und Strassenunterhalt

Das Berichtsjahr bildete den Abschluss des 1. Kantonalen Strassenbau- und Investitionsprogramm 2011-2014. Von den aufgeführten 29 Vorhaben wurden 24 realisiert. Die anderen fünf Vorhaben wurden wegen Petitionen (Hundwil und Teufen), Einsprachen oder fehlendem Konsens zurückgestellt.

Intensiv waren die Vorarbeiten am Agglomerationsprogramm St.Gallen/Arbon-Rorschach der 2. Generation 2015-2018. Die Massnahmen zur Verbesserung des Langsamverkehrs mussten definiert und entsprechende Projekte gestartet werden. Die Gemeinden wurden über die Massnahmen auf ihrem Gemeindegebiet und über das weitere Vorgehen informiert. Nach wie vor herrscht bei den Betroffenen Unklarheit über die Inhalte und Umsetzungsprozesse des Agglomerationsprogrammes.

Viel Zeit forderten die Vorarbeiten zur Abstimmung in Teufen über den Jahrhundertentscheid zur Führung der Bahn durch das Dorf. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger werden abstimmen können, ob Teufen einen Betrag von Fr. 30 Mio. an eine Tunnelierung beitragen soll. Falls sie dem zustimmen, muss sich der Kanton um die Restfinanzierung kümmern. Bei Ablehnung der Vorlage werden die Appenzeller Bahnen und der Kanton die Variante «Doppelspur» weiterverfolgen.

Im Strassenunterhalt erfolgte die Umstellung der Kunstbautendatenbank KUBA auf das neue bundesseitige System MISTRA. Obwohl die Bundesdatenbank wegen Kostenüberschreitungen bei der Entwicklung öffentlich in der Kritik war, ist der Wechsel für den Kanton wichtig und richtig.

Im Frühjahr konnte – nach dem Rückzug einer Einsprache – der Angestelltenparkplatz beim Werkhof Heiden realisiert werden. Im Herbst erfolgte der Umbau des Bürotraktes im Werkhof Herisau. Jetzt haben alle Angestellten des Strassenunterhaltes zeitgemässe Arbeitsplätze.

4.3 Wasserbau

Die im Rahmen der Revision der Gewässerschutzgesetzgebung vom Bund verlangten Planungen zu den Themen Fischgängigkeit, Schwall/Sunk, Geschiebe und Revitalisierung sind abgeschlossen. Der Regierungsrat verabschiedete die Schlussberichte fristgerecht und reichte diese im Dezember beim Bund ein. Diese Berichte sind Voraussetzung für die weitere Subventionierung von Revitalisierungen und bilden die Grundlage für die Sanierung von Wasserkraftanlagen.

Am 28. Juli bewegte sich eine Gewitterzelle von Gais auf der Südseite der Hügelkette entlang gegen Nordosten und verursachte auf dem Gebiet der Stadt Altstätten Millionenschäden. Betroffen waren auch Gebiete in den Gemeinden Gais, Wald und Reute. Zum Glück dauerten die intensiven Niederschlagsphasen in Appenzell Ausserrhoden nur wenige Minuten, so dass grosse Schäden ausblieben; einzig in Schachen b. Reute rutschte ein Teil einer Kantonsstrasse ab. Allerdings wurden viele kleine Instandstellungsarbeiten an Bächen notwendig. In der Staatsrechnung liegen die Aufwände daher leicht über dem Voranschlag.

4.4 Amtliche Vermessung und Geoinformation

In der amtlichen Vermessung wurde weiter an der periodischen Nachführung und an der Einführung des neuen Koordinatennetzes LV 95 gearbeitet. Das Los 1 mit acht Vorderländer Gemeinden ist abgeschlossen. Ebenso wurde die Überprüfung der Lagefixpunkte zweiter und dritter Ordnung im ganzen Kanton abgeschlossen. Für die geografischen Informationssysteme GIS wurde die kantonale Geodaten-Infrastruktur (GDI) aufgebaut und Ende Jahr in Betrieb genommen. In der GDI sind die Originaldaten der einzelnen Datensätze wie beispielsweise Grundwasserschutzzonen, Gewässernetz oder Strassenverzeichnisse zentral abgelegt. Die Nachführung ist prozessartig geregelt und neu sauber dokumentiert. Im Dezember wurde das Orthofoto 2014 aufgeschaltet, das auf der Basis einer offenen Ausschreibung kostengünstig beschafft werden konnte.

5. Amt für Umwelt

5.1 Gewässerschutz, Abfälle und umweltgefährdende Stoffe

Mit dem Ziel, die regionale Abwasserentsorgung hinsichtlich Reinigungsleistung und Betriebssicherheit langfristig zu verbessern und wirtschaftlicher zu gestalten, wurden weitere Massnahmen geprüft und konkretisiert. Für den Anschluss von Rehetobel und Speicher an den Abwasserverband Altenrhein AVA konnten die Arbeiten für die Leitung nach Rehetobel vergeben werden; die Realisierung ist ab Frühling 2015 vorgesehen. Für den Anschluss der ARA Au, List, an die ARA Bödeli, Appenzell, wurde das Bauprojekt erarbeitet und die Finanzierung gesichert. Die Gemeinden Teufen und Stein haben beschlossen, sich der ARA Au-St. Gallen im Zuge des nächsten Ausbaus anzuschliessen. Die notwendige Verfahrensstufe für die Beseitigung von Mikroverunreinigungen auf der ARA Bachwis Herisau steht kurz vor Inbetriebnahme. Unter Federführung des Amtes für Umwelt wurden die vom Bund vorgeschlagenen Indikatorsubstanzen erstmals erhoben.

Einwandige erdverlegte Tankanlagen mussten bis Ende Jahr saniert oder ausser Betrieb sein. Bis auf zwölf Anlagen konnte dies umgesetzt werden. In begründeten Einzelfällen wurden Fristverlängerungen bis Mitte 2015 zugestanden.

Die Auswertung der ersten periodischen Jauchegrubenkontrollen zeigte, dass rund 5 % der Anlagen sanierungsbedürftig sind; vor allem Risse und Abplatzungen im Beton wurden festgestellt.

Mit der Veröffentlichung des Berichts wurde die Fliessgewässeruntersuchung 2013 abgeschlossen. Die Gewässerqualität steigt seit Messbeginn 1993; dennoch besteht aber ein erhebliches Verbesserungspotenzial, das am deutlichsten bei den Fischuntersuchungen ersichtlich ist.

In den unter die Störfallverordnung fallenden Industriebetrieben wurden die zusätzlichen Sicherheitsmassnahmen überprüft. In allen öffentlichen Schwimmbädern wurde die periodische Beurteilung der Sicherheitsvorkehrungen der Badewasseraufbereitung durchgeführt.

Der Sachbereich Abfall/Altlasten befasste sich schwerewichtig mit der Sanierung von Schiessanlagen: Die 300 Meter Schiessanlagen in Wald und Urnäsch wurden im Sommer erfolgreich saniert. Dank kantonal verschärftem Sanierungsziel kann die zukünftige landwirtschaftliche Nutzung ohne Einschränkung erfolgen. Die technischen Untersuchungen der verbleibenden zu sanierenden Schiessanlagen sind mehrheitlich abgeschlossen. Diese bilden die Grundlage für eine zuverlässige Kosten- und Beitragsabschätzung der zu erwartenden Belastung des Abfallfonds.

Im Berichtsjahr ereigneten sich im Vergleich zum Vorjahr weniger Schadenfälle. Insgesamt gingen 16 Fälle beim Pikettdienst ein. Bei 13 Fällen musste der Pikettdienst eingreifen. In einem Fall trat ein Fischsterben auf, dessen Ursache aufgrund der späten Meldung nicht mehr ermittelt werden konnte.

5.2 Luft

Die Luftbelastung war durch den milden Winter und den verregneten Sommer geprägt. Seit Messbeginn zählt die Schadstoffbelastung 2014 zu den tiefsten in der Ostschweiz. Trotz der Verbesserung der Luftqualität ist die Bevölkerung entlang der Hauptverkehrsachsen in Herisau weiterhin übermässigen Stickstoffdioxid-Belastungen ausgesetzt. Zudem ist in allen Siedlungsgebieten in Appenzell Ausser rhoden mit zu hohen Feinstaub- und Russwerten zu rechnen, für die häufig einzelne unkorrekt betriebene Anlagen verantwortlich sind.

5.3 Mobilfunk

Die Erleichterungen für die Mobilfunkbetreiber bei der Einführung der vierten Mobilfunkgeneration (LTE) führten zu unerschiedlichen Auslegungen der Melde- und Bewilligungspflicht zwischen dem Amt für Umwelt und den Betreibern. Zum Schutz der Bevölkerung überprüft das Amt jeweils auch die nicht bewilligungspflichtigen Anpassungen der Antennen auf deren Auswirkungen auf die Nachbarschaft. Damit wird sichergestellt, dass alle Änderungen an den Antennen und neue Nutzungen in der Umgebung berücksichtigt werden. Dies führt künftig zu mehr Aufwänden im Vollzug.

5.4 Lärm

Gemeinsam mit den Ostschweizer Umweltämtern wurde für die Olma 2014 die Sonderausstellung «Stille Nacht...? Die Schattenseiten von Klang und Licht» erarbeitet. Thematisiert wurde der Einfluss von Geräuschen und Licht auf das Leben. Die Ausstellung wurde gut besucht und löste positives Echo aus.

5.5 Energie/Klima

Die Windmessungen auf der Hochalp wurden im Oktober abgeschlossen. Die gemessenen durchschnittlichen Windgeschwindigkeiten liegen über der vom Bund empfohlenen mittleren Windgeschwindigkeit von mindestens 4,5 Metern pro Sekunde. Damit wäre die wirtschaftliche Nutzung von Windenergie sichergestellt. Das Windgutachten unterstützt dies ebenfalls. Dieselbe Prognose gilt auch für das Gebiet Hochhamm.

Trogen konnte als sechste Ausserrhoder Gemeinde das Label «Energistadt» entgegennehmen. Das Amt für Umwelt begleitet die Erarbeitung kommunaler Energiekonzepte jeweils fachlich und unterstützt die Gemeinden mit einem Beitrag.

Die Zuständigkeit im Gebäudebereich liegt bei den Kantonen, welche gemeinsame Mustervorschriften (MuKE) erarbeiteten. Diese wurden per Ende 2014 revidiert und sollen Anfang 2015 durch die Energiedirektorenkonferenz verabschiedet werden. Im Anschluss gilt es, diese verschärften Vorschriften ins kantonale Recht zu überführen.

Die im Sommer 2013 beschlossene Kürzung des kantonalen Förderprogramms beginnt sich auszuwirken. Im Berichtsjahr gingen die ausbezahlten Förderbeiträge gegenüber 2013 um 44 % zurück (vgl. Statistik S. 92). Die volle Entlastungswirkung wird sich 2015 einstellen. Jährlich ermittelt und vergleicht das Bundesamt für Energie mit einer Wirkungsanalyse die kantonalen Förderprogramme hinsichtlich der erreichten Wirkung. In der 2014 veröffentlichten Untersuchung, die das Jahr 2013 bewertete, erhielt Appenzell Ausserrhoden Bestwerte bezüglich energetischer wie auch CO₂-Wirkung pro Einwohner/in.

Departement Volks- und Landwirtschaft

Direktorin: Landammann Marianne Koller-Bohl

Die günstige Konjunkturlage zeigte sich in einer tiefen Arbeitslosenquote und dem tiefsten Stand der Kurzarbeit seit 2009. Trotzdem sind die Rahmenbedingungen in der Schweiz als Investitionsstandort weiter unter Druck geraten (u.a. Frankenstärke, Abstimmungsergebnis zur Masseneinwanderungsinitiative, Unternehmenssteuerreform III). Zusätzlich führte der globale Standortwettbewerb zu weniger Ansiedlungen. Damit Appenzell Ausserrrhoden als Unternehmensstandort attraktiv bleibt, sind eine aktive Standortpromotion, aber auch die Bestandespflege, die Standortentwicklung und eine bestmögliche Verkehrsinfrastruktur zentral.

Die Ostschweizer Kantone haben gemeinsam ihre Angebotsvorstellungen für den Regionalverkehr im 2030 erarbeitet und dem Bund eingereicht. Dieser Meilenstein ist der erste Schritt in der neuen Ära der Bahnplanung unter FABI (Finanzierung und Ausbaus der Bahninfrastruktur). Die Kantone fordern mehr Verbindungen in und zu den Agglomerationen, verbesserte Anschlüsse in den Bahnhöfen sowie Massnahmen für mehr Fahrplanstabilität.

Die Umsetzung der Agrarpolitik 2014-2017 mit den neuen Direktzahlungsinstrumenten stand im Zentrum der Arbeiten. Im Juni verabschiedete der Kantonsrat die Verordnung über die Landschaftsqualitätsbeiträge (LQB) einstimmig. Sie ist Grundlage für Beiträge an Massnahmen zur Erhaltung der vielfältigen Kulturlandschaft im Kanton. Bereits im ersten Jahr beteiligten sich rund 65 % der Betriebe am LQB-Programm, 15 % mehr als erwartet. Ebenfalls stiegen die Biodiversitäts- und Vernetzungsflächen im Vergleich zu 2013 stark an. Insgesamt erhielten die Ausserrhoder Bäuerinnen und Bauern unter dem neuen System 0,4 % mehr Direktzahlungen als im Vorjahr. Wie erwartet, verschoben sich die Zahlungen leicht zugunsten der Alpbetriebe. Die Ganzjahresbetriebe mussten infolge der Umlagerung von Tier- in Flächenbeiträge Einbussen von 1,3 % akzeptieren.

Als weiterer Meilenstein auf dem Weg zur Landesausstellung im Raum Bodensee-Ostschweiz haben die Trägerkantone Appenzell Ausserrrhoden, Thurgau und St.Gallen das Programm für den internationalen Konzeptwettbewerb genehmigt. Ziel ist, ein Grobrahmen einer Expo2027 zu gewinnen mit Vorschlägen zu Stand- und Spielorten, möglichen Inhalten, zur Erschliessung und Logistik. Ende Oktober hat eine Jury 59 Eingaben beurteilt und zehn Beiträge zur Weiterbearbeitung empfohlen. Das Siegerprojekt soll im Herbst 2015 bekannt sein.

1. Departementssekretariat

Das Departement hat im Berichtsjahr verschiedene Gesetzgebungsprojekte vorangetrieben oder abgeschlossen: Am 23. Mai hat der Kantonsrat in erster Lesung dem totalrevidierten Hundegesetz zugestimmt. Die Volksdiskussion veranlasste 282 Personen zu einer Stellungnahme. Die Eingaben richteten sich vor allem gegen den durch den Kantonsrat in erster Lesung aufgenommenen Leinenzwang entlang von Waldrändern und im Wald. Die Arbeiten für eine Totalrevision des 40 Jahre alten Gesetzes über die Förderung des Tourismus wurden weitergeführt. Im Frühjahr 2015 sollen das Vernehmlassungsverfahren und danach die erste Lesung im Kantonsrat erfolgen. Weiter befasste sich das Sekretariat mit der Verordnung über die Landschaftsqualitätsbeiträge, der Teilrevision des Gesetzes über die Förderung des öffent-

lichen Verkehrs (Volksinitiative «Mehr Mitsprache bei der ÖV-Finanzierung») sowie der Teilrevision der dazugehörigen Verordnung.

Im Berichtsjahr gingen zwölf Rekurse ein (Vorjahr: sechs), wovon elf erledigt wurden. Mangels Kapazitäten im Sekretariat wurden sechs Rekursverfahren durch den Rechtsdienst der Kantonskanzlei instruiert. Die Vernehmlassungs- und Anhörungsverfahren des Bundes verharren auf einem hohen Niveau (34 als federführendes Departement, 20 im Rahmen von Mitberichten). Weiter begleitete das Sekretariat das Projekt «Expo2027 Bodensee-Ostschweiz». Die Reorganisation der kantonalen Verwaltung beschäftigte das Sekretariat zusätzlich stark.

1.1 Tourismusförderung

Im Berichtsjahr konnte der Regierungsrat zwei Gesuche um Förderbeiträge für bauliche Massnahmen an Gastgewerbebetrieben mit total Fr. 30'000 unterstützen. Ab 2015 stehen als Folge des Entlastungsprogramms 2015 (EP 15) dafür keine Fördermittel mehr zur Verfügung.

Der kantonalen Tourismusmarketingorganisation Appenzellerland Tourismus AG (ATAG) wurde wie im Vorjahr ein Förderbeitrag von Fr. 990'000 gewährt. Dieser gründet auf dem vom Kantonsrat im März bewilligten zweijährigen Verpflichtungskredit. Die kantonalen Förderbeiträge bilden mit den Gemeindebeiträgen, den Beiträgen der touristischen Leistungsträgern sowie den eigenerwirtschafteten Mitteln der ATAG jeweils die finanzielle Basis für die Vermarktung der Tourismusdestination Appenzell Ausserrhoden. Den Beiträgen standen Einnahmen aus der Tourismusabgabe und den Beherbergungstaxen in der Höhe von Fr. 365'000 gegenüber (Vorjahr: Fr. 362'000). Im Rahmen des EP 15 werden die kantonalen Förderbeiträge ab 2015 um jährlich Fr. 50'000 reduziert.

1.2 Regionalmarketing

Aufgrund der Entlastungsmassnahmen hat der Kanton im Berichtsjahr die Appenzellerland Regionalmarketing AG (ARMAG) letztmals mit Fr. 100'000 finanziell unterstützt. Die ARMAG war eine Produkte- und Vermarktungsplattform vor allem für Lebensmittel bzw. Spezialitätenproduzenten aus dem Appenzellerland. Sie wurde seit 2003 massgeblich durch den Kanton mitfinanziert. Als Folge des Rückzugs des Kantons aus der Förderung des Regionalmarketings verzichtet zukünftig auch Appenzell Innerrhoden auf die Unterstützung der ARMAG. Die Aktionäre der ARMAG haben daraufhin im Dezember der Auflösung der ARMAG einstimmig zugestimmt. Mit dem Verband Appenzellerland Tourismus AI, der die Geschäfte der ARMAG bereits auf Mandatsbasis führte und bereit ist, diese weiterzuführen, werden Lösungen gesucht, damit die Ausserrhoder Unternehmen auch zukünftig die Möglichkeit haben, sich an den Werbe- und Kommunikationsmassnahmen des Regionalmarketings zu beteiligen.

1.3 Öffentlicher Verkehr

Das erste Teilprojekt der Durchmesserlinie Appenzell-St.Gallen-Trogen (DML) konnte im November abgeschlossen werden (Perronerhöhung und -verlängerung Schützengarten). Die Plangenehmigungen der übrigen Teilprojekte verzögern sich jedoch weiter. Dies liegt u.a. daran, dass die Appenzeller Bahnen AG (AB) verschiedene konzeptionelle Unterlagen (Betriebskonzept, Stellwerkkonzept) zum Auflageprojekt nachreichen. Auch gilt es, in diesem komplexen Projekt neue regulatorische Bestimmungen aufzunehmen. Die Plangenehmigung durch das Bundesamt für Verkehr (BAV) steht aber nicht in Frage. Der Spatenstich für das Kernstück der DML, den Ruckhaldetunnel, ist im Sommer 2015 vorgesehen. Die Inbetriebnahme der DML ist neu auf den Herbst 2018 geplant. Die Finanzierung ist im Rahmen der kantonalen Beschlüsse sichergestellt. Gleichzeitig haben die AB den Zuschlag für die Lieferung der neuen Gelenktriebzüge des Typs «Tango» erteilt. Damit kommen auf der DML moderne niederflurige und behindertengerechte Fahrzeuge zum Einsatz. Die definitive Bestellung erfolgt nach Genehmigung der Finanzierung durch Bund und Kantone.

Mit dem Ja der Schweizer Bevölkerung zur Vorlage «Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI)» wird auch die Planung des künftigen Ausbaus der Bahninfrastruktur neu geregelt. Die Kantone übernehmen die Führung bei der Erarbeitung regionaler Angebotskonzepte. Die Kantone Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Glarus, Graubünden, St.Gallen, Schaffhausen und Thurgau haben sich zur Planungsregion Ostschweiz zusammengeschlossen und gemeinsam mit den Eisenbahnverkehrsunternehmen ein Angebotskonzept für den Horizont 2030 erarbeitet. Dieses wurde im November durch die ÖV-Direktorinnen und -Direktoren beschlossen und beim BAV eingereicht. Der Vorschlag trägt der Vielschichtigkeit der Ostschweiz Rechnung und beinhaltet viele kleinere und mittlere Ausbaumodule mit regionaler und teils überregionaler Wirkung. Im Vordergrund steht die Aufnahme von fehlenden systematischen Halb- und Viertelstundentakten im Regionalverkehr. Zwischen Zürich und Winterthur wird ein Teil der Fernverkehrszüge statt über den Flughafen über Wallisellen verkehren. In Gossau sollen die Anschlüsse Richtung Appenzellerland auf diese schnelle Verbindung Richtung Zürich optimiert

werden und so die Reisezeit um bis zu 30 Minuten verkürzen. Das mit der Eröffnung der DML ab 2019 eingeführte Zugangebot soll weiter ausgebaut werden.

Im März hat der Kantonsrat der Volksinitiative der SVP «Für mehr Mitsprache bei der ÖV-Finanzierung» in zweiter Lesung zugestimmt – und damit einer Änderung des Gesetzes über die Förderung des öffentlichen Verkehrs. Damit werden die Finanzkompetenz des Kantonsrats bei neuen einmaligen Ausgaben auf Fr. 5 Mio. beschränkt sowie die Kriterien für die Verteilung der auf die Gemeinden fallenden Kosten des öffentlichen Verkehrs klarer geregelt. Gleichzeitig hat der Kantonsrat die Teilrevision der Verordnung zum Gesetz über die Förderung des öffentlichen Verkehrs gutgeheissen. Das Sekretariat hat daraufhin die Beiträge der Gemeinden an die Kosten des öffentlichen Verkehrs erstmals auf Grundlage des neuen interkommunalen Verteilschlüssels (Gemeindeschlüssel) erhoben.

Die im Dezember 2013 in Betrieb genommene neue S-Bahn St. Gallen konnte auf den Fahrplanwechsel im Dezember 2014 hin punktuell optimiert werden, insbesondere durch ein zusätzliches Kurspaar von Herisau nach St. Gallen zur Pendlerzeit am Morgen (S81) sowie durch die Wiedereinführung der per Dezember 2013 weggefallenen Kurspaare am Mittag und am Abend von Heiden nach Walzenhausen (Linie 80.224). Damit konnten Lücken im ÖV-System geschlossen werden. Neben einigen Fahrplanverbesserungen wurden auf der Linie Heiden-Trogen (Linie 80.230) zudem zwei Kurspaare um 20 und 21 Uhr eingeführt. Die Linie war bis anhin die einzige im Kanton ohne Abendangebot.

1.4 Risikoaktivitäten

Auf den 1. Januar ist das Bundesgesetz über das Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risikoaktivitäten in Kraft getreten. Die Kantone sind dabei zuständig für die Erteilung und Erneuerung von Bewilligungen für gewerbmässig angebotene Risikoaktivitäten in gebirgigem oder felsigem Gelände und in Bach- oder Flussgebieten. Bewilligungspflichtig sind u.a. die Tätigkeiten als Bergführer, Schneesportlehrer, Kletterlehrer und Wanderleiter sowie das Anbieten von Canyoning, River-Rafting und

Bungee-Jumping. Das Departement erteilte im Berichtsjahr insgesamt acht Personen die Bewilligung für die Tätigkeit als Bergführer/in (teilweise inkl. Canyoning) oder Schneesportlehrer/in. Die Bewilligungen sind vier Jahre gültig. Die Bewilligungsnehmenden sind u.a. verpflichtet, eine Berufshaftpflichtversicherung abzuschliessen sowie die Kunden über die besonderen Gefahren aufklären, die mit der Ausübung der gewählten Aktivitäten verbunden sein können. Die Bewilligungen werden in der zentralen Datenbank des Bundesamtes für Sport publiziert.

2. Amt für Wirtschaft

2.1 Wirtschaftsförderung

Der globale Standortwettbewerb hat sich auch im 2014 weiter intensiviert, und die Rahmenbedingungen der Schweiz als Investitionsstandort sind stark unter Druck geraten. Daraus resultierten – genauso wie bei den nationalen Mitbewerbern – weniger Ansiedlungen. Damit Appenzell Ausserrhodens als Unternehmensstandort gefragt bleibt, sind neben einer aktiven Promotion auch die Bestandespflege und Standortentwicklung, eine lösungsorientierte Grundhaltung gegenüber neuen Projekten sowie das Bewusstsein für eine bestmögliche Verkehrsinfrastruktur von entscheidender Bedeutung.

Bestandespflege / Standortentwicklung

Bei rund 20 Firmenbesuchen zeigte sich im direkten Kontakt mit Unternehmerinnen und Unternehmern, dass der Fachkräftemangel nach wie vor ein grosses Thema für Firmen in Appenzell Ausserrhodens ist. Zusammen mit dem Kanton St. Gallen organisiert die Wirtschaftsförderung deshalb alljährlich einen Sprungbrett-Event und gemeinsam mit den Nachbarkantonen die Veranstaltung «ProOst». Diese Veranstaltungen geben jungen Professionals eine Übersicht über ihre Karrierechancen in der Ostschweiz und sollen gleichzeitig die hohe Lebensqualität der Region aufzeigen. Die Erstdurchführung von «ProOst» im Sommer war erfolgreich; rund 300 Personen haben sich bei 35 Ostschweizer Arbeitgebenden über ihre Karrierechancen informiert. Aus diesem Grund soll es im 2015 eine zweite Durchführung geben. Das Projekt «Brain Gain», welches die Wirtschaftsförderung zusammen mit

dem Industrieverein AR lanciert hat, wurde Ende Jahr wegen mangelnder Nachfrage aus der Wirtschaft beendet. Zur Netzwerkpflege organisierte die Wirtschaftsförderung im 2014 verschiedene Veranstaltungen wie den stets gut besuchten Anlass «Beste Köpfe» oder zusammen mit der Steuerverwaltung verschiedene Mittagsveranstaltungen mit regionalen Mittlern und Treuhändern.

Standortpromotion / Ansiedlung

Die St. GallenBodenseeArea (www.sgba.ch) konnte die internationale Wahrnehmung sowie die Kompetenz im Markt weiter steigern. So wurde im Berichtsjahr die Zusammenarbeit mit diversen Partnern ausgebaut sowie ein attraktiver Imagefilm und eine Imagebroschüre realisiert. Die verstärkte Zusammenarbeit in der internationalen Standortpromotion hat sich für Appenzell Ausserrhoden bewährt.

Standortmarketing

An der Immo Messe 2014 präsentierte sich der Kanton und die Gemeinden erneut mit einem gemeinsamen Stand als moderner und ländlicher Wohnkanton mit Traditionen. Dabei kam wieder das einheitliche Erscheinungsbild «wo ich bin» zum Einsatz (www.wo-ich-bin.ch). Zudem wurden verschiedene Begleitmassnahmen initialisiert.

Neue Regionalpolitik

Auch im Berichtsjahr konnten wieder einige kantonale und interkantonale Projekte begleitet werden (z.B. Enjoy Appenzellerland, Kompetenznetzwerk Ernährungswirtschaft, Projekt 4. Säule).

2.2 Arbeitsinspektorat

Auch 2014 ging die Anzahl der gewerblichen Baugesuche weiter leicht zurück, lag aber immer noch über dem Stand von 2011. Weiter deutlich an Aufwand zugenommen haben Geschäfte wie Bewilligungserteilungen, Arbeitszeitkontrollen, Anhörungen und Vernehmlassungen.

Die Anzahl Meldungen im Bereich der meldepflichtigen Arbeitseinsätze (flankierende Massnahmen) ist 2014 leicht angestiegen und lag auf dem hohen Niveau der beiden Vorjahre. Auffallend war die weitere Zunahme der Mutationen, die in dieser Zahl nicht zum Ausdruck

kommt. Die Vorgaben der Leistungsvereinbarung mit dem Bund wurden erfüllt.

Die Abnahme der Kontrollzahlen im Bereich Schwarzarbeit gegenüber dem Vorjahr hängt vor allem damit zusammen, dass weniger Kontrollen bei Selbständigen/Scheinselbständigen (eine Person = eine Kontrolle) durchgeführt wurden. Hingegen ist die Anzahl der gesamthaft kontrollierten Personen dafür wieder angestiegen. Weiter angestiegen ist auch die Anzahl der abgeschlossenen Fälle im Bereich Schwarzarbeit (vgl. Statistiken S. 103).

2.3 Handelsregisteramt

Die Zahl der eingetragenen Objekte stieg 2014 um rund 2,8 % von 4'830 auf 4'963 Rechtssubjekte. Das verlangsamte Wachstum im Vergleich zu früheren Jahren ist hauptsächlich auf die Zunahme der Löschungen um rund 8,4 %, aber auch auf den Rückgang der Zuzüge und Neueintragungen um rund 3,9 %, zurückzuführen. Auch die Zahl der Eintragungsgeschäfte ging nach dem Anstieg im letzten Jahr wieder auf das Niveau der Vorjahre zurück (vgl. Statistiken S. 95).

Stark zugenommen haben die öffentlichen Beurkundungen. So wurden insgesamt 478 öffentliche Urkunden erstellt, was einer Zunahme von rund 15 % gegenüber dem Vorjahr entspricht. 137 Urkunden (Vorjahr: 111) hatten keinen Bezug zu Appenzell Ausserrhoden.

3. Landwirtschaftsamt

Auf den 1. Januar trat die Agrarpolitik 2014-2017 (AP 14-17) in Kraft. Kernelement der Revision ist die Umstrukturierung der Direktzahlungsinstrumente für die gemeinschaftlichen Leistungen der Landwirtschaft.

Die Umsetzung der AP 14-17 beschäftigte das Landwirtschaftsamt im Berichtsjahr stark. Dazu gehörten u.a. die Erneuerung des Abrechnungsprogrammes AGRICOLA, die Einführung der Landschaftsqualitätsbeiträge und der Beiträge für die graslandbasierte Milch- und Fleischproduktion, die Bonitierung von Biodiversitätsförderflächen,

eine umfassende Information und Beratung der Landwirtinnen und Landwirte sowie die Abrechnung und Auszahlung der Beiträge nach dem neuen System.

3.1 Weiterbildung und Beratung

Die Beratungs- und Weiterbildungsaktivitäten waren im Berichtsjahr geprägt von der Einführung der AP 14-17. Über 1'000 Teilnehmende (TN) besuchten die Kurse des Weiterbildungsprogramms für Appenzeller Bäuerinnen und Bauern. Zusätzlich haben folgende Informationsanlässe stattgefunden:

- Informationsveranstaltungen zum neuen Direktzahlungssystem (384 TN)
- Beratungsabende für Bäuerinnen (87 TN)
- Äiplerzusammenkunft (98 TN)
- Informationsveranstaltungen über die Landschaftsqualitätsbeiträge (339 TN)

Einzelberatungen erfolgten zur Berechnung von gesamtbetrieblichen Nährstoffbilanzen, von Betriebsvoranschlägen und von neuen Direktzahlungsbeiträgen, zur Umsetzung der Landschaftsqualitätsbeiträge, bei Hofübergaben, Neuorientierungen (Strategieberatungen), überbetrieblicher Zusammenarbeit oder im Zusammenhang mit Naturschutzfragen. Aufgrund des verlangten Nachweises verschiedener Label-Produktionen erhöhte sich die Nachfrage einzelbetrieblicher Beratung im Biodiversitätsbereich.

3.2 Direktzahlungen

Insgesamt haben 627 Betriebe (Vorjahr: 644) Fr. 36'469'448 Direktzahlungen erhalten. Davon leistete der Kanton in den Bereichen Landschaftsqualität, Ressourcenprogramm sowie Vernetzung einen Anteil von total Fr. 313'658. Die übrigen Beiträge finanzierte der Bund. Die Zahl der Biobetriebe blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert bei 106 Betrieben. Das Landwirtschaftsamt verfügte Kürzungen bei den Direktzahlungen von Fr. 40'548 (Vorjahr: Fr. 55'138), weil Vorschriften nicht eingehalten wurden.

Die Beteiligung an den neuen Programmen, die mit der AP 14-17 eingeführt wurden, war hoch. Am Programm für graslandbasierte Milch- und Fleischproduktion beteiligten sich 95 % der Betriebe. Landschaftsqualitätsbeiträge erhielten 399 Ganzjahresbetriebe und 70 Alpbetriebe. Als Biodiversitätsförderflächen mit Qualitätsstufe 1 waren 1'092 ha und 19'520 Hochstammfeldobstbäume angemeldet. In der Qualitätsstufe 2 standen 379 ha und 4'520 Hochstammfeldobstbäume unter Vertrag, in der Vernetzung 400 ha und 3'018 Hochstammfeldobstbäume. Die Biodiversitätsförderflächen mit Qualitätsstufe 2 nahmen gegenüber dem Vorjahr um 12 % zu; die Vernetzungsflächen um knapp 10 %.

3.3 Investitionshilfen

Kanton und Bund zahlten im Berichtsjahr Fr. 1,8 Mio. à-fonds-perdu-Beiträge für Strukturverbesserungsmassnahmen in der Landwirtschaft. Zwei Drittel der Beiträge gingen an Projekte zur Erneuerung landwirtschaftlicher Ökonomiegebäude. Für Tiefbauprojekte (v.a. Erneuerung oder Sanierung von Hofzufahrten) wurden 22 % der Mittel verwendet.

Die Landwirtschaftliche Kreditkasse gewährte 49 neue Darlehen im Umfang von Fr. 5,94 Mio. Davon waren 15 Fälle Starthilfekredite zur Finanzierung von Hofübernahmen; 50 % mehr als im Vorjahr.

3.4 Boden- und Pachtrecht

Die Bodenrechtskommission erteilte an elf Sitzungen 90 Bewilligungen (Erwerb 34, Realteilung neun, Zerstückelung 47); zehn mehr als im Vorjahr. Bei 137 Gesuchen (Vorjahr: 114) wurde eine Bewilligung in Aussicht gestellt (Zerstückelung 53, Erwerb 52, Realteilung 22, Feststellungen acht, Anmerkungen zwei). Seit Inkrafttreten des bürgerlichen Bodenrechts am 1. Januar 1994 bewilligte die Bodenrechtskommission Landkäufe im Wert von rund Fr. 108 Mio. Dies umfasst eine Fläche von 2'916,47 ha. Die Fläche setzt sich wie folgt zusammen: Wiesen und Weiden 2'145,76 ha, Streueflächen 20,76 ha, Rebflächen 0,66 ha, Wald 662,9 ha und übrige Flächen 86,39 ha.

Die Pachtkommission hat 16 Gesuche behandelt und zwölf Pachtzinsschätzungen vor Ort vorgenommen.

3.5 Pflanzenschutz

Feuerbrand

Die Infektionsgefahr war wegen des warmen trockenen Frühlings und des kühlen nassen Sommers nur an einzelnen Tagen hoch. Dementsprechend war der Feuerbrandbefall gering. Ein Vogelbeerbaum wurde gerodet und je ein Cotoneaster und ein Aronjastrauch zurückschnitten. Die Schutzobjektstrategie mit regelmässigen Feuerbrandkontrollen in schützenswerten Obstgärten wurde aufgehoben. Umso wichtiger wird es sein, die Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter über die Symptome und die Bekämpfung der Bakterienkrankheit Feuerbrand zu informieren.

Invasive Neophyten

Die Bekämpfung der Problempflanzen zeigt deutliche Erfolge, besonders beim drüsigen Springkraut. Um eine möglichst effiziente Bekämpfung des zähen Japanknöterichs zu gewährleisten, erfolgt ausserhalb des Waldes und des Gewässerraums jeweils ein gezielter Einsatz von Pestizid. Die Eigentümerinnen und Eigentümer der Privatgärten sind seit Anfang 2014 verpflichtet, die Goldruten zu entfernen.

4. Veterinäramt

4.1 Tuberkulose beim Rindvieh

Nachdem 2013 in Appenzell Ausserrhoden ein Rindertuberkulose-Fall aufgedeckt wurde, der mit grösster Wahrscheinlichkeit auf eine Infektion beim Rotwild zurückzuführen war, hat das Veterinäramt aktiv bei der Früherkennung mitgearbeitet. Unter der Leitung des Bundesamtes für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) haben die Kantone Graubünden, St.Gallen, Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden sowie das Fürstentum Liechtenstein in enger Zusammenarbeit unter den Veterinärbehörden und den Jagdverwaltern sowie den Organen der Wildhut ein Projekt zur

Früherkennung der Tuberkulose beim Rotwild etabliert. Als eines der Ergebnisse des Projektes hat das BLV im Herbst ein Handbuch über die Tuberkulose beim Wild publiziert. Dieses wurde zur Information an alle Patentjäger verschickt. Zudem wurden die Jagdkommission sowie der Hochjagdverein über das Projekt und das Erscheinungsbild der Tuberkulose aufgeklärt.

4.2 Kündigung des Vertrags mit der ANIS

Seit 2005 verfügt Appenzell Ausserrhoden über eine Vereinbarung mit der Animal Identity Service AG (ANIS) zur Führung der Hundedatenbank. Aufgrund von geänderten Vorgaben durch den Bund erfüllt die Datenbank die gesetzlichen Bestimmungen nicht mehr. Auch entspricht sie kaum mehr den Bedürfnissen der Vollzugsbehörden (fehlende Schnittstellen, kein Eintrag von Vollzugsdaten, schlechte Datenqualität). Auf Empfehlung der Vereinigung Schweizer Kantonstierärztinnen und Kantonstierärzte hin hat der Regierungsrat den Vertrag mit der ANIS per Ende Dezember 2015 (ein Jahr Frist) gekündigt. Dies ermöglicht Neuverhandlungen mit der ANIS und anderen Anbietern für eine zukunftsgerichtete und neu konzipierte Hundedatenbank. Da der Kanton Eigentümer der Daten ist, können diese in revidierter Form für die neue Datenbank übernommen werden. Die Einführung der neuen Hundedatenbank ist auf 2016 vorgesehen.

4.3 Kantonstierarzt Stellvertreter

Nach einer längeren und aufwändigen Rekrutierung konnte per 1. November die Stelle des Kantonstierarzt-Stellvertreters mit Dr. Tobias Obwegeser wieder besetzt werden. Die Stellenbesetzung hat gezeigt, dass Fachkräfte im Kanton und in der Region sehr rar sind.

5. Oberforstamt

5.1 Holznutzung und Holzmarkt

Die Holznutzung war im Berichtsjahr wiederum rückläufig. Obwohl im Privatwald mit 38'000 Festmetern wieder mehr

Holz zur Nutzung angezeichnet worden ist als im Vorjahr (26'500 m³), muss davon ausgegangen werden, dass die tatsächlich geschlagene Holzmenge trotzdem gesunken ist. Dies vor allem wegen der ungünstigen Witterungsbedingungen für die Ernte im Frühling und im Herbst.

5.2 Walderhaltung / Naturgefahren

Das Departement bewilligte auf Antrag des Oberforstamtes im vergangenen Jahr 16 Rodungen (Vorjahr: vier) mit einer Rodungsfläche von 227 Aren (Vorjahr: 44). Es hat zu 127 Baugesuchen am oder im Wald (Vorjahr: 112) sowie zu 132 Baugesuchen im Naturgefahrenbereich (Vorjahr: 115) Stellung genommen. Im Rahmen der Orts- und Zonenplanung wurden drei Mitberichte zuhanden des Planungsamtes (Vorjahr: 37) verfasst.

Die Folgen des Unwetters 2013 waren grösser als erwartet. Die Wiederherstellungskosten der betroffenen Schutzbauten beliefen sich auf rund Fr. 7,8 Mio. Zur Bewältigung dieser Schäden konnte mit dem Bundesamt für Umwelt (BAFU) ein Sammelprojekt mit Bundesbeiträgen von Fr. 2,7 Mio. ausgehandelt werden. Bund und Kanton beteiligen sich damit mit 35-80 % an den Wiederherstellungskosten der Objektschutzmassnahmen. Die Koordination der Massnahmen und die Begleitung dieser Projekte durch das Oberforstamt sind sehr aufwändig. Im Mattenbachtobel zwischen Grub und Heiden und dem Kanton St. Gallen wurde unter Leitung des Oberforstamtes ein grenz- und eigentumsüberschreitendes Gerinnesanierungsprojekt durchgeführt. Dabei entfernten Ausserrhoder und Sankt Galler Forstdienste – zusammen mit einem spezialisierten Helikopterunternehmen – über 2'100 Festmeter Schwemmholz aus dem Tobel. Die Windwurfschäden bewegten sich im Rahmen des üblichen, und die Borkenkäferschäden blieben weiterhin auf sehr tiefem Niveau stabil.

5.3 Programmvereinbarungen

Die mit dem BAFU vereinbarten Leistungen in den zwei Programmvereinbarungen «Biodiversität im Wald» und «Schutzbauten» konnten anteilmässig erbracht werden. Im Programm «Schutzwald» (Programmziel Investitio-

nen) wurden zusätzliche Beiträge zur Wiederherstellung der im Unwetter 2013 verwüsteten Walderschliessung ausgehandelt. Im Programm «Waldwirtschaft» (Programmziel Jungwaldpflege ausserhalb Schutzwald) mussten die Leistungsziele aufgrund einer ungünstigen Erfüllungsprognose nach unten korrigiert werden. Dazu hat der Regierungsrat die Programmverträge mit dem BAFU angepasst. Die Vertragserfüllung ist in allen vier Programmvereinbarungen zurzeit nicht in Frage gestellt.

5.4 Forstliche Planung

Die Jahresziele zur Umsetzung des kantonalen Waldplanes wurden erreicht. Auf der Ebene «Forstbetriebe» ist die Revision der Betriebsplanung erfolgreich angelaufen. Der Betriebsplan Gais konnte zusammen mit den Teilbetriebsplänen der Korporationen Hackbühl, Rietli und Rotenwies vom Departement genehmigt und in Kraft gesetzt werden. Weit fortgeschritten ist die Bearbeitung des Betriebsplans Teufen-Speicher. Zusätzlich wurde auch die betriebliche und konzeptionelle Planung der kantonalen Staatswaldungen abgeschlossen und vom Departement genehmigt.

6. RAV / Arbeitsvermittlung / Arbeitslosenversicherung

Gemessen an den wichtigsten Eckwerten veränderte sich der regionale Arbeitsmarkt im Berichtsjahr kaum. Im Jahresdurchschnitt waren 865 Personen zur Stellensuche eingetragen, 29 mehr als im Vorjahr. Das Total der ausgerichteten Arbeitslosenentschädigung blieb mit Fr. 19 Mio. jedoch unverändert. Im Bereich der Kurzarbeit, dem wichtigsten Indikator für die zukünftige Entwicklung der Arbeitslosigkeit, fiel die Zahl der Bezüger mit gesamthaft 681 auf den tiefsten Stand seit 2009. Besonders erfreulich entwickelte sich die Situation in der zweiten Jahreshälfte, in der lediglich noch 31 Personen von Kurzarbeit betroffen waren (vgl. Statistiken S. 100ff).

Leicht zugenommen hat der Austausch im Bestand der eingeschriebenen Stellensuchenden. Pro Monat konnten sich durchschnittlich 120 Personen von der Arbeitslosenversicherung (ALV) abmelden; gleichzeitig mussten sich

durchschnittlich 123 Personen neu anmelden. Die An- und Wiederanmeldungen sind administrativ jeweils sehr aufwändig und banden im Berichtsjahr rund einen Viertel der personellen Ressourcen.

Zu den Abmeldungen beigetragen haben die erfolgreichen Vermittlungen, die direkt durch das RAV angestossen wurden. Sie konnten um 30 % gesteigert werden. Die Arbeitgeberbetreuung und die Bewirtschaftung der gemeldeten Stellen konnten aber mangels Personalressourcen nach wie vor nicht ideal geregelt werden. Auch wirkte sich das Fehlen eigener juristischer Ressourcen im RAV und in der kantonalen Arbeitslosenkasse (ALK) auf die speditive Abwicklung vieler Fälle aus. Denn die Vollzugsbestimmungen werden einerseits zunehmend komplexer; andererseits verändert sich die Anspruchshaltung der Versicherten laufend. Lösungen für diese Personalfragen sind angedacht; deren Umsetzung wird im Rahmen der laufenden Reorganisation der kantonalen Verwaltung und der nächsten Personalwechsel angestrebt.

Die Vollzugsinstitutionen der ALV (RAV und ALK) sind seit jeher vollumfänglich vom Bund bzw. von der ALV selbst finanziert. Als Resultat langjähriger Bestrebungen um eine klare Trennung der Bundesgelder von den kantonalen Finanzen, führten RAV und ALK ihre Rechnungen erstmals ohne Umwege über das kantonale Finanzamt. Damit wurden die Transparenz erhöht, Doppelspurigkeiten abgebaut sowie Abläufe vereinfacht. Die bisherigen Erfahrungen sind bei allen Beteiligten positiv. Der personelle Aufwand für den Jahresabschluss wird sich auf weniger als die Hälfte des bisherigen Aufwands beschränken.

Der Bedarf an Dienstleistungen für Personen ohne Anspruch auf Leistungen der ALV hat weiter zugenommen. Mit neuen Weisungen und einer Anpassung der Leistungsvereinbarung mit den Kantonen hat das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) diese Entwicklung aufgenommen. Die Erarbeitung der neuen Vollzugsvorgaben, die am 1. Januar 2015 in Kraft treten, geschah zusammen mit den Kantonen. Nicht zu verkennen sind dabei Tendenzen zur Einengung des Vollzugsspielraums der Kantone.

Im ersten Halbjahr sah sich das RAV mit massiven Informatikproblemen konfrontiert, die für alle Mitarbeitenden eine grosse Belastung waren. Sie ergaben sich in der technisch anspruchsvollen Schnittstelle zwischen der Informatikinfrastruktur des Bundes und derjenigen des Kantons. Bis zum Jahresende konnte ein Grossteil der Probleme gelöst werden.

Departement Sicherheit und Justiz

Direktor: Regierungsrat Paul Signer

Nebst der anspruchsvollen täglichen Arbeit in den Ämtern und im Departementssekretariat prägte das Berichtsjahr die Arbeit am Justizvollzugsgesetz und an den dazu gehörigen Verordnungen. Der Kantonsrat beriet das Gesetz am 24. Februar sowie am 24. September und stimmte der Vorlage jeweils sehr deutlich zu. Die Verordnungen erliess der Regierungsrat an seiner Sitzung vom 16. Dezember und setzte sie auf den Beginn des Jahres 2015 in Kraft.

Damit verfügt der Strafvollzug in Appenzel Ausserrhoden über zeitgemässe gesetzliche Grundlagen. Diese regeln einerseits den Vollzug von Strafen für Kantonseinwohnerinnen und Kantonseinwohner. Andererseits bilden Gesetz und Verordnung Basis für den Betrieb der Gefängnisse Gmünden. Mit der ins Gesetz aufgenommenen Regelung eines Gesundheitsdiensts leistet Appenzel Ausserrhoden schweizweit Pionierarbeit.

Grosse Arbeit und enormen Einsatz verlangte die Reorganisation der kantonalen Verwaltung, in dessen Rahmen Vorbereitungen für eine neue Struktur des Departements und Voraussetzungen für die Übernahme von Aufgaben des jetzigen Departements Inneres und Kultur geschaffen werden mussten. Das Teilprojekt «Departement Inneres und Sicherheit», wie das Departement Sicherheit und Justiz ab 2016 heissen wird, ist gut auf Kurs; denn im Berichtsjahr konnte eine solide Basis für die kommenden Herausforderungen gelegt werden.

1. Departementssekretariat

Im Jahr 2014 gingen 37 Rekurse und Aufsichtsbeschwerden ein (Vorjahr: 26), wovon 32 erledigt wurden. Die Zahl der Vernehmlassungen und Anhörungen seitens des Bundes verharrte weiterhin auf hohem Niveau. Das Sekretariat befasste sich mit Gesetzgebungsarbeiten zum Justizvollzugsgesetz und den Ausführungsverordnungen, zur Teilrevision der Verordnung zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Strassenverkehr, mit Vorarbeiten zur Totalrevision des Polizeigesetzes und für ein neues kantonales Registergesetz. Zudem wurde eine Totalrevision des Gebührentarifs zum Einführungsgesetz zum Strassenverkehrsgesetz in die Wege geleitet. Weiter war das Sekretariat stark in das Teilprojekt «Departement Inneres und Sicherheit» der angelauten Reorganisation involviert.

2. Strafverfolgung

Die Staatsanwaltschaft blickt auf ein arbeitsintensives Jahr zurück. Die Zahl der Neueingänge bei den Strafverfahren und bei den Rechtshilfen ist spürbar gestiegen, insgesamt um rund 15 % oder von rund 3'300 auf rund 3'800 Verfahren. Die Zunahme betrifft alle Bereiche des Strafrechts. Zudem hat sich die Entwicklung, die sich seit

der Einführung der Schweizerischen Strafprozessordnung abgezeichnet hat, weiter fortgesetzt: Der Aufwand für komplizierte und umfangreiche Ermittlungsverfahren, aber auch für Bagatellverfahren, nahm im Berichtsjahr zu. Die Rechtsprechung verstärkt diese Tendenz, indem immer mehr Gewicht auf die formellen Aspekte gelegt wird. Die Staatsanwaltschaft ist daher gezwungen, mit zunehmendem Aufwand diesen formellen Ansprüchen der Rechtsprechung gerecht zu werden. Soweit möglich werden pragmatische Lösungen gesucht, um die Effizienz im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben zu steigern. Doch auch hier sind Grenzen gesetzt. Eines der Mittel, welches es der Staatsanwaltschaft erlaubt, die stetig wachsende Geschäftslast zu bewältigen, ist das sogenannte Strafbefehlsverfahren. Mit diesem Verfahren werden die einfacheren Ermittlungen mit einem Urteilsvorschlag abgeschlossen, den der Beschuldigte akzeptieren oder mit einer einfachen Einsprache ablehnen kann. Im Regelfall dient dieses Vorgehen sowohl den Parteien als auch den Strafverfolgungsbehörden. In Appenzel Ausserrhoden betrifft dies rund zwei Drittel aller abgeschlossenen Verfahren (2'160). Mit der Zunahme bei den Neueingängen und dem wachsenden Aufwand in jedem Verfahren fehlt bald Platz in der Kanzlei; eine effiziente Aktenbewirtschaftung ist kaum mehr möglich. Auch können

keine Ausbildungsplätze für Lernende oder Polizisten zur Verfügung gestellt werden. Im EDV-Bereich fehlen die notwendigen Schnittstellen zur Polizei. Dieses Problem beschäftigt nicht nur Appenzell Ausserrhoden, sondern ist gesamtschweizerisch erkannt worden. Die Zusammenarbeit mit der Polizei ist dennoch gut. Im vergangenen Jahr waren keine spektakulären Strafverfahren zu verzeichnen. Es kann bezüglich der Straftaten keine Tendenz festgestellt werden. Allerdings fällt auf, dass etliche Gewaltdelikte verübt worden sind, bei welchen nur aufgrund glücklicher Umstände keine Todesopfer zu beklagen waren. Darüber hinaus beschäftigen nach wie vor die Straftaten aus dem Bereich der Wirtschaftskriminalität die Staatsanwaltschaft übermässig. Appenzell Ausserrhoden wird dabei oft nur als Briefkastenadresse missbraucht, die Geschädigten befinden sich aber sehr häufig im Ausland. Weiter mussten einige grössere Verfahren gegen Drogenhändler geführt werden. Ansonsten verteilen sich die Straftaten mehr oder weniger gleichmässig auf alle wichtigen Bereiche des Strafrechts. Im Jugendstrafverfahren ist die Zahl der Neueingänge mit 225 Verfahren leicht angestiegen. Eine Tendenz bei der Jugendkriminalität zeichnet sich nicht ab. Zugenommen haben aber die Abklärungen bezüglich Schutzmassnahmen. Denn häufig ergeben die Ermittlungen in kleinen Strafverfahren, dass beim jugendlichen Straftäter schwerwiegende psychische Probleme bestehen. Zurzeit werden zwei jugendliche Täter stationär und 20 ambulant betreut. Die Einrichtung einer Sozialarbeiterstelle hat sich bewährt. Die Betreuung der jugendlichen Straftäter kann nun früh und niederschwellig eingeleitet werden. So kann in vielen Fällen von einer kostspieligen stationären Schutzmassnahme abgesehen werden. Die Betreuung solcher Fälle endet nicht einfach mit dem Erreichen des Erwachsenenalters, sondern muss teilweise noch jahrelang weitergeführt werden.

3. Straf- und Massnahmenvollzug

Die Anzahl von Ersatzfreiheitsstrafen für nicht bezahlte Bussen und Geldstrafen hielt sich mit 348 Fällen auf hohem Niveau. In 58 Fällen musste die Ersatzfreiheitsstrafe vollzogen werden, was zu Kosten von Fr. 64'750 führte. In den restlichen 290 Fällen ging die Busse oder

Geldstrafe ein. Das Justizsekretariat hat im Berichtsjahr Fr. 132'026 eingetrieben (Geldstrafen Fr. 47'560; Bussen Fr. 84'466); dies nach Androhung von Ersatzfreiheitsstrafen und von Personen, bei welchen das Betreibungsverfahren nicht erfolgreich war. Es wurden 206 Aufgebote zum Strafantritt erlassen, welche in 97 Fällen polizeilich zugestellt werden mussten und zu 74 Haftbefehlen sowie 29 polizeilichen Ausschreibungen führten. Für die Jugendanwaltschaft erledigte das Justizsekretariat den Vollzug von Freiheitsentzügen nach Art. 25 sowie der persönlichen Arbeitsleistungen nach Art. 23 des Jugendstrafgesetzes. Es vollzog 82 Arbeitsleistungen (Vorjahr: 59) und zwei Freiheitsentzüge (Vorjahr: ebenfalls zwei). Beim Strafregister des Bundesamtes für Justiz wurden im vergangenen Jahr für die kantonalen Behörden 1'131 Strafregistrauszüge eingeholt (Vorjahr: 1'228) und für die Gerichtsinstanzen insgesamt 326 Urteile erfasst (Vorjahr: 367).

4. Gefängnisse

Die Auslastung der Strafanstalt Gmünden war im Berichtsjahr mit 100,5 % auf einem Höchststand, ebenso die Verpflegungstage (21'271). Im kantonalen Gefängnis musste neben Untersuchungshaft und Ausschaffungshaft vereinzelt geschlossener Vollzug durchgeführt werden, da die geschlossenen Justizvollzugsanstalten Wartelisten bis zu einem Jahr aufweisen. Zusätzlich wurden kurze Ersatzfreiheitsstrafen bis zu 10 Tagen vollzogen. Die Kapazität der geschlossenen Spezialvollzugsabteilung (SV), die als Übergangsstation mit erhöhtem Sicherheitsstandard für Gefangene bestimmt ist, reichte bei weitem nicht aus. Aufgrund der anhaltenden Nachfrage nach Plätzen im SV musste die Kapazität durch Provisorien erhöht werden. Die Belegung in der Ausschaffungshaft war längere Zeit tief. Deshalb war es möglich, Gefangene mit Bedarf von zusätzlicher spezifischer Betreuung zeitweise im kantonalen Gefängnis einzuquartieren. Eine Besonderheit im Berichtsjahr war die überdurchschnittliche Anzahl von Übernahmen aus anderen offenen Anstalten, die dort nicht mehr tragbar waren. Versetzungen waren erst nach mehreren Tagen möglich, da alle Anstalten voll ausgelastet waren. Verstösse gegen die Hausordnung nahmen massiv zu. Die medizinische Versorgung nimmt im Alltag des Strafvoll-

zugs eine zentrale Position ein. Der Gesundheitsdienst muss nun zwingend den Standards der CPT-Richtlinien, dem Grundleistungskatalog des ostschweizerischen Strafvollzugskonkordats und den Empfehlungen der Koordinationsstelle Santé Prison Suisse angepasst werden. Deshalb ist es nötig, einen professionellen Gesundheitsdienst einzurichten. Nach dreissigjähriger Tätigkeit als Anstaltsarzt ist Dr. Christof Rohrer auf Ende Jahr zurückgetreten. Neu übernimmt diese Aufgabe Dr. Hans-Anton Vogel. Die Schäden an Gebäuden und Infrastruktur haben einerseits durch renitente und schwierige Insassen weiter zugenommen; andererseits besteht aber auch vermehrt Sanierungsbedarf wegen des Alters der Anlagen. Die Auftragslage in den Werkstätten lag bis zum 3. Quartal auf hohem Niveau. Ab Dezember musste indes Kurzarbeit eingeführt werden. Es wird es eine besondere Herausforderung sein, neue geeignete Aufträge zu akquirieren.

5. Verwaltungspolizei

5.1 Gastgewerbe

Im Berichtsjahr wechselten 55 Gastgewerbebetriebe den Bewilligungsinhaber; acht Gastgewerbebetriebe wurden neu eröffnet. Sechs Betriebe haben den Wirtebetrieb endgültig eingestellt. Die per Ende Jahr registrierten 408 Gastgewerbebetriebe verteilen sich wie folgt auf die Gemeinden: Urnäsch 25, Herisau 114, Schwellbrunn 18, Hundwil 14, Stein 12, Schöngengrund 7, Waldstatt 10, Teufen 31, Bühler 16, Gais 23, Speicher 20, Trogen 13, Rehetobel 17, Wald 7, Grub 7, Heiden 33, Wolfhalden 15, Lutzenberg 3, Walzenhausen 15, Reute 8.

5.2 Kleinhandel mit Alkohol

Der Kleinhandel mit gebrannten Wassern ist bewilligungspflichtig. Nicht besonders befristete Kleinhandelsbewilligungen für Verkaufsstellen gelten für fünf Jahre. Zwecks Erhebung der Bewilligungsperiode 2015-2019 wurden im zweiten Halbjahr insgesamt 55 Selbstdeklarationsverfahren durchgeführt. Bis Ende 2014 gingen 45 Gesuche ein, die bewilligt wurden.

5.3 Geldspielautomaten

Gestützt auf das Bundesgesetz über Glücksspiele und Spielbanken dürfen ausserhalb der Spielcasinos nur noch Geschicklichkeitsspielautomaten bewilligt werden. Obwohl die Geschicklichkeitsspielautomaten gegenüber den in Spielcasinos vorhandenen Glücksspielautomaten wenig attraktiv sind, wurden im laufenden Jahr 26 Geschicklichkeitsspielautomaten bewilligt.

5.4 Reisendengewerbe

Das Reisenden-Gewerbe wird, soweit es sich mit seinem Angebot für Waren und Dienstleistungen an Konsumentinnen oder Konsumenten richtet, abschliessend geregelt. Wer die Bewilligung einer zuständigen kantonalen Behörde hat, kann das Reisenden-Gewerbe auf dem ganzen Gebiet der Schweiz ausüben. Sie gilt fünf Jahre lang. Im 2014 wurden insgesamt 108 Ausweiskarten für Reisende ausgestellt.

6. Migrationsamt

Der Bestand der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung in Appenzell Ausserrhoden belief sich Ende Dezember auf 8'103 Personen (Vorjahr: 7'803). Davon waren 3'822 Personen (47,2 %) im Bezirk Hinterland, 2'109 Personen (26 %) im Bezirk Mittelland und 2'172 Personen (26,8 %) im Bezirk Vorderland wohnhaft. 2'141 Ausländerinnen und Ausländer (26,4 %) besaßen eine Aufenthaltswilligung und 5'962 Personen (73,6 %) eine Niederlassungsbewilligung. Die ständige ausländische Wohnbevölkerung aus den 28 EU- und drei EFTA-Staaten umfasste 5'808 Personen. Dies sind 71,7 % des Gesamtbestandes der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung. Den grössten Anteil der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung machten die deutschen Staatsangehörigen mit 31,4 % aus, gefolgt von den italienischen Staatsangehörigen (11,4 %) und den österreichischen Staatsangehörigen (7,5 %). Von den 8'103 Ausländerinnen und Ausländern stammten 7'494 Personen (92,5 %) aus Europa und lediglich 609 Personen (7,5 %) aus nicht europäischen Staaten. Die ständige ausländische Wohnbevölkerung setzte sich aus Personen von 104

Staaten zusammen; sie veränderte sich im Vergleich zum Vorjahr nur unwesentlich. Beim Bestand der Angehörigen aus den EU/EFTA-Staaten ist wiederum ein Anstieg zu verzeichnen (+4,1 %). Bei den Drittstaatsangehörigen war die Zunahme weniger stark (+2,7 %). Gesamthaft hat der Ausländerbestand um 300 Personen (+3,7 %) zugenommen. Mit 15,9 % liegt der Ausländeranteil in Appenzell Ausserrhoden weiterhin unter dem gesamtschweizerischen Durchschnitt. Im Weiteren waren per Ende Dezember 452 Personen (Vorjahr: 431) mit einer Grenzgängerbewilligung registriert. Die Grenzgänger stammten hauptsächlich aus Österreich (212 Personen) und Deutschland (176 Personen). Im Berichtsjahr wurden insgesamt 14 Personen (Vorjahr: 38) in ihre Heimatländer oder in Drittstaaten ausgeschafft. Drei Personen wurden polizeilich begleitet ausgeschafft. Insgesamt wurden 16 Ausschaffungshaftungen (gegenüber Vorjahr: -19) sowie zwei Eingrenzungen (gegenüber Vorjahr: -1) angeordnet. Die ausländerrechtlichen Zwangsmassnahmen betrafen hauptsächlich Personen aus dem Asylbereich, die im Rahmen des Dublin-Abkommens in Drittstaaten zurückgeführt werden konnten oder aufgrund der Verletzung ihrer Ausreise- und Mitwirkungspflicht in ihre Heimatländer ausgeschafft werden mussten. Der Wegweisungsvollzug gestaltete sich nach wie vor aufwändig, da sich die Betroffenen meistens unkooperativ verhielten und jegliche Mitwirkungspflicht verweigerten. Der starke Rückgang der Ausschaffungen und Ausschaffungshaftungen ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass das Bundesamt für Migration im Berichtsjahr weniger vollzugsfähige Asylentscheide fällte.

7. Strassenverkehrsamt

7.1 Strassenfahrzeugbestand

Per 30. September waren im Kanton insgesamt 45'957 (Vorjahr: 45'209) Strassenfahrzeuge immatrikuliert (gegenüber Vorjahr: +1,63 %). Den grössten Anteil des Gesamtbestandes weisen die 31'036 (Vorjahr: 30'491) Personenwagen auf (vgl. Statistik S. 104).

7.2 Administrativmassnahmen

Im Berichtsjahr wurden 344 Verwarnungen ausgesprochen und 394 Führerausweise entzogen; weniger als im Vorjahr. 56 ausländische Führerausweise wurden aberkannt (Vorjahr: 38). 14 Lernfahrausweise wurden verweigert (Vorjahr: 4). Am 1. Juli ist eine Änderung des Strassenverkehrsgesetzes in Kraft getreten, die eine obligatorische Fahreignungsuntersuchung vorschreibt, wenn beim Fahren in angetrunkenem Zustand eine Blutalkoholkonzentration von 1,6 Gewichtspromille und mehr vorliegt oder ein Motorfahrzeug unter Drogeneinfluss gelenkt wurde. Diese Suchtabklärungen dürfen nur durch ein rechtsmedizinisches Institut oder durch einen Verkehrsmediziner SGRM durchgeführt werden. Sie lösen für die Betroffenen ein kostenintensives Verfahren aus.

8. Kantonspolizei

8.1 Kommando

Diverse Tagungen im Polizeibereich auf nationaler und regionaler Ebene zeigten auf, dass sich sämtliche Polizeikorps folgenden Haupttrends gegenüber sehen: Rasante technologische Entwicklung mit ausgeprägtem Einfluss auf die Strafverfolgung und die Entwicklung der eigenen IT-Infrastruktur, neue Kriminalitätsphänomene, gesteigerte Anforderungen an Ausbildung und Qualität sowie enge Finanzen. Als Reaktion auf diese Trends sind die Polizeikorps daran, die gut funktionierende Zusammenarbeit zu stärken und weitere Kooperationen in Fachgebieten zu bilden sowie künftige Entwicklungen, insbesondere auch im IT-Bereich, gemeinsam anzugehen. Als kleiner Kanton hat Appenzell Ausserrhoden in diesem gesamtschweizerischen Verbund einen Beitrag zu leisten. Diese Veränderungen erfordern Anpassungen in Prozessen, Strukturen und der Organisation: Nach eingehender Analyse wird bei der Regional- und Verkehrspolizei eine «Koordinationsstelle Repo» geschaffen und in der Kriminalpolizei gleichzeitig eine Gruppenstruktur eingeführt. Damit wird die Zusammenarbeit zwischen Staatsanwaltschaft und Regionalpolizei gestärkt, gleichzeitig können die vielen jungen Mitarbeitenden in der Regionalpolizei gezielt gefördert werden. Mit diesen Anpassungen ist die

Organisation für die Zukunft gut aufgestellt. Nach wie vor knapp sind die personellen Ressourcen. Mehrmals war die Flexibilität vieler Mitarbeitenden gefordert: Verschiedene polizeiliche Ereignisse oder dringliche Ordnungsdienst-Aufgebote anderer Kantone bedingten ein Aufbieten aus der Freizeit und kurzfristiges Umstellen grösserer Teile des Dienstplans. Dies generierte viel Überzeit der Korpsangehörigen. Erstmals wurde im Berichtsjahr ein viertägiger Korporal-/Wachtmeisterkurs durchgeführt. Schliesslich wurde der Strategieprozess abgeschlossen: Die langfristig ausgerichtete Strategie zeigt, in welche Richtung die Kantonspolizei unterwegs ist, wo und in welcher Art und Weise Wirkung erzielt werden soll. Bei der Erarbeitung der Strategie wurden die Erkenntnisse des Berichts «Uster» wie auch die von der KKPKS / KKJPD verabschiedeten Grundsätze zur «Polizei XXI» berücksichtigt.

8.2 Support und Personelles

Ende September wurden drei Polizisten vereidigt. Am 1. November trat zusätzlich ein Polizeigefreiter ins Korps ein. Die Peers, welche im vergangenen Jahr speziell ausgebildet wurden, haben ihre nebenamtliche Tätigkeit im August aufgenommen. Das Peerwesen (kollegiale Unterstützung von Einsatzkräften bei Stressbelastung - vor allem nach belastenden und potentiell traumatisierenden Situationen im Einsatzgeschehen) ist damit zukunftsgerichtet aufgestellt. Mit dem katholischen Diakon Stefan Staub und mit der reformierten Pfarrerin Andrea Anker kann die Kantonspolizei ausserdem auf Seelsorger zurückgreifen. Damit verfügt die Kantonspolizei neu über eine Polizeiseelsorge.

8.3 Kriminalpolizei

Die Kriminalpolizei, welche die Dienststellen «Ermittlung (inkl. Jugendkontaktpolizei)» und «Kriminaltechnischer Dienst» beinhaltet, hatte sich mit verschiedensten Straftatbeständen von Gewalt- über Sexual-, Eigentums- und Betäubungsmittel- bis hin zu Wirtschaftsdelikten zu befassen. Die Anzahl der Einbruchdiebstähle hat im vergangenen Jahr das bereits hohe Niveau des Vorjahres um 18 % übertroffen. Während den Sommermonaten wurde diesbezüglich eine Präventionskampagne durch-

geführt. Im Bereich der Wirtschaftsdelikte musste ein Fall von Anlagebetrug in der Höhe von mehreren Millionen Franken bearbeitet werden. Die Straftaten im Betäubungsmittelbereich sind um 50 % gestiegen. Vorwiegend handelte es sich dabei um Konsum, Herstellung und Handel mit Cannabisprodukten. Weiterhin sind die raschen technologischen Entwicklungen insbesondere bei den Wirtschafts- und Internetdelikten spürbar. Im Bereich der IT-Forensik sind daher Anstrengungen nötig, um die steigenden Pendenzen bewältigen zu können.

8.4 Nachrichtendienst

Der dem Kommandanten direkt unterstellte Nachrichtendienst erledigte 91 Personenüberprüfungen (Vorjahr: 107) für den Bund. Im Bereich «Extremismus» ist in Appenzell Ausserrhoden gegenüber dem Vorjahr keine wesentliche Lageänderung auszumachen. Der Austausch mit dem Nachrichtendienst des Bundes erfolgte reibungslos und zielorientiert, dies gerade auch im Themenbereich «Dschihadismus».

8.5 Regional- und Verkehrspolizei

Im Berichtsjahr wurden 685 Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt (Vorjahr: 662). Insgesamt haben 35'445 Lenkerinnen und Lenker die Höchstgeschwindigkeit überschritten (Vorjahr: 40'063). Davon befanden sich 706 im Verzeigungsbereich (Vorjahr: 591). Raserdelikte wurden zwei (Vorjahr: eins) verzeichnet. Die Regionalpolizei musste im Berichtsjahr 284 Personen (Vorjahr: 414) den Betreibungsämtern zuführen und in 491 Fällen Zahlungsbefehle zustellen (Vorjahr: 678).

8.6 Kommandodienste

Im IT-Bereich sind mit der Einführung der NEW-Arbeitsplätze wie auch mit dem Projekt «Goes mobile» wichtige Schritte in die Zukunft gemacht worden. Die Betriebsaufnahme mit NEW erforderte viel Nachbesserungsaufwand, um das Arbeiten in den Applikationen fehlerfrei zu ermöglichen. Bei «Goes mobile» ist die Auslieferung der I-Phones als Alarmierungs- und Informationsmittel sowie

Pagerersatz im Gange. Der Betrieb der Kantonalen Notrufzentrale sowie der Unterhalt des Einsatzleitsystems erforderten mehr Personalressourcen als ursprünglich angenommen. Dank guter Organisation können diese Mehraufwände aber künftig intern aufgefangen werden. Mit Projekten wie «ABI3+» oder der Elis-Weiterentwicklung stehen im Verbund mit den anderen Polizeikörpers grosse Herausforderungen an.

8.7 Sicherheitspolizei

Im Berichtsjahr waren 15 Grenadier- und Ordnungsdiensteinsätze (Vorjahr: 17) zu verzeichnen. 163 Gesuche für das Waffenerwerben und Waffentragen (Vorjahr: 183) wurden bearbeitet und 41 (Vorjahr: 24) europäische Feuerwaffenpässe ausgestellt. Als neue Aufgabe kam die Bearbeitung von Gesuchen und Bewilligungen für Feuerwerke der Kategorie 4 hinzu. Es wurden fünf Abbrandbewilligungen und zwei Verkaufsbewilligungen erteilt. Im Bereich Feuerwerkverkauf der Kategorien 1-3 wurden acht Gesuche (Vorjahr: zwei) bewilligt. Fünf Zuverlässigkeitsbescheinigungen für eine Sprengausbildung (Vorjahr: drei) wurden bearbeitet. Die Gesuche für Mitarbeitende privater Sicherheitsfirmen haben auf 84 erteilte Bewilligungen (Vorjahr: 114) abgenommen. Zugewonnen hat mit 20 erteilten Bewilligungen (Vorjahr: 18) der Bereich der Zulassung von Sicherheitsfirmen.

9. Jagdverwaltung

Erstmals seit über 300 Jahren wurde in Appenzell Ausserrhoden wieder ein Wolf nachgewiesen. Das Grossraubtier hatte im Mai auf einem Landwirtschaftsbetrieb in Heiden zwei Schafe gerissen. Die letzte historische Überlieferung für einen Wolf in Appenzell Ausserrhoden geht aufs Jahr 1695 zurück.

Die Reh- und Rotwildbestände sind auf einem stabilen Niveau. Der Gamsbestand ist auf dem ganzen Kantonsgebiet tief. Die Abschussvorgaben im Jagdjahr 2014 wurden erfüllt (vgl. Statistik S. 104). Die Wildkrankheitsfälle von Räude (vor allem beim Fuchs feststellbar) sind wie bereits im Vorjahr vor allem im Mittel- und Hinterland zahlreich,

aber nicht beängstigend. Eine Frau und sieben Männer, die bereits im Besitz eines ausserkantonalen Fähigkeitsausweises für die Jagdausübung waren, haben die Teilprüfung Jagdgesetzgebung erfolgreich bestanden und sind nun in Appenzell Ausserrhoden jagdberechtigt.

10. Amt für Militär und Bevölkerungsschutz

10.1 Zivilschutz

Die kantonale Zivilschutzorganisation geniesst bei Behörden, Bevölkerung und Partnerorganisationen einen guten Ruf. Sie wurde für 46 Unterstützungseinsätze mit 1'680 Teilnehmer-Tagen zugunsten der Gemeinschaft angeboten. Besonders zu erwähnen sind die Räumungsarbeiten zusammen mit den Forstbetrieben im Mattenbach, die Unterstützung an der Tour de Suisse und am Schwägalp-Schwinget, aber auch die Präsenz an der HEMA. Die Grund-, Kader- und Weiterausbildung wird nach wie vor im Verbund mit den Kantonen St. Gallen und Appenzell Innerrhoden in Herisau und Bütschwil betrieben und funktioniert ausgezeichnet. 45 neueingeteilte Zivilschutzangehörige haben ihre Grundausbildung abgeschlossen und konnten den vier Kompanien zugeteilt werden.

10.2 Bevölkerungsschutz

Es waren keine Ernstfalleinsätze notwendig. Die Aktivitäten konzentrierten sich auf Stabs- und Volltruppenübungen. Am 25. Oktober hat in Heiden die grösste je im Kanton durchgeführte Übung mit allen Einsatzkräften des Ausserrhoder Bevölkerungsschutzes – plus einer mobilen Sanitätshilfsstelle des Feuerwehrstützpunktes Wil – stattgefunden. Es wurden wertvolle Erkenntnisse gewonnen, die in die künftige Ausbildung der Führungstäbe einfließen werden. Die Beteiligung an den Übungen und Ausbildungskursen hat sich auf hohem Niveau eingependelt – im Durchschnitt wird jeder Gemeindeführungsstab alle zwei Jahre einmal beübt. Neunmal pro Jahr üben Ausserrhoder Führungstäbe gemeinsam mit den frisch ausgebildeten Stabsassistenten aus dem Zivilschutz. Diese Win-Win-Situation wird mit vereinten Kräf-

ten weiter geführt. Der Kantonale Führungsstab (KFS) ist im November vom Bund im Rahmen der Sicherheitsverbundübung 2014 beübt worden. Für die Prävention und Intervention in den Risikobereichen «Stromausfall über längere Zeit» sowie «Epidemie» wurden Defizite eruiert und Lösungsvorschläge angedacht. Diese sollen weiter verfolgt werden. Das Projekt Polyalert (Austausch aller stationären Zivilschutz-Sirenen im Kanton, Rückbauten in fünf Fällen, Inbetriebnahme einer neuen Fernsteuerung über das Sicherheitsfunknetz Polycom) konnte nach den Sommerferien abgeschlossen werden. Die Kantonale Notrufzentrale ist für die Auslösung der Alarme geschult, die Feuerwehr-Kommandogruppen sind mit neuen Einsatzdispositiven versorgt worden. Im Februar 2015 folgt der erste scharfe Test des neuen Systems zur Alarmierung der Bevölkerung bei Katastrophen und Notlagen.

10.3 Militär

Die traditionelle Entlassungsfeier wurde inhaltlich überprüft und überarbeitet. Die kostengünstige und effiziente Abrüstung fand in Schönengrund statt. Die Feedbacks auf die neue Form der Entlassungsfeier waren positiv. Die Kombination der Truppenunterkunft Chälblihalle mit den Büroräumlichkeiten in der militärischen Anlage ASUAR erweist sich als Glücksfall. Verschiedene Bataillonsstäbe nutzten den Standort für Stabs- und Stabsrahmenübungen. Aufgrund der ausgezeichneten Zusammenarbeit mit dem Kommando der Territorialregion 4 konnte der Feuerwehrturm Mülleli der Gemeinde Schwellbrunn saniert werden. Eine Genieeinheit leistete die Instandstellungsarbeiten mit schweren Baumaschinen zusammen mit dem Zivilschutz AR.

10.4 Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz

Das Berichtsjahr diente der Optimierung und Einleitung von Massnahmen innerhalb des Sicherheitskonzeptes im Zeughaus Herisau. Dazu kamen Abklärungen zu Fluchtwegmarkierungen, Notfallkonzepten und Weiterbildungen für Mitarbeitende innerhalb weiterer Standorte der kantonalen Verwaltung. Sowohl im Zeughaus Herisau wie auf dem Platz Trogen wurde ein Kurs für Betriebsnothelfer durchgeführt. Mittlerweile sind das Zeughaus Herisau,

die Strafanstalt Gmünden sowie der Standort Trogen mit jeweils einem Defibrillator und Notfallapotheken ausgestattet und erfüllen somit die minimalen Vorschriften bezüglich Notfallausrüstung.

10.5 Care Team

Das Care Team AR AI wurde im vergangenen Jahr für 26 Einsätze aufgebildet. Es konnten sieben geeignete Neumitglieder gewonnen werden; der Sollbestand ist damit erreicht. Das Team besteht aus 17 Care Givers, drei Einsatzleitern, zwei Fachleitern, zwei Fachberatern und einem Gesamtleiter. Alle Eingeteilten sind gemäss den Richtlinien des Nationalen Netzwerkes Psychologische Nothilfe ausgebildet und verfügen über eine hohe Einsatzbereitschaft. Ein Pikettsystem ist im Aufbau.

Departement Inneres und Kultur

Direktor: Regierungsrat Jürg Wernli

Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) standen und stehen schweizweit im medialen und politischen Fokus. In Appenzell Ausserrhoden war es noch vergleichsweise ruhig. Die Fall- und damit die Arbeitsbelastung der KESB war aber auch hier sehr hoch. Mit der vom Regierungsrat beschlossenen moderaten personellen Aufstockung konnte die notwendige Entlastung in die Wege geleitet werden. Das Organisationsmodell mit einer einzigen kantonalen KESB mit ihren Fachdiensten und den für den Vollzug zuständigen drei kommunalen Berufsbeistandschaften hat sich auch im zweiten Betriebsjahr bewährt. Die Ausserrhoder KESB ist mit dem motivierten Team gut aufgestellt, auch wenn die Aufbauphase noch nicht abgeschlossen ist.

Ähnlich im Mittelpunkt stand und steht die Sozialhilfe, für deren Finanzierung die Gemeinden zuständig sind. Die entsprechenden Nettoausgaben pro Einwohner sowie die Sozialhilfequote liegen in Appenzell Ausserrhoden weit unter dem schweizerischen Durchschnitt; dennoch wachsen auch in diesem Bereich die Kosten stetig und beachtlich. Die engagierte und häufig in Anspruch genommene Unterstützung durch die kantonale Fachstelle Sozialhilfe und Sozialarbeit leistet einen wichtigen Beitrag, damit die wirtschaftliche Sozialhilfe im Sinne der gesetzlichen Vorgaben und kostensparend ausgerichtet wird.

Im Bereich der Gesetzgebung sticht die Teilrevision des Gesetzes über die politischen Rechte betreffend die Neuverteilung der Kantonsratssitze heraus. Sie führt im Hinblick auf die Gesamterneuerungswahlen 2015 zu einer besseren Gewährleistung der Stimmkraftgleichheit über alle Gemeinden hinweg, gleichzeitig aber zu Sitzverschiebungen zu Lasten der kleinen und zu Gunsten der grösseren Gemeinden. Im Bereich der politischen Rechte fällte das Bundesgericht zudem ein wichtiges Grundsatzurteil betreffend das Wahlverfahren für den Kantonsrat. Es beurteilte das geltende Wahlrecht – nämlich das Mischsystem Majorz mit Wahlmöglichkeit Proporz – zumindest zurzeit als verfassungskonform.

Ein weiteres wichtiges Thema sind die Gemeindestrukturen. Der Regierungsrat will dieses Thema aktiv weiterverfolgen. Gemäss dem externen Analysebericht von 2012 besteht kein akuter Handlungsbedarf. Gleichwohl verfolgt der Regierungsrat das Ziel, dass strukturoptimierende Projekte bis hin zu Gemeindezusammenschlüssen auf geeignete Weise durch den Kanton unterstützt werden. Zur Prüfung von Vorschlägen hatte der Regierungsrat eine Kommission «Optimierung Gemeindestrukturen» eingesetzt. Diese legte ihren Schlussbericht vor. Der Regierungsrat nahm diesen zustimmend zur Kenntnis und beauftragte eine Projektgruppe, die Empfehlungen der Kommission bis Mai 2015 umzusetzen.

1. Departementssekretariat

1.1 Allgemeines

Über die Situation bei der Behandlung von Beschwerden und Rekursen orientiert die Übersicht im statistischen Anhang (vgl. Statistiken S. 109).

1.2 Gesetzgebung

Im Berichtsjahr konnte die Teilrevision des Gesetzes über die politischen Rechte (Rücktrittsfristen, Verteilung

Kantonsratssitze) abgeschlossen werden. Anlässlich der Volksabstimmung vom 30. November (Behördenreferendum) wurde die Vorlage angenommen. Der Regierungsrat hat die Änderung auf den 12. Dezember in Kraft gesetzt. Aufschlussreich ist ein Urteil des Bundesgerichtes: Dieses äusserte sich im Rahmen eines Beschwerdeverfahrens, in dem es um die 2011 durchgeführte Gesamterneuerungswahl des Kantonsrats ging, zum Wahlsystem. Es erachtet die nach einem gemischten Proporz/Majorz-System

durchgeführte Wahl der Mitglieder des Kantonsrates unter Berücksichtigung der Umstände in Appenzell Ausserrhoden als gegenwärtig mit der Bundesverfassung vereinbar.

Der Entwurf für ein Einführungsgesetz zu den Bundesgesetzen über die Alters- und Hinterlassenenversicherung und über die Invalidenversicherung wurde abgeschlossen und vom Regierungsrat zuhanden der 1. Lesung des Kantonsrates vom 23. März 2015 verabschiedet.

Der Regierungsrat hat den Schlussbericht der Kommission «Optimierung Gemeindefunktionen» zustimmend zur Kenntnis genommen. Er beauftragte eine Projektgruppe, bis Mai 2015 eine entsprechende Teilrevision der Kantonsverfassung zu entwerfen. Zudem soll die Projektgruppe gesetzliche Grundlagen für das Verfahren von freiwilligen Gemeindefusionen und für die Unterstützung von gewichtigen strukturoptimierenden Projekten der Gemeinden durch den Kanton erarbeiten.

1.3 Grundbuch- und Beurkundungsinspektorat

Im Berichtsjahr besuchte der kantonale Grundbuch- und Beurkundungsinspektor elf Grundbuchämter und neun Gemeindekanzleien. Im Weiteren beantwortete er zahlreiche Anfragen von Gemeindestellen (Grundbuchämter, Gemeindekanzleien, Erbschaftsämter) und von Privaten. Bei der Beurkundung von Rechtsgeschäften ausserhalb des Grundstückwesens zeigt sich immer wieder, dass diese Rechtsgeschäfte einerseits aufgrund der anwendbaren Rechtsnormen und andererseits infolge des teils langen Planungshorizonts der Parteien äusserst anspruchsvoll sein können. Aus diesem Grund wird empfohlen, nur dort Beratungsaufträge anzunehmen, wo die entsprechenden Kompetenzen vorhanden sind.

In Herisau konnte das eidgenössische Grundbuch vollständig eingeführt werden. Damit ist es lediglich in den zwei Gemeinden Hundwil und Schönengrund noch nicht eingeführt.

1.4 Stiftungsaufsicht

Im Berichtsjahr hatte die Stiftungsaufsicht die Jahresrechnungen, Tätigkeitsberichte und Protokolle von 68

klassischen Stiftungen zu beurteilen (Vorjahr: 68). Grössenteils gaben die eingereichten Unterlagen zu keinen Bemerkungen Anlass. Verschiedentlich mussten zusätzliche Unterlagen eingefordert oder bei Verzug Mahnungen ausgesprochen werden. Im Rahmen der Aufsichtsmassnahmen wurde die Stiftungsaufsicht für Beratungstätigkeiten bei Neugründungen, Löschungen und Statutenänderungen angegangen. Dies geschah verschiedentlich bei komplexeren Fällen oder bei Rechtsfragen durch die Stiftungsaufsichten in den Gemeinden. Das Vermögen der gemeinnützigen Stiftungen belief sich Ende 2013 auf Fr. 298,7 Mio. (Vorjahr: Fr. 295,3 Mio.).

2. Amt für Gesellschaft

Asyl

Im Berichtsjahr wies der Bund dem Kanton Appenzell Ausserrhoden 177 Asylsuchende zur Unterbringung und Betreuung zu. Im Vergleich zu den Vorjahreszahlen ist die Quote der Flüchtlings-Anerkennungen auf 105 Personen gestiegen (Vorjahr: 32). Ende 2014 lebten 197 Asylsuchende und 98 vorläufig Aufgenommene aus 22 Herkunftsländern in Appenzell Ausserrhoden. 29 abgewiesene Asylsuchende bezogen im Berichtsjahr Nothilfe. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer im Asylzentrum Landegg musste wegen steigender Zuweisungen deutlich reduziert werden. Dies führte dazu, dass die Personen rascher in die Gemeinden verteilt werden mussten. Die Gemeinden stiessen selber an Grenzen, weil nicht immer innert nützlicher Frist Wohnraum zur Verfügung gestellt werden konnte (vgl. Statistiken S. 110ff).

Im Berichtsjahr hat der Kanton Rahmenbedingungen für Bildungs- und Beschäftigungsprogramme für sozialhilfebabhängige Asylsuchende festgelegt. Gestützt darauf bestehen in bereits neun Gemeinden regelmässige Angebote; weitere Gemeinden haben Interesse für eine Einführung angemeldet.

Bürgerrecht

Im Berichtsjahr erhielten 52 Personen das Landrecht von Appenzell Ausserrhoden – und damit gleichzeitig das Schweizer Bürgerrecht im Verfahren der ordentlichen Einbürgerung. Das sind 27 Personen weniger gegenüber dem Vorjahr. Grund für die Abnahme ist nicht ein Rückgang in

der Nachfrage, sondern die längere personelle Vakanz im Fachbereich Bürgerrecht. Knapp ein Drittel der eingebürgerten Personen stammten aus Italien und Deutschland, knapp ein Viertel aus den Balkanstaaten. 10 Personen wurden aus dem Ausserrhoder Landrecht entlassen.

Zivilstand

Im Berichtsjahr wurden die Ausserrhoder Zivilstandsämter einer Inspektion unterzogen. Die Ergebnisse sind erfreulich: Allen drei Zivilstandsämtern konnten eine hohe Qualität in der Registerführung und eine ausgeprägte Kundenorientierung attestiert werden. Die zivilstandsamtlichen Aufgaben werden vorschriftsgemäss wahrgenommen. Das Amt für Gesellschaft (AfG) verfügte 423 Ausländereignisse betreffend den Personenstand von Bürgerinnen und Bürgern von Appenzell Ausserrhoden zur Eintragung in das Schweizerische Personenstandsregister.

Förderung von Familien, der Chancengleichheit von Frau und Mann sowie der Integration von Migrantinnen und Migranten

Im zweiten Jahr der Umsetzung der Förderstrategie 2013-2016 lag der Schwerpunkt auf der Umsetzung folgender Projekte:

Handlungsfeld 1 – Vielfalt leben und erleben

Das AfG widmete die PLATTFORM05 in Teufen dem Thema «gelebte Integration im Alltag». Beleuchtet wurden die Chancen und das Potential aufgrund der Vielfalt in unserer Gesellschaft, aber auch die damit verbundenen Herausforderungen. Ein besonderes Augenmerk wurde dabei auf binationale Paare gelegt. Ausserdem wurden die Arbeiten zum Aufbau eines tragfähigen und nachhaltigen Netzwerks zur Bekämpfung von Zwangsheiraten (Projekt ZARTwerk) vorangetrieben.

Handlungsfeld 2 – Arbeits- und Lebenswelt in Balance bringen

Das AfG führt eine mehrjährige Kampagne «Dann ist ein Mann ein Mann – Der Mann im Spannungsfeld von Arbeit, Familie und Mannsein». Die Kampagne hat zum Ziel, den Gleichstellungsdialog unter Männern anzuregen, Männer und Väter beim Prozess zu einem bewussteren Selbstverständnis zu unterstützen und Firmen dazu anzuregen, flexible Arbeitsmodelle für Männer und Frauen zu schaffen. Im Berichtsjahr wurden mit Blick auf die

Einführung des gemeinsamen Sorgerechts für Kinder zwei Weiterbildungs- und Vernetzungsveranstaltungen für Fachpersonen durchgeführt. Ausserdem hat das AfG die PLATTFORM06 in Walzenhausen in diese Kampagne eingebunden. Personalverantwortliche und teilzeitarbeitende Väter beleuchteten gemeinsam die Möglichkeiten und Grenzen der Teilzeitarbeit von Männern.

Schliesslich ist auch die familienergänzende Kinderbetreuung ein wesentlicher Faktor, wenn es um Familienfreundlichkeit und die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht. Im Berichtsjahr legte das AfG den Schwerpunkt darauf, die Bedürfnisse und Herausforderungen der Akteurinnen und Akteure in der familienergänzenden Kinderbetreuung im Kanton kennen zu lernen. Aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse wurde eine Ist-Analyse erstellt. Als erste unterstützende Massnahme wird das AfG Weiterbildungen von Kindertagesstätten-Mitarbeitenden finanziell unterstützen.

Handlungsfeld 3 – Starke Familien

Im Herbst startete die flächendeckende Einführung der «FemmesTische». Es handelt sich dabei um Gesprächsrunden von und mit Migrantinnen zu wichtigen gesellschaftlichen Themen wie z.B. Erziehungs- und Gesundheitsfragen. Die Vernetzung und der Austausch sollen das Empowerment der Frauen und ihren Familien stärken. Empowerment bezeichnet dabei sowohl den Prozess der Selbstbemächtigung als auch die professionelle Unterstützung der Menschen, ihr Gefühl der Macht- und Einflusslosigkeit zu überwinden und ihre Gestaltungsspielräume und Ressourcen wahrzunehmen und zu nutzen. Gestartet wurde das vierjährige Pilotprojekt mit den Sprachen Serbisch, Portugiesisch und Türkisch. Das AfG hat Caritas SG/AR mit der Koordination der «FemmesTische» beauftragt.

Ein weiterer Schwerpunkt in diesem Handlungsfeld ist die «Koordinationsstelle Netzwerk Elternbildung». Das im 2012 auf drei Jahre angelegte Pilotprojekt beinhaltet die Koordination und Bekanntmachung der Elternbildungsangebote im Kanton und die Sicherung und Weiterentwicklung der Erziehungskompetenzen der Eltern. Sowohl die Zahl der Kursangebote als auch die Zahl der Teilnehmenden sind während der Pilotphase stark gestiegen. Aufgrund des sehr erfreulichen Ergebnisses wird das Projekt ab 2015 in ein Angebot überführt.

Handlungsfeld 4 – Gesellschaft mit Wirkung

Gute Sprachkenntnisse sind für Migrantinnen und Migranten die Schlüsselkompetenz für eine erfolgreiche Integration. Das AfG hat im Berichtsjahr ein Konzept für ein niederschwelliges Sprachförderangebot für Erwachsene und Jugendliche erstellt und somit die Grundlagen für die nächste Projektphase der Finanzierung geschaffen. Das subventionierte Sprachförderangebot will insbesondere schulungsgewohnte Migrantinnen und Migranten erreichen und soll bis Ende 2015 an drei Standorten im Kanton operativ sein. Für die Umsetzung zeichnet sich eine Kooperation mit den im Kanton ansässigen Weiterbildungsinstituten ab.

Handlungsfeld 5 – Netzwerk schafft Mehrwert

Schwerpunkt der AfG-Strategie 2013-2016 ist die Vernetzung des Amtes insbesondere mit den Gemeinden und den Departementen. Für letzteres wurde im Jahr 2013 eine informelle interdepartementale Vernetzungsgruppe (IDEAL) ins Leben gerufen. Im Berichtsjahr trafen sich sechs Ämter und Fachstellen zweimal zum Austausch. Dabei sollen Schnittstellen und mögliche Kooperationen sicht- und nutzbar werden. Den gleichen Zweck verfolgen die Treffen des AfG mit den Ausserrhoder Gemeinden. Zwischenzeitlich wurden 15 der 20 Gemeinden besucht.

Darüber hinaus konzipierte und/oder organisierte das AfG diverse weitere Fachveranstaltungen in den Förderthemen und leistete Beratung oder finanzielle Unterstützung gegenüber zahlreichen Akteurinnen und Akteure wie Vereinen, Fachhochschulen oder NGOs. Auch der jährlich stattfindende und zusammen mit der Gemeindepräsidentenkonferenz organisierte Kinder- und Jugendworkshop stiess einmal mehr auf grosses Interesse bei den kommunalen Vertreterinnen und Vertretern der professionellen Jugendarbeit und der Jugendpolitik.

3. Amt für Kultur

3.1 Kultur

Museumsstrategie

Während acht Monaten waren die Museen im Appenzellerland in zwei Schaufenstern im Haus Appenzell in

Zürich präsent. Der internationale Museumstag wurde wieder mit einem gemeinsamen Programm durchgeführt. Zwei voll besetzte Weiterbildungen – «Medien und Museen» sowie «Tourismus und Museen» – belegten das grosse Interesse der Museen an auf sie zugeschnittenen Veranstaltungen. Die Zusammenarbeit mit dem Tourismus wurde mit einer neuen Marketing-Partnerschaft verstärkt. Ein weiterer Schwerpunkt bildete die Vermittlung mit der Mandatierung von zwei Störvermittlerinnen und den Bestrebungen zum kostenlosen Eintritt für Kinder und Jugendliche in die Museen. Ein «Fest für alle» im Dezember gab sämtlichen Museumsmitarbeitenden erstmals Gelegenheit, sich auszutauschen.

Öffentlichkeitsarbeit

Das Amt für Kultur hat drei Ausgaben von «Obacht Kultur» herausgegeben und darin die geförderten Projekte aufgeführt. Nr. 18 widmete sich dem Bläss, Nr. 19 dem Tanz und Nr. 20 der Denkmalpflege. Eine Auszeichnung «Das schönste Kulturmagazin der Welt» erhielt «Obacht Kultur» von art tv, dem Kulturfernsehen im Netz; es hat Margrit Bürer dafür die Schweizer Ehrenperle Kultur 2014 verliehen.

Veranstaltungen

Die Kulturlandsgemeinde fand am 3./4. Mai 2014 in Schönengrund statt. Unter dem Titel «Mitten am Rand» lotete sie zwei Tage verschiedenste Aspekte von Zentrum und Peripherie aus. Das Minifestival ging erstmals über den Kanton hinaus und wurde direkt ins Haus Appenzell in Zürich übertragen. Der jährliche Anlass der Kulturförderung Ende November stellte in Trogen die Kulturvermittlung ins Zentrum.

Kooperationen

Das Zentrum für appenzellische Volksmusik wurde in «Roothuus Gonten – Zentrum für Appenzeller und Toggenburger Volksmusik» umbenannt; neu ist auch der Kanton St.Gallen Mitträger der Stiftung (neben AI, AR, Bezirk Gonten und AGG). Im August wurde www.kklick.ch lanciert, die von den Kulturämtern AR, SG und TG getragene Internetplattform für Kulturvermittlung. Zum dritten Mal fand das Festival «TanzPlan Ost», das gemeinsame Förderprojekt der Ostschweizer Kantone, statt. Die kantonalen Kulturbeauftragten haben sich intensiv mit der Vernehmlassung zur Kulturbotschaft des Bundes 2016-2019 auseinandergesetzt. Einer der acht Förderprei-

se 2014 der Internationalen Bodenseekonferenz IBK im Bereich Fotografie ging an Ueli Alder. Bei der Jurierung der Eingaben für die Expo2027 hat die Amtsleiterin als Expertin mitgewirkt.

3.2 Fachstelle Kulturförderung

25 Institutionen wurden mit jährlichen Betriebsbeiträgen von insgesamt Fr. 1'089'000 unterstützt. Die Leistungsvereinbarungen wurden in einem mehrstufigen, vom Kulturrat begleiteten Verfahren evaluiert. Basierend darauf wurden die Inhalte der Leistungsvereinbarungen der nächsten dreijährigen Periode (2015-2017) erarbeitet. Daneben hat der Kulturrat in vier Sitzungen 20 Gesuche behandelt. Insgesamt sind 177 Gesuche (Vorjahr: 163) eingereicht worden, 152 (86 %) davon wurden unterstützt (Vorjahr: 75 %). Bei insgesamt Fr. 623'876.10 Förderbeiträgen ergibt dies eine durchschnittliche Beitragssumme von Fr. 4'104 pro Gesuch (Vorjahr: Fr. 4'824).

3.3 Kantonsbibliothek

2014 stand im Zeichen der Eröffnung der multimedialen Ausstellung «Jahrhundert der Zellweger», das auf dem Familienarchiv Zellweger aufbaut und in Kooperation mit der Gemeinde Trogen entstanden ist. Im Mai wurden zwei Ausstellungsräume, eine Website, drei Hörspuren und 17 Häusertafeln der Öffentlichkeit präsentiert. Für die Zellweger-Wohnung im Fünfeckpalast wurde ein Nutzungskonzept erarbeitet.

Vermittlung

Mit Artikeln in Zeitungen und Periodica sowie fünf Vorträgen und Reden, darunter der Festrede zum Jubiläum 400 Jahre Speicher, war die Kantonsbibliothek Appenzell Ausserrhoden (KBAR) in der Öffentlichkeit präsent; ebenso mit folgenden Aktivitäten: Faltprospekt «Katalogzusammenarbeit KBAR und Bibliothek Andreas Züst»; Aufschaltung digitalisierte Appenzeller Kalender unter retro.seals.ch und bodenseebibliotheken.eu (Interreg IV). Aufschaltung der drei Bände «Lucubrationen» von J.G. Schläpfer unter e-codices.ch. Veröffentlichung von Heft 141 der Appenzellischen Jahrbücher mit dem Schwerpunktthema «1. Weltkrieg». Organisation Appenzeller Bib-

liothekstag und Tagung Bibliotheken der Regio Bodensee in Trogen. Durchführung von 55 (Vorjahr: 20) kulturhistorischen Führungen mit 984 (Vorjahr: 366) Personen und vier (Vorjahr: vier) buch- und bibliotheksspezifischen Führungen. Verleih von Sammlungsgut an Ausstellungen im Zeughaus Teufen, Gewerbemuseum Winterthur, Kunst- und Gewerbemuseum Hamburg, Historischen Museum Herisau und Museum für Lebensgeschichten Speicher.

Erschliessung

Familienarchiv (Fa) Steiger: Verpackung; Personenarchiv (Pa) Herbert Maeder und Pa Hansjörg Rekade: Abschluss Verzeichnis und Schenkungsvertrag; Pa Gerhard Falkner: Archivplan; Pa Anna Martens: Digitalisierungen; Vereinsarchiv (Va) Schaukasten Herisau: Archivplan und Verpackung; Fa Zellweger: Reinigungsarbeiten an den gut 9'500 Datensätzen und Digitalisierung sowie Inventarisierung von Bildmaterialien. Ferner Digitalisierung «A.Vogel Gesundheits-Nachrichten» und «Appenzellisches Monatsblatt». Vergabe von 25 Transkriptionsaufträgen. Die zwölf Transkriptionspartnerinnen und -partner wurden anlässlich eines Fachaustauschs im Herbst in Trogen begrüsst. Im Online-Katalog für publizierte Medien sind 101'815 (Vorjahr: 81'899) Einheiten verzeichnet. Darin enthalten sind die Collectio Magica et Occulta CMO-Bibliothek mit 6'707 (Vorjahr: 5'783) erfassten Datensätzen und die Bibliothek Andreas Züst mit 8'331 Einheiten (Vorjahr: 2'773). In einem separaten Projekt wurden 688 Kunstwerke von Albin Grau und 216 Werke von Emil Engeler erschlossen.

Bestandeszuwachs

Die in der Zellweger-Wohnung im Fünfeckpalast aufgefundenen Dokumente wurden ins Fa Zellweger integriert. Die Appenzeller Bibliographie zählt 430 (Vorjahr: 446) neue Einheiten (Zwischenstand). 28 (Vorjahr: 40) Personen und Institutionen haben der KBAR Dokumente geschenkt. Auf den Servern werden 6,5 TB (Vorjahr: 4,8) Daten verwaltet.

Dienstleistungen

Die KBAR erteilte durchschnittlich elf (Vorjahr: ebenfalls elf) Auskünfte pro Arbeitstag. Hinzu kamen monatlich 10 bis 15 externe Termine in den Bereichen Beratung, Auskunft sowie Kooperationen. Die KBAR wurde 2014 von 1'003 (Vorjahr: 907) Personen besucht (ohne Führungen).

Im Lesesaal wurden 430 (Vorjahr: 426) Medien benutzt. 309 (Vorjahr: 511) Medien wurden ausgeliehen. Die Zahl der Downloads via dibiost.ch betrug 11'523 (Vorjahr: 6'636). Die Appenzeller Bestände unter retro.seals.ch verzeichneten 30'490 (Vorjahr: 21'641) Pageviews und 669 (Vorjahr: 1'104) Downloads. Im Oktober wurde das Presseportal Ostschweiz (SH, TG, AR) lanciert.

Besonderes

Die Aeschbach-Stiftung übertrug die Urheberrechte an der CMO an die KBAR und vermachte Fr. 700'000 als Schenkung zur Erschliessung, Forschung und Vermittlung der Sammlung und thematisch verwandter Bestände.

3.4 Denkmalpflege

Ersatzbauten und Restaurierungen

Die Beratung für einen Ersatzbau des Gadens an der Holderenstrasse in Rehetobel sowie der ehemaligen Schmitte im nationalen Ortsbild Schwellbrunn waren die herausragenden Projekte und gaben Anlass für intensive Diskussionen. Bei der unter der Leitung von Baumeister Hans Ulrich Grubenmann 1778 erstellten Brücke zwischen Herisau und Hundwil wurden die beiden Widerlager repariert, Teile der Haupttragkonstruktion ausgewechselt und die hölzernen Dachschindeln komplett ersetzt. Das Projekt wurde durch externe Fachleute begleitet und durch Beitragszahlungen des Bundes unterstützt.

Beitragsgesuche

Mit 78 eingereichten Gesuchen wurde ein Höchststand erreicht. Die Summe der bewilligten Kantonsbeiträge an Restaurierungs- und Renovationsprojekte beläuft sich auf Fr. 954'388. Die überarbeiteten Beitragsgesuchs-Formulare erleichtern die Abläufe. Neu sind die Gesuchstellenden aufgefordert, Fotos ihrer Liegenschaften vor und nach den Renovationsarbeiten selber zu erstellen (vgl. Statistik S. 114).

Stellungsnahmen/Berichte

Insgesamt wurden 203 Stellungsnahmen zu Baugesuchen, Gestaltungsplänen und Zonenplanrevisionen abgegeben. 22 Stellungsnahmen zu Bewilligungsverfahren und Rekursen wurden schriftlich verfasst. Bei umfangreicheren Projekten wie den Wohnüberbauungen auf

der Ochsenwiese und Löwenwiese in Waldstatt wurden die denkmalpflegerischen Anliegen durch die temporäre Mitarbeit in Arbeitsgruppen sichergestellt. Der Denkmalpfleger hat in der Expertenkommission zur Teilrevision des Baugesetzes mitgewirkt und die Anliegen der Denkmalpflege eingebracht.

Hausanalysen

Die beiden nach Haus-Analysen renovierten und umgebauten Liegenschaften Dorfstrasse 92 in Bühler und Ebnetstrasse 15 in Herisau konnten an Tagen der offenen Tür besichtigt werden. Rund 100 Interessierte haben die Möglichkeit genutzt. Ergänzend wurde über sinnvolle Strategien für die Erneuerung alter Liegenschaften informiert.

Führungen und Vorträge

Mitwirkung und Einflussmöglichkeiten bei Renovationen, Umbauten und Dorfentwicklungen wurden im Rahmen von einem Dutzend Anlässen präsentiert und diskutiert. Prominenteste Gäste waren 20 Mitarbeitende des Architekturbüros Furrer aus Bern, die Fachkommission Hochbau der Stadt Frauenfeld sowie eine Klasse der Baukaderschule St. Gallen. Das Interesse der auswärtigen Gäste galt besonders den Projekten «Haus-Analyse», «Bauen im Dorf» und «Forum Appenzellerhaus».

4. Fachstelle für Sozialhilfe und Sozialarbeit

Im Berichtsjahr wurden die Ergebnisse der Sozialhilfestatistik des Erhebungsjahres 2013 für die gesamte Schweiz sowie für Appenzell Ausserrhoden veröffentlicht. Die gesamtschweizerische Sozialhilfequote (der Anteil der Personen, die Sozialhilfeleistungen beziehen) stieg gegenüber dem Vorjahr um 0,1 % auf 3,2 %. Auch in Appenzell Ausserrhoden stieg die Sozialhilfequote von 1,9 % (2012) auf 2,0 % (2013) an. Die Anzahl geführter Fälle erhöhte sich um 67 auf 711 (2013), was einer Zunahme von 10,4 % entspricht. Diese Fälle umfassen in Appenzell Ausserrhoden insgesamt 1'064 Personen, was einer Zunahme von 4,9 % oder 42 unterstützten Personen gegenüber dem Vorjahr entspricht (2012: 1'022 Personen). Die Differenz der Zunahme zeigt, dass die Anzahl der unterstützten Personen pro Fall leicht abgenommen hat, nämlich von 1,59 (2012) auf 1,5 Personen (2013).

Die Beratung und fachliche Unterstützung von Sozialhilfebehörden und der in der Sozialhilfe Tätigen war im Berichtsjahr eine der Kernaufgaben. Insgesamt wurde die Fachstelle 424 Mal (Vorjahr: 472) von Sozialämtern oder Behörden zu Fach- oder Rechtsfragen der Sozialhilfe konsultiert. Die Sozialämter haben erstmals das Angebot von Dossierrevisionen vor Ort vermehrt genutzt. Diese Dienstleistung unterstützt unter anderem die Qualitätssicherung in der Fallführung und ermöglicht darüber hinaus einen persönlichen und fachlichen Austausch.

Zu Beginn des Berichtsjahres wurden die internen Arbeitsprozesse mehrheitlich digitalisiert. Dank diesem wesentlichen Schritt hin zum papierlosen Büro kann effizienter, platzsparender und umweltfreundlicher gearbeitet werden.

5. Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde

Auch im zweiten Jahr des Bestehens der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) war ein enormer Arbeitsanfall zu bewältigen. Der Regierungsrat stimmte daher einer Erhöhung der Personalkosten um Fr. 200'000 zu. Ausserdem konnten die Aufgaben und Strukturen klar definiert werden, und die Wartezeiten für die Klientinnen und Klienten haben sich verkürzt. Die Interdisziplinarität der KESB (u.a. mit dem Fachwissen aus den Bereichen Recht, Sozialarbeit und Psychologie) bewährte sich.

Eine neu zu lösende Aufgabe war die gemeinsame elterliche Sorge, die ab 1. Juli 2014 mit Inkrafttreten der neuen gesetzlichen Bestimmungen zum Regelfall wurde, und für deren Umsetzung die KESB massgeblich verantwortlich ist. Neben sehr vielen neuen Fällen müssen bis Ende 2015 die alten Massnahmen ins neue Recht überführt werden.

Eine der grössten Herausforderung für die KESB ist die Aufklärungsarbeit. Vielen Einzelpersonen und Institutionen ist es nicht klar, wofür die KESB zuständig ist und was sie nicht leisten kann, weil es dafür keinen gesetzlichen Auftrag gibt. Vielfach besteht die Erwartung, dass die KESB Menschen begleitet, betreut, deren Finanzen verwaltet oder sie gar finanziell unterstützt. Dies ist Aufgabe der Berufsbeistandschaften bzw. der Sozialhilfe. Die KESB ordnet die Massnahmen an, die drei regionalen

Berufsbeistandschaften führen sie aus und stellen der KESB Antrag für weitere nötige Massnahmen bzw. der zuständigen Sozialhilfebehörde Antrag auf finanzielle Leistungen. Vielen Personen ist dies nicht bewusst, und sie sind enttäuscht, wenn die KESB ihre Erwartungen häufig nicht erfüllen kann.

In den Medien waren verschiedentlich die Kosten für Fremdplatzierungen ein Thema. Soweit diese im Rahmen von Sozialhilfe zu finanzieren sind, sind hierfür in Appenzel Ausserrhoden die Gemeinden zuständig. Der KESB ist es ein grosses Anliegen, die Kosten für Fremdplatzierungen möglichst gering zu halten, indem zuerst mildere Massnahmen geprüft werden. Lässt sich eine Platzierung nicht umgehen, so platziert die KESB – falls möglich und angemessen – bei Angehörigen oder bei Pflegeeltern innerhalb des Kantons. Im Berichtsjahr wurden daher lediglich fünf Kinder mit Kostenfolgen zulasten der Gemeinden fremdplatziert. Die KESB bemüht sich sehr, vor einer Platzierung mit der betroffenen Gemeinde in Kontakt zu treten und eine unvermeidliche Platzierung entsprechend zu begründen. Die KESB will auch in Zukunft zum Wohl der betroffenen Personen handeln, sich jedoch auch transparent gegenüber den Kostenträgern verhalten.

6. Ausgleichskasse und IV-Stelle

Zu Beginn des Berichtsjahres stand für die Ausgleichskasse und IV-Stelle Appenzel Ausserrhoden die vollständige Inbetriebnahme des neuen Standorts sowie die Feinjustierung der neuen betrieblichen Abläufe im Vordergrund. Es zeigte sich sehr rasch, dass die neuen Räumlichkeiten die Anforderungen erfüllen können. Die zahlreiche Kundschaft schätzt die neuen Empfangsräume.

In der IV-Stelle wechselte die Leitung des Teams «Sachbearbeitung». Der neue Leiter hat sich sehr rasch eingearbeitet und auch neue Akzente gesetzt. Im Berichtsjahr wurde auch die Bekämpfung des Versicherungsmissbrauchs intensiviert. Dank des internen Spezialisten, der sowohl für die IV-Stelle als auch für die Ergänzungsleistungen tätig ist, und mit Hilfe von geeigneten Instrumenten war es möglich, verschiedene Fälle von ungerechtfertigtem Leistungsbezug aufzudecken und Rückforderungen geltend zu machen. Ein ungelöstes Problem stellt die fortdauernde Über-

lastung der externen medizinischen Abklärungsstellen (MEDAS) dar. Lange Wartezeiten verzögern und erschweren die Integration von versicherten Personen. Durch den konsequenten Einsatz des hausinternen Regionalen Ärztlichen Dienstes ist es der IV-Stelle gelungen, die Abhängigkeit von den MEDAS stark zu reduzieren. Dies wirkt sich positiv auf den Integrationserfolg aus.

Die Ausgleichskasse hat im Berichtsjahr ihr breites Aufgabenspektrum ohne nennenswerte Probleme bewältigt. Trotz Zunahme der Geschäftsfälle in den meisten Bereichen konnte der Personalbestand etwa auf dem Vorjahresniveau gehalten werden. Dies ist insbesondere auf sehr leistungsfähige und stabile IT-Applikationen zurückzuführen.



Statistischer Anhang

Regierungsrat

Öffentliche Tätigkeiten gemäss Staatskalender 2014/2015 und Bezüge 2014 (in Fr.)

Unternehmen / Institution	Vertretung	Mandat	Honorare	Sitzungsgeld	Spesen	zur privaten Verfügung	Einlage in Staatskasse
Appenzeller Bahnen AG	Köbi Frei	Verwaltungsrat	2 500	5 157	500	5 657	2 500
Appenzellischer Hilfsverein für Psychischkranke	Matthias Weishaupt	Mitglied des Vorstandes	-	-	-	-	-
AR Informatik AG	Marianne Koller-Bohl	Verwaltungsrätin	3 000	2 285	1 312	3 597	3 000
AR Informatik AG	Rolf Degen	Verwaltungsrat	3 000	2 285	1 312	3 597	3 000
Assekuranz AR	Paul Signer	Präsident Verwaltungsrat	4 000	3 000	-	3 000	4 000
Ausserrhodische Kulturstiftung	Jürg Wernli	Stiftungsrat	-	-	-	-	-
Axpo Holding AG	Jakob Brunnenschweiler	Vizepräsident Verwaltungsrat	70 000	18 867	-	18 867	70 000
Dr. Oertli-Loppacher-Stiftung	Marianne Koller-Bohl	Präsidentin Stiftungsrat	-	-	-	-	-
Fachhochschule Ostschweiz FHO	Rolf Degen	Fachhochschulrat	-	-	-	-	-
Genossenschaft Olma Messen St. Gallen	Marianne Koller-Bohl	Beirätin	-	-	266	266	-
Genossenschaft Swisslos Interkantonale Landeslotterie	Paul Signer	Mitglied Genossenschafterversammlung	2 500	-	-	-	2 500
Int. Bodenseekonferenz, Regierungschefkonferenz	Marianne Koller-Bohl	Vertreterin von Appenzel Ausserrhoden	-	-	-	-	-
Johannes und Hanna Baumann-Stiftung	Jürg Wernli	Stiftungsrat	-	750	500	750	500
Konferenz der Kantonsregierungen	Jürg Wernli	Mitglied der Plenarversammlung	-	-	-	-	-
Lungenliga Appenzel Ausserrhoden	Matthias Weishaupt	Stiftungsrat	-	-	-	-	-
Metrohm Stiftung	Marianne Koller-Bohl	Stiftungsrätin	10 000	-	3 000	3 000	10 000
Mitgliedengemeinschaft Gutenbergl	Köbi Frei	Mitglied des Ausschusses	-	1 000	-	1 000	-
Ostschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht	Jürg Wernli	Mitglied der Verwaltungskommission	-	-	-	-	-
Pensionskasse AR	Köbi Frei	Präsident Verwaltungskommission	-	6 400	-	6 400	-
Pensionskasse AR	Jakob Brunnenschweiler	Mitglied Verwaltungskommission	-	3 656	-	3 656	-
Rehabilitationszentrum Lutzenberg	Matthias Weishaupt	Vizepräsident Aufsichtskommission	-	-	-	-	-
Rehabilitationszentrum Lutzenberg	Matthias Weishaupt	Vizepräsident Betriebskommission	-	-	-	-	-
Schweizer Salinen AG	Köbi Frei	Vizepräsident Verwaltungsrat	6 000	10 500	2 262	12 762	6 000
Selfin Invest AG	Köbi Frei	Vizepräsident Verwaltungsrat	1 000	937	-	937	1 000
Spitalverbund Appenzel Ausserrhoden	Köbi Frei	Verwaltungsrat	14 000	14 062	-	14 062	14 000
St.Gallisch-Appenzellische Kraftwerke AG	Jakob Brunnenschweiler	Vizepräsident Verwaltungsrat	17 000	14 062	555	14 617	17 000
St.Gallisch-Appenzellische Kraftwerke AG	Köbi Frei	Verwaltungsrat	11 000	8 437	594	9 031	11 000
Steinegg Stiftung	Jakob Brunnenschweiler	Stiftungsrat	2 000	3 625	2 000	5 625	2 000
Stiftung für appenzellische Volkskunde	Rolf Degen	Stiftungsrat	-	-	-	-	-
Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit	Rolf Degen	Stiftungsrat und Mitglied leit. Ausschuss	-	-	-	-	-
Stiftung Ostschweizer Kinderspital	Matthias Weishaupt	Stiftungsrat	-	-	-	-	-
Walter-Edison-Kruesi-Stiftung	Marianne Koller-Bohl	Präsidentin Stiftungsrat	-	-	-	-	-
Walter-Edison-Kruesi-Stiftung	Jürg Wernli	Stiftungsrat	-	-	-	-	-
Walter-Edison-Kruesi-Stiftung	Köbi Frei	Stiftungsrat	-	-	-	-	-
Total			148 000	95 023	12 301	106 824	146 500

Kantonskanzlei

Passbüro

Ausweisstatistik

	2011	2012	2013	2014
Pass Kinder	677	722	569	543
Pass Erwachsene	1 632	1 886	2 818	3 230
ID Kinder	2 062	2 002	1 674	1 531
ID Erwachsene	3 507	3 590	4 112	4 449

Rechtsdienst

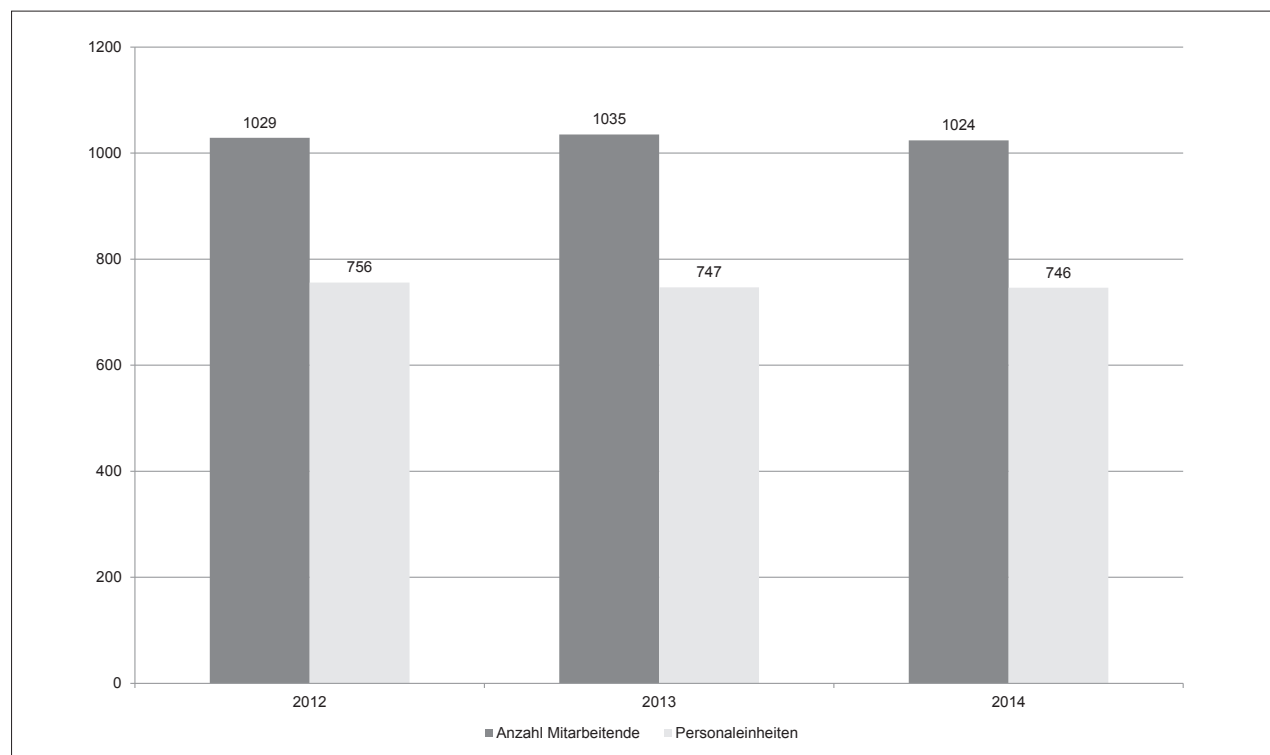
Übersicht Rekurse

	Regierungsrat	Departemente	Gesamt
Pendenzen vom Vorjahr	13	5	18
Eingänge	13	14	27
Erledigungen	22	16	38
Pendent Ende Jahr	4	3	7

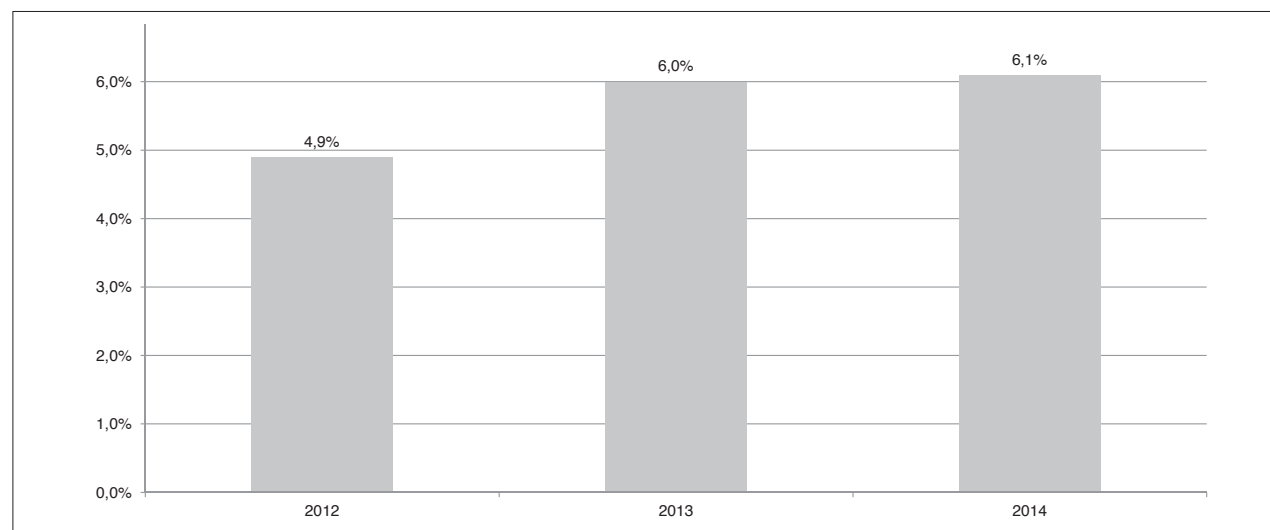
Departement Finanzen

Personalamt

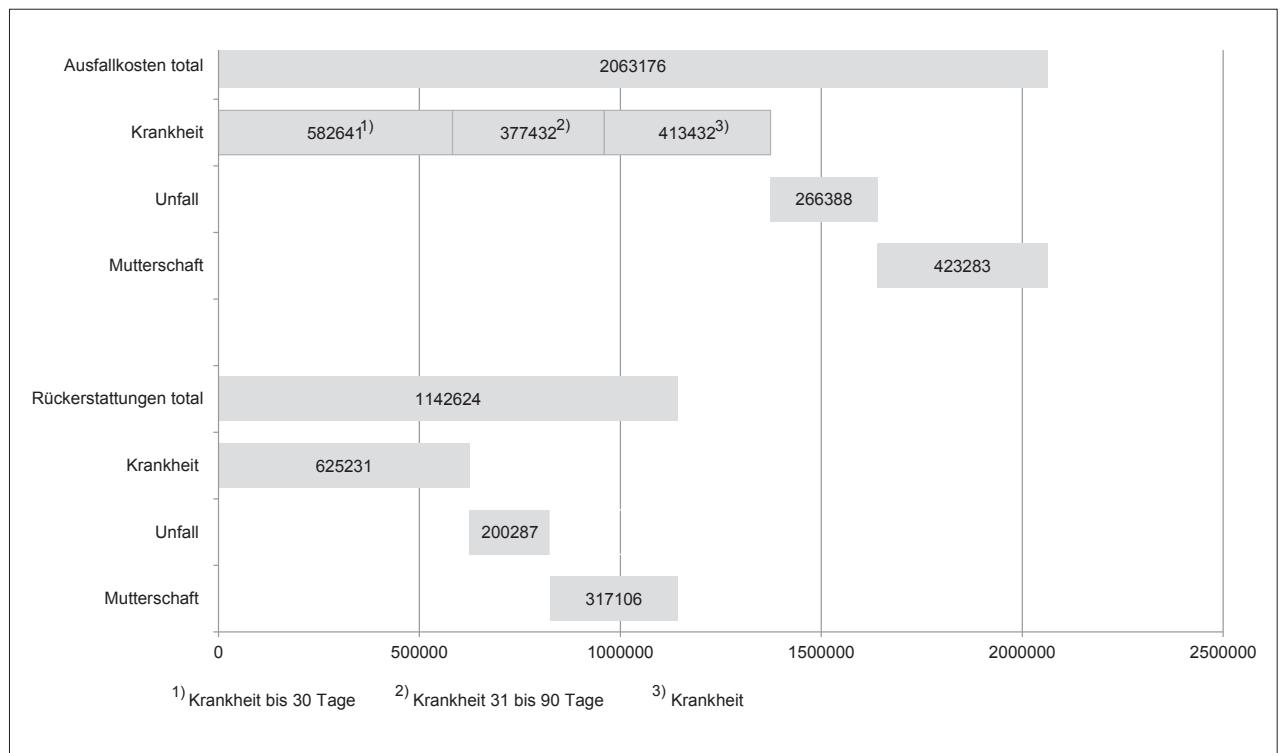
Anzahl Mitarbeitende und Personaleinheiten kantonale Verwaltung



Fluktuation in %



Ausfallkosten und Rückerstattungen bei Krankheit, Unfall und Mutterschaft (in Fr.)



Steuerverwaltung

Übersicht Steuerertrag (in Mio. Fr.)

	Budget 2014	Rechnung 2014	Abweichung Rechnung- Budget	Rechnung 2013	Veränderung Rechnung 2014 : 2013
Total direkte Steuern	138,9	139,0	+ 0,1 %	126,6	+ 9,8 %
Total Spezialsteuern	6,5	7,0	+ 7,7 %	6,8	+ 2,9 %
Total Bundessteuern	16,2	18,5	+ 14,2 %	15,2	+ 21,7 %
Gesamttotal	161,6	164,5	+ 1,8 %	148,6	+ 10,7 %

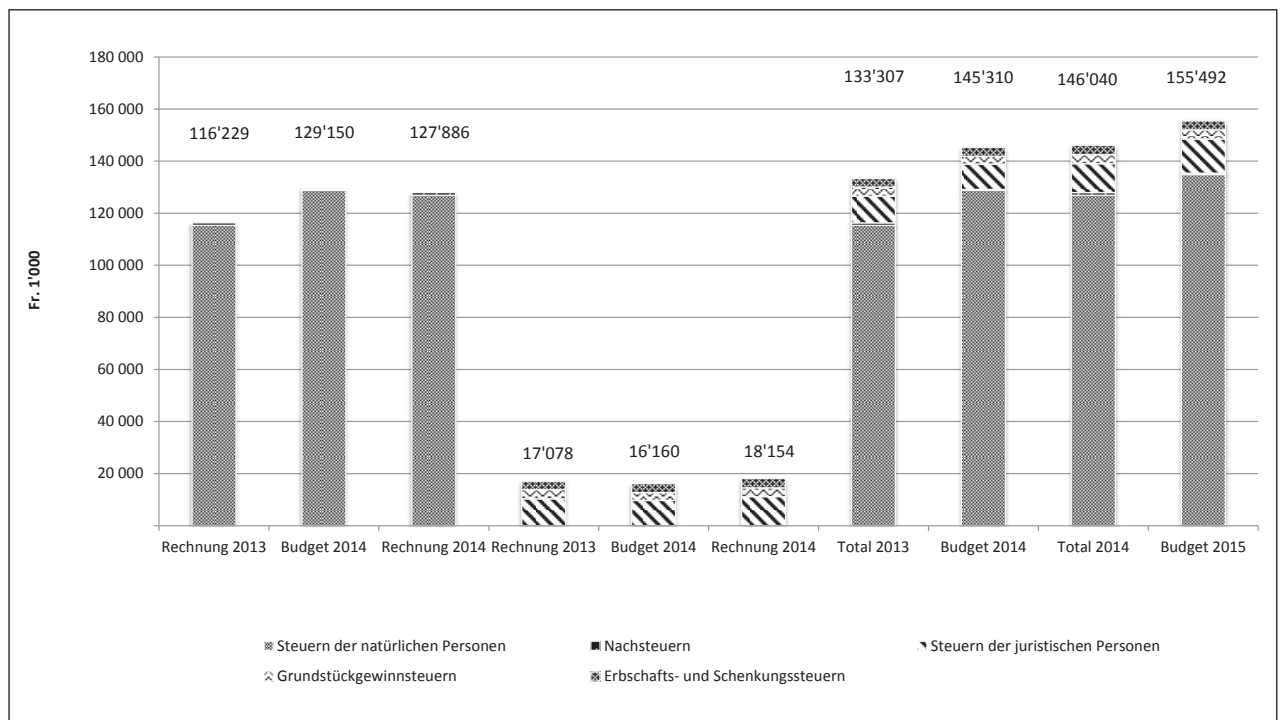
Einkommens- und Vermögenssteuern; Gewinn und Kapitalsteuern (in Mio. Fr.); Steuerfuss 3,0 Einheiten

	Budget 2014	Rechnung 2014	Abweichung Rechnung- Budget	Rechnung 2013	Veränderung Rechnung 2014 : 2013
natürliche Personen	129,2	127,9	- 1,0 %	116,3	+ 10,0 %
juristische Personen	9,7	11,1	+ 14,4 %	10,3	+ 7,8 %
Total direkte Steuern	138,9	139,0	+ 0,1 %	126,6	+ 9,8 %

Grundstückgewinnsteuern; Erbschafts- und Schenkungssteuern (in Mio. Fr.)

	Budget 2014	Rechnung 2014	Abweichung Rechnung- Budget	Rechnung 2013	Veränderung Rechnung 2014 : 2013
Grundstückgewinnsteuern	3,0	3,4	+ 13,3 %	3,5	- 2,9 %
Erbschafts- und Schenkungssteuern	3,5	3,6	+ 2,9 %	3,3	+ 9,1 %
Total Spezialsteuern	6,5	7,0	+ 7,7 %	6,8	+ 2,9 %

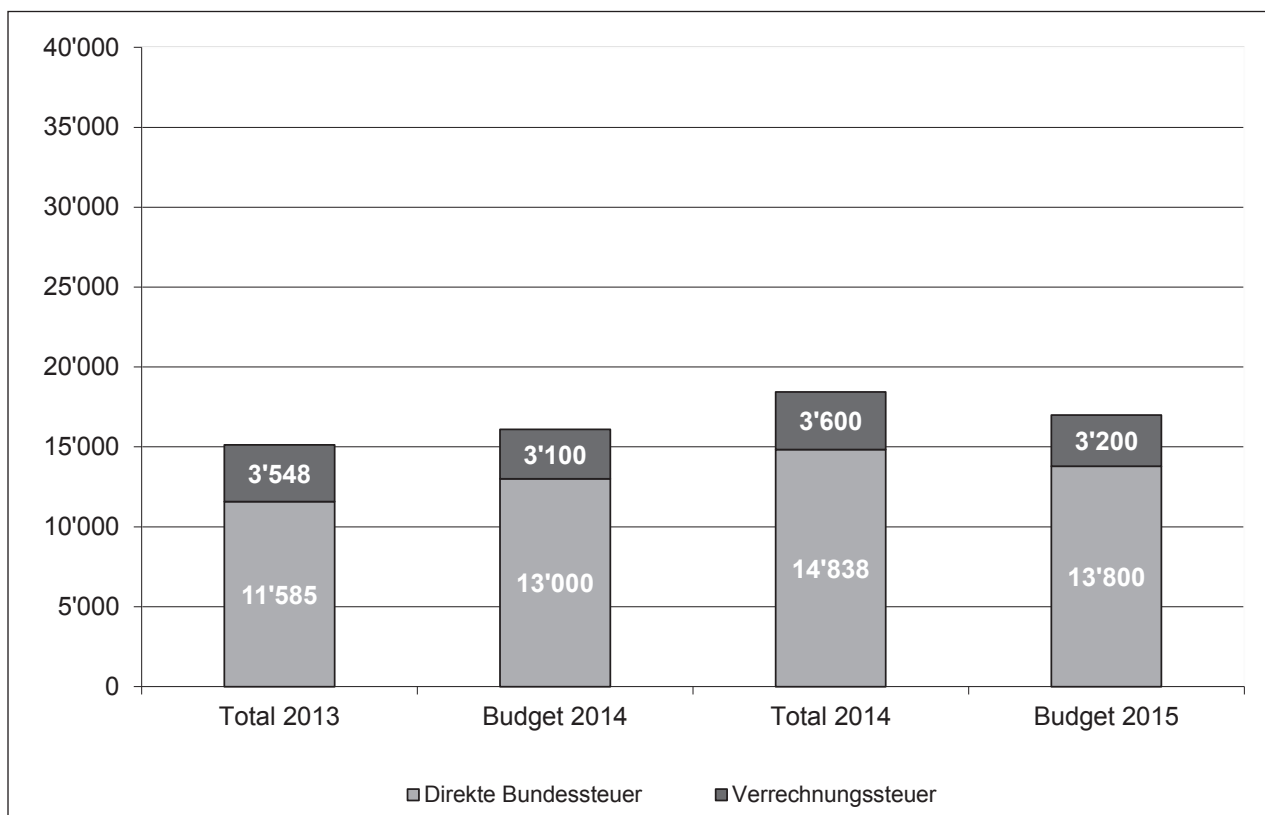
Staatssteuererträge im Vorjahresvergleich



Direkte Bundessteuern und Verrechnungssteuern (in Mio. Fr.)

	Budget 2014	Rechnung 2014	Abweichung Rechnung-Budget	Rechnung 2013	Veränderung Rechnung 2014 : 2013
Direkte Bundessteuern	13,0	14,8	+ 13,8 %	11,6	+ 27,6 %
Verrechnungssteuern	3,1	3,6	+ 16,1 %	3,5	+ 2,9 %
Anteil EU-Zinsbesteuerung	0,1	0,1	+ 0,0 %	0,1	+ 0,0 %
Total Bundessteuer	16,2	18,5	+ 14,2 %	15,2	+ 21,7 %

Erträge aus Bundesabgaben im Vorjahresvergleich

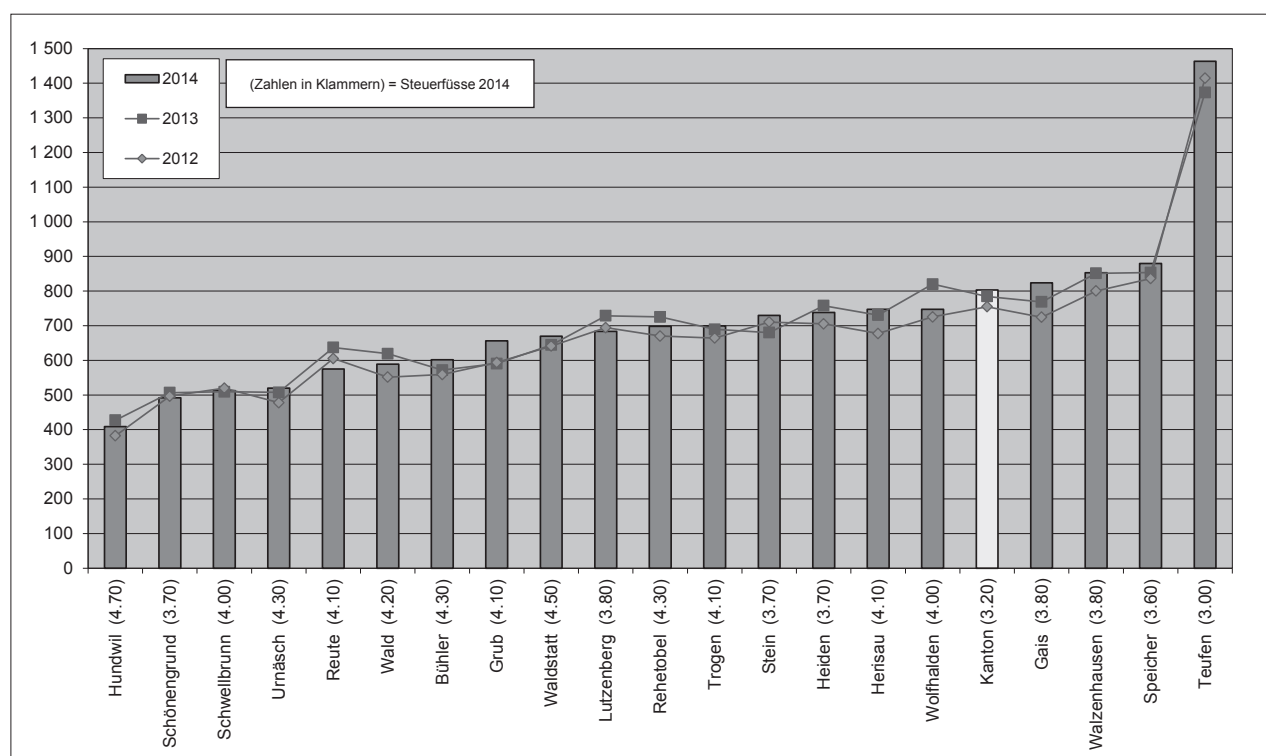


Steuerkraft der Gemeinden

	Steuersoll 3 (in Fr.)	Steuersoll 3 pro Einheit (in Fr.)	Einwohner 31.12.2014	Steuersoll 3 pro Einheit und Einwohner (in Fr.)	Steuersoll 3 pro Einheit und Einwohner (in %)	Rang
Total	139 544 805	43 607 752	54 302	803,06	100,0 %	
Teufen	28 687 460	8 964 831	6 127	1 463,20	182,2 %	1
Speicher	11 813 168	3 691 615	4 198	879,40	109,5 %	2
Walzenhausen	5 630 526	1 759 539	2 063	852,90	106,2 %	3
Gais	8 146 022	2 545 632	3 089	824,10	102,6 %	4
Wolfhalden	4 183 372	1 307 304	1 749	747,50	93,1 %	5
Herisau	37 305 005	11 657 814	15 603	747,20	93,0 %	6
Heiden	9 710 828	3 034 634	4 110	738,40	91,9 %	7
Stein	3 239 742	1 012 419	1 387	729,90	90,9 %	8
Trogen	3 814 227	1 191 946	1 704	699,50	87,1 %	9
Rehetobel	3 868 596	1 208 936	1 732	698,00	86,9 %	10
Lutzenberg	2 753 166	860 364	1 259	683,40	85,1 %	11
Waldstatt	3 832 749	1 197 734	1 789	669,50	83,4 %	12
Grub	2 134 672	667 085	1 016	656,60	81,8 %	13
Bühler	3 301 615	1 031 755	1 715	601,60	74,9 %	14
Wald	1 620 900	506 531	860	589,00	73,3 %	15
Reute	1 254 932	392 166	682	575,00	71,6 %	16
Urnäsch	3 723 618	1 163 631	2 239	519,70	64,7 %	17
Schwellbrunn	2 426 706	758 346	1 480	512,40	63,8 %	18
Schönengrund	801 568	250 490	509	492,10	61,3 %	19
Hundwil	1 295 935	404 980	991	408,70	50,9 %	20

Steuerkraft der Gemeinden

gemessen am Steuersoll 3 pro Einheit der Jahresrechnung 2014 der natürlichen und juristischen Personen



Lotteriefonds 2014: Verteilung der Mittel für gemeinnützige Zwecke (in Fr.)

Bereich und Begünstigte	Unterstützte Projekte	Beitrag
Kultur		22 000
Syntharp Instruments AG, Lustmühle	Sonderausstellung im Technorama, Winterthur	20 000
SRG Ostschweiz, St. Gallen	Radio- und Fernsehpreis der Ostschweiz 2014	1 000
Liberty Brass Band Junior, Waldkirch	Europameistertitel 1. Europ. Jugend Brass Band Wettbewerb in Perth, Schottland	1 000
Denkmalpflege		12 000
AG 2, Gais	Restaurierung historischer Personenwagen A 101 der ehemaligen SGA	12 000
Sozialwesen		231 894
EDA, Konsularische Direktion KD, Bern	Unterstützung schweiz. Hilfsgesellschaften im Ausland	1 000
Pro Senectute Appenzell Ausserrhoden, Herisau	Weihnachtsaktion f. bedürftige KantonseinwohnerInnen / Steuerklärungsdienst	54 000
Pro Juventute Appenzell Ausserrhoden, Herisau	Weihnachtsaktion f. bedürftige KantonseinwohnerInnen	30 000
Schweiz. Stiftung des internat. Sozialdienstes, Zürich	Beitrag für 2013 erbrachte Dienstleistungen	4 394
Schloss Herdern, Herdern	Beitrag für 2015	1 000
insieme Ostschweiz, St. Gallen	Ferienkurse 2014	10 000
Pro Infirmis St. Gallen-Appenzell, St. Gallen	Sozialberatung und Bildungsclub	12 000
Procap St. Gallen-Appenzell, St. Gallen	Beitrag 2014	3 500
Caritas St. Gallen, St. Gallen	KulturLegi St. Gallen-Appenzell	24 000
Blaues Kreuz St. Gallen-Appenzell, St. Gallen	Ersatz-Neubau Wohnheim Felsengrund Stein SG	50 000
Benevol, St. Gallen	Beitrag 2014	20 000
Stiftung Selbsthilfe Schweiz, Basel	Nationales Forschungsprojekt über die gemeinschaftliche Selbsthilfe	5 000
pro mente sana, Zürich	Beitrag 2014	2 000
mission 21, Basel	Nothilfe in Nigeria (Boko Haram)	10 000
fsk - swiss kurdisch alliance, Stein	Flüchtlingshilfe Kurdistan Irak	5 000
Jugend und Erziehung		45 450
Interessengruppe Spielplatz Stein, Stein	Sponsoring Spielplatzgeräte	10 000
Verein Kinderhort Pinocchio, Speicher	Neuer Standort für Kinderhort Pinocchio	25 000
Schweiz. Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände, Bern	Eidg. Jugendsession 2013	300
Schweiz. Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände, Bern	Eidg. Jugendsession 2014	150
AnneVossFilm, Zürich	STARTKLAR - Jugend & Arbeit - Berufsbildung/Betriebliche Gesundheitsförderung	5 000
Schweiz. Stiftung des internat. Sozialdienstes, Zürich	Safe Parks für syrische Flüchtlingskinder im Libanon	5 000
Gesundheit		28 200
Samariterverband beider Appenzell, Urnäsch	Beitrag 2014	1 200
Schweiz. Toxikologisches Informationszentrum, Zürich	Modernisierung der Infrastruktur / Projekt zum 50-Jahr-Jubiläum	1 000
Stiftung ART-Therapie, Genf	Therapieprogramme im Ostschweizer Kinderspital St. Gallen	6 000
Schweizerisches Rotes Kreuz, Bern	Kampf gegen Ebola	10 000
Médecins sans Frontières, Zürich	Nothilfe für die syrische Bevölkerung	10 000

Bildung und Forschung		90 000
Verein tunOstschweiz.ch, St. Gallen	tunOstschweiz.ch / Erlebnislabor, Erlebniswerkstatt	10 000
Appenzeller Holzfachschule, Teufen	Erweiterung der Appenzeller Holzfachschule in Teufen	80 000
Umwelt und Entwicklungshilfe		120 000
Hilfswerk Bolivien, Gais	Frauenförderungsprogramm und Volksspital	4 000
Solidarität Dritte Welt, Gossau	Ländliches Entwicklungsprogramm in Äthiopien	4 000
Stiftung Fairmed, Bern	Schulbildung für alle, Kathipudi, Indien	6 000
womens hope international, Bern	Reproduktive Basisgesundheit und Fistelbehandlung, Bangladesch	6 000
Das Hunger Projekt Schweiz, Turgi	Gesundheits- und Ernährungsprogramm in Burkina Faso	6 000
Rotary Club Appenzell, Teufen	NOMA - 40 Kindern wieder ein Gesicht geben	6 000
Stiftung Usthi, Zürich	Indien: Armutsbekämpfung durch Bildung/Integration von Kindern/Jugendlichen	7 000
Swisscontact, Zürich	Bangladesch: Recycling schafft neue Arbeitsplätze und Einkommen	5 000
Biovision - Stiftung f. ökologische Entwicklung, Zürich	Äthiopien: Bienenprodukte aus Tolay	7 000
EcoSolidar, Basel	Kambodscha: Ausbildung von Kindern in Not	7 000
Freunde Kenias und seiner Menschen, Kloten	Kimathi Community Agribusiness Livelihood Enhancement Project	20 000
Hand in Hand-Afrika, Herisau	Little Faiths in Saxonsea Atlantis, Südafrika	5 000
Verein Liweitari, Rothenhausen	Berufsbildungszentrum CFL in Benin, Westafrika	7 000
Schweizer Allianz Mission, Winterthur	Landwirtschaftsprojekt AGRO - MPA, Kissidougou, Guinea	10 000
Glückskette, Genf	Überschwemmungen Balkan	20 000
Sport		13 000
Tour de Suisse, Heiden	Tour de Suisse vom 16./17. Juni 2014 in Heiden	10 000
Ostschweiz. Handmähverein, Schwellbrunn	Handmähmeisterschaften 2014	1 000
Baumann Alex, Stein	Gewinn Olympia-Silbermedaille 2-Bob, Sotschi	1 000
Hefti Beat, Goldau	Gewinn Olympia-Silbermedaille 2-Bob, Sotschi	1 000
übrige Projekte		38 000
Heimverein Pfadiheim Gstaldbach, Heiden	Umbau Pfadiheim für Übernachtungen	2 000
Appenz. Gemeinnützige Gesellschaft, Appenzell Steinegg	Druckkostenbeitrag für Appenz. Jahrbuch 2013	3 000
Projektgruppe Erneuerung Alpkataster, Herisau	Erneuerung Alpkataster	30 000
EVP AR, Herisau	Delegiertenversammlung der EVP Schweiz in Herisau	1 000
Streule Jacqueline, Heiden	Internationaler Frauentag 2015	1 000
Amt f. Militär u. Bevölkerungsschutz, Herisau	Inspektionsspiel Herisau	1 000
Total		600 544

Departement Bildung

Volksschule; Anzahl Lernende der Gemeinden

	2010	2011	2012	2013	2014
Kindergarten	918	909	955	983	990
Primarschule	3 510	3 322	3 127	2 999	2 960
Sekundarschule	1 860	1 853	1 802	1 707	1 644
Total	6 288	6 084	5 884	5 689	5 594

Berufsbildung: Lehrvertragswesen; Anzahl Lehrverträge per 31.12.

	2010	2011	2012	2013	2014
Gesamtbestand	1 392	1 394	1 390	1 423	1 420
neu abgeschlossene	563	544	553	566	550
aufgelöste	112	121	106	103	121

Berufsbildung: Lehrabschlussprüfungen; Anzahl der geprüften Kandidaten/Kandidatinnen

	2010	2011	2012	2013	2014
aus Ausserrhoden	457	458	470	468	455
aus Innerrhoden	59	82	68	84	76
aus St.Gallen	50	44	58	51	43
Total geprüfte	566	584	596	603	574
davon bestanden	538	560	571	585	554
davon nicht bestanden	28	24	25	18	20

BIZ Besuche (Berufsinformationszentrum)

	2010	2011	2012	2013	2014
Besucher/innen	750	954	620	257	270
Anzahl Schulklassen im BIZ	40	40	29	2	4

Berufs- und Laufbahnberatung; Anzahl Ratsuchende

	2012			2013			2014		
	♂	♀.	total	♂	♀.	total	♂	♀.	total
< 16 Jahre	244	122	213	91	105	196	105	118	223
16 – 24 Jahre	293	195	302	138	181	319	143	209	352
25 und mehr Jahre	202	136	206	85	120	205	73	144	217
Anzahl Ratsuchende	739	453	721	314	406	720	321	471	792
Anzahl Beratungssitzungen	1 119	686	1 093	488	608	1 096	460	658	1 118
Testdurchführungen	420	264	403	165	222	387	158	245	403

Berufsbildungszentrum Herisau; Anzahl Lernende in den angebotenen Berufsausbildungen

	2010/11	2011/12	2012/13	2013/14	2014/15
Attest Gesundheit und Soziales	-	-	14	20	24
Detailhandelsassistent/in	21	30	25	19	20
Detailhandelsfachmann/-frau	95	90	81	90	91
Elektroinstallateur/in	80	89	80	75	81
Fachfrau/-mann Gesundheit	94	83	105	114	118
Forstwart/in	48	51	48	45	53
Hauswirtschaftsjahr	12	13	10	-	-
Holzbearbeiter/in	-	-	-	11	7
Kaufmann/Kauffrau Profil B	22	31	26	34	31
Kaufmann/Kauffrau Profil E	117	116	124	113	105
Kaufmann/Kauffrau Profil M	92	85	85	93	96
Landwirte	32	41	31	38	24
Polymechaniker/in	90	92	85	73	72
Schreiner/in	94	92	104	106	115
Schreinerpraktiker/in	9	14	10	10	9
Zimmermann/Zimmerin	122	125	142	129	127
Brücke AR	62	81	75	76	78
Total	990	1 033	1 045	1 046	1 051

Kantonsschule Trogen; Anzahl Lernende in den angebotenen Ausbildungen

	2010/11	2011/12	2012/13	2013/14	2014/15
Sekundarschule	172	181	160	155	143
10. Schuljahr	17	12	19	12	-
Berufsfachschule Wirtschaft	62	56	43	37	40
Fachmittelschule	64	64	83	87	106
Gymnasium	426	368	388	389	370
Total	741	681	693	680	659

Ausbildungs- und Studiendarlehen; Bruttoaufwand

	2010	2011	2012	2013	2014
Auszahlungen	145 450	111 500	53 250	113 000	128 000
Rückzahlung von Darlehen	209 990	108 924	152 080	208 911	106 712
ausstehende Darlehen (31.12.)	556 581	721 283	622 453	526 541	547 829

Stipendien; Bruttoaufwand

	2010	2011	2012	2013	2014
Sekundarstufe II	483 700	491 500	639 200	529 200	428 200
Tertiärstufe	903 500	887 200	1 077 950	1 131 200	1 083 700
Total	1 387 200	1 378 700	1 717 150	1 660 400	1 511 900

Schuldgelder für ausserkantonale Schulen Sekundarstufe II; Bruttoaufwand

	2010	2011	2012	2013	2014
ausserkantonale Berufsschulen	6 863 417	6 967 831	7 017 224	7 474 168	7 270 452
übrige ausserkantonale Schulen Sekundarstufe II	2 638 222	2 604 024	2 836 048	2 784 745	2 719 518
Total	9 501 639	9 571 855	9 853 272	10 258 913	9 989 970

Schuldgelder und Trägerbeiträge Tertiärstufe; Bruttoaufwand

	2010	2011	2012	2013	2014
Universitäten	5 908 410	6 247 235	6 454 630	6 528 620	6 860 390
Fachhochschulen	8 211 667	8 724 545	10 001 542	8 783 652	9 756 763
übrige Schulen Tertiärstufe (insbesondere Fachschulen)	2 241 009	2 263 895	2 322 655	2 125 458	2 422 752
Total	16 361 086	17 235 675	18 778 827	17 437 730	19 039 905

Departement Gesundheit

Kantonsärztlicher Dienst

Stationäre Versorgung (Somatik, Rehabilitation): Kostengutsprache gesuche

	2010	2011	2012 ¹⁾	2013	2014 ²⁾
bewilligte Gesuche ohne Tarifeinschränkung	2 105	2 109	1 813	1 882	2 022
bewilligte Gesuche mit Einschränkung der Kostenbeteiligung auf Referenztarif Kanton	-	-	518	407	382
abgelehnte Gesuche/nicht Eintreten	631	490	216	83	90
Total Gesuche	2 736	2 599	2 547	2 372	2 494

¹⁾ Einführung DRG/Fallpauschalen

²⁾ Zum Zeitpunkt der Auswertung sind noch nicht alle Kostengutsprache gesuche eingetroffen (Stand: 27.1.2015)

Total Hospitalisationen (Somatik, Rehabilitation, Psychiatrie), inkl. UV-, MV- und IV-Fälle

	2010	2011	2012 ³⁾	2013	2014 ⁴⁾
ausserkantonale Behandlung	3 226	3 279	3 134	3 382	k.a.
Behandlung im Kanton	5 424	5 478	5 679	5 613	k.a.
Anzahl Hospitalisationen	8 650	8 757	8 813	8 995	k.a.

Quelle: Medizinische Statistiken der Krankenhäuser 2010, 2011, 2012, 2013; Bundesamt für Statistik (BfS)

³⁾ Seit 2012 werden die zivilrechtlichen Wohnsitze sämtlicher Patientinnen und Patienten geprüft.

⁴⁾ Daten der medizinischen Statistik 2014 werden zu einem späteren Zeitpunkt durch das BfS bereitgestellt.

Eidgenössische und kantonale Berufsausübungsbewilligungen

	2012	2013	2014
Bewilligungen nach Bundesrecht	399	454	533
Bewilligungen nach kantonalem Recht	466	510	561
Total	865	964	1 094

Bewilligungen nach Bundesrecht

	2012	2013	2014
Arzt/Ärztin mit Praxisbewilligung	267	271	327
Zahnarzt/-ärztin	87	83	87
Apotheker/-innen	14	12	13
Chiropraktoren/Chiropraktorinnen	1	1	1
Psychologen/-innen	-	51	61
Tierarzt/-ärztin	30	36	44
Total	399	454	533

Bewilligungen nach kantonalem Recht

	2012	2013	2014
Heilpraktiker/-innen	237	243	248
Physiotherapeuten/-innen und Osteopathen/-innen	65	65	80
Hebammen	33	36	39
Psychologen/-innen	32	-	-
medizinische Masseur/-innen	35	40	41
dipl. Pflegefachpersonen (ausserhalb von Spitälern/Kliniken)	23	24	26
Drogisten/Drogistinnen	12	13	15
Meldungen von ärztlichen Gesundheitsfachpersonen in Ausbildung (Praktika; Assistenz-Aerztinnen/Aerzte)	-	61	81
übrige Gesundheitsfachpersonen	29	28	31
Total	466	510	561

Anmerkung: Eine Gesundheitsfachperson kann mehrere Bewilligungen besitzen (d.h. die Zahl der Gesundheitsfachpersonen liegt unter dem Total der Anzahl der Bewilligungen). Auch angestellte Gesundheitsfachpersonen verfügen über eine Berufsausübungsbewilligung (d.h. die Zahl der Bewilligungen entspricht nicht der Zahl der Betriebe).

Institutionenbewilligungen

	2012	2013	2014
Spitäler, Privatspitäler, Kliniken	7	7	7
Behinderten- und Rehabilitationseinrichtungen sowie Alters- und Pflegeheime	65	54	54
übrige Institutionen	95	95	105
Total	167	156	166

Institutionenbewilligungen: Anbieter von Gesundheitsdienstleistungen in der Rechtsform GmbH, AG, Genossenschaft, Stiftung oder Verein müssen über eine Institutionenbewilligung verfügen.

Inspektionen durch die Fachstelle Gesundheitsfachpersonen und Heilmittelkontrolle

	2010	2011	2012	2013	2014
bei Heilpraktiker/-innen	47	36	28	27	20
bei Zahnarzt/-ärztinnen	4	9	13	9	8
in ärztlichen Praxen	11	8	4	12	10
bei Apotheken und Drogerien	12	15	10	4	5
weitere Praxen	8	12	24	16	9
andere Inspektionen ¹⁾	12	21	6	8	25
Total	94	101	85	76	77

¹⁾ Abklärungen/Inspektionen im Rahmen der Heilmittel-, Betäubungsmittel- oder Medizinalproduktegesetzgebung.

Lebensmittelkontrolle; Inspektionen und Probenahmen

	2012	2013	2014
Durchgeführte Inspektionen	316	357	350
Inspektionen mit Beanstandungen (Verfügungen)	13	17	21
Beanstandungsquote	4 %	5 %	6 %
Erhobene Proben	398	304	423
Beanstandete Proben	69	50	75
Beanstandungsquote	17 %	16 %	18 %

Beratungsstelle für Suchtfragen

Beratungen

	2010	2011	2012	2013	2014
ausführliche Beratungen	168	160	175	161	135
Kurzberatung (bis 3 Gespräche)	104	105	98	97	77
Total	272	265	273	258	212

Ausführliche Beratungen; Klientinnen und Klienten (mehr als 3 Gespräche)

	2010	2011	2012	2013	2014
Männer	106	101	110	102	91
Frauen	50	39	50	45	40
Paare	12	20	15	14	4
Total	168	160	175	161	135

Ausführliche Beratungen; Suchtmittel (mehr als 3 Gespräche)

	2010	2011	2012	2013	2014
Alkohol	86	79	85	82	76
Cannabis	33	33	30	28	19
Drogen (exkl. Cannabis)	32	33	46	40	24
Rauchstopp	4	4	-	1	1
diverse	13	11	14	10	16
Total	168	160	175	161	136

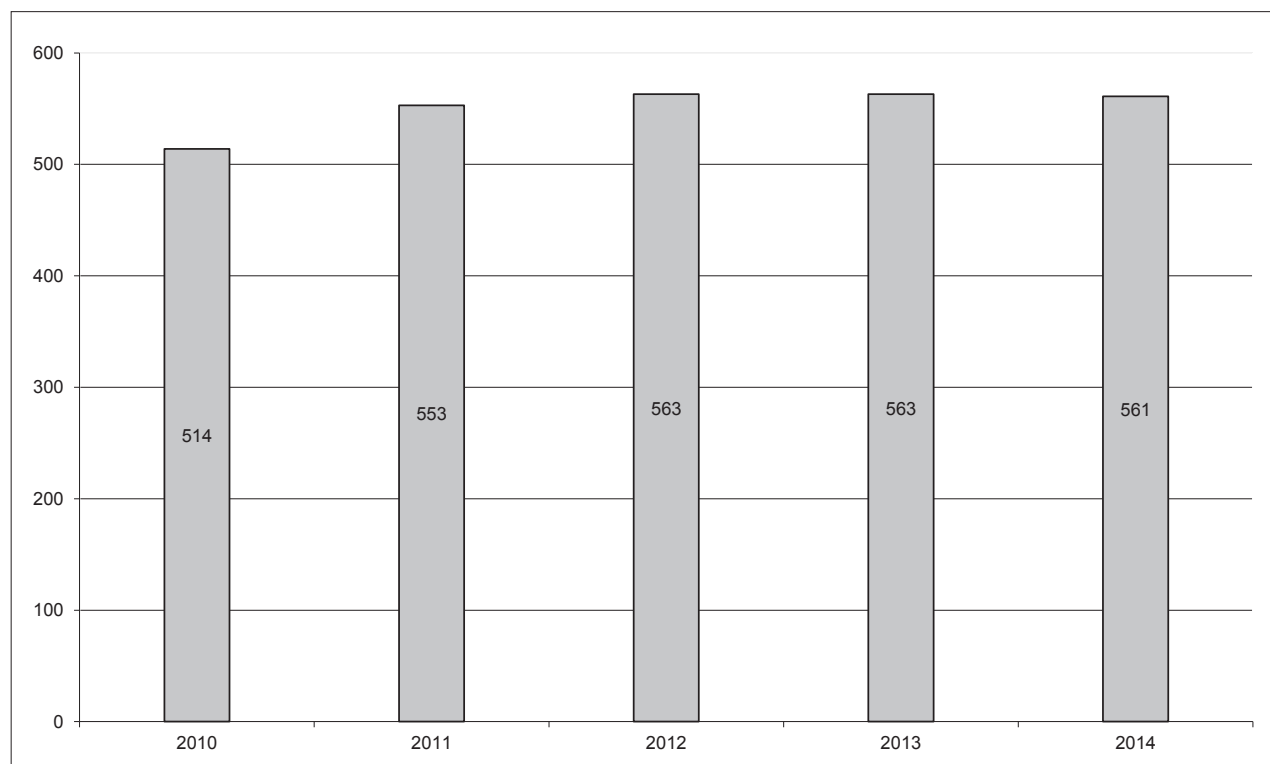
Departement Bau und Umwelt

Departementssekretariat: Behandlung von Rekursen und Einsprachen

	2010	2011	2012	2013	2014
Pendenzen vom Vorjahr	46	34	37	28	50
Eingänge	79	76	53	82	132
Erledigungen	91	73	62	60	115
Pendent Ende Jahr	34	37	28	50	67

Planungsamt

Anzahl bearbeitete Baugesuche (ausserhalb Bauzonen und in nationalen Ortsbildschutzzonen)



Planungsamt: Übersicht über den Stand der Erschliessung gem. Art. 21 RPV (alle Bauzonen) per 31.12.2014 (in Aren)



	nicht erschlossen		teilweise erschlossen		innert 5 Jahren baureif		voll erschlossen und baureif		überbaut bzw. weitgehend überbaut		Gesamtfläche Bauzone
Urnäsch	0	0,0 %	355	5,7 %	0	0,0 %	521	8,4 %	5 349	85,9 %	6 225
Herisau	571	1,5 %	155	0,4 %	976	2,6 %	1 483	3,9 %	34 958	91,7 %	38 141
Schwellbrunn	66	1,7 %	189	4,7 %	175	4,3 %	232	5,8 %	3 357	83,5 %	4 018
Hundwil	126	6,2 %	96	4,7 %	0	0,0 %	63	3,1 %	1 727	85,9 %	2 012
Stein	0	0,0 %	181	6,1 %	12	0,4 %	193	6,4 %	2 606	87,1 %	2 992
Schönengrund	81	5,5 %	5	0,4 %	195	13,3 %	73	5,0 %	1 114	75,9 %	1 467
Waldstatt	67	1,2 %	6	0,1 %	44	0,8 %	270	5,0 %	5 015	92,9 %	5 400
Teufen	167	1,0 %	339	2,0 %	560	3,4 %	1 026	6,2 %	14 535	87,4 %	16 628
Bühler	71	1,3 %	330	6,1 %	111	2,1 %	174	3,2 %	4 723	87,3 %	5 409
Gais	35	0,0 %	34	0,4 %	187	2,2 %	703	8,3 %	7 510	88,7 %	8 469
Speicher	11	0,1 %	0	0,0 %	379	3,2 %	513	4,3 %	10 990	92,4 %	11 893
Trogen	0	0,0 %	63	1,0 %	436	7,1 %	382	6,2 %	5 272	85,7 %	6 152
Rehetobel	30	0,7 %	31	0,7 %	60	1,4 %	299	7,2 %	3 754	90,0 %	4 173
Wald	9	0,4 %	107	5,0 %	143	6,6 %	143	6,6 %	1 750	81,3 %	2 152
Grub	45	1,7 %	15	0,6 %	35	1,3 %	67	2,5 %	2 480	93,9 %	2 641
Heiden	125	1,1 %	197	1,7 %	717	6,2 %	856	7,3 %	9 752	83,7 %	11 647
Wolfthalen	136	2,8 %	86	1,8 %	160	3,3 %	442	9,1 %	4 011	83,0 %	4 834
Lutzenberg	164	3,3 %	65	1,3 %	191	3,8 %	163	3,3 %	4 396	88,3 %	4 979
Walzenhausen	200	2,9 %	397	5,7 %	65	0,9 %	652	9,4 %	5 657	81,2 %	6 970
Reute	47	2,5 %	102	5,3 %	0	0,0 %	127	6,7 %	1 631	85,5 %	1 907
Gesamttotal	1 949	1,3 %	2 750	1,9 %	4 443	3,0 %	8 382	5,7 %	130 584	88,2 %	148 107

Hochbauamt

Offene Investitionskredite (Ende 2014)

Objekt	KV resp. Kredit	Bewilli- gungs- instanz	bew. Kredit	indexierter KV (inkl. Nachträge)	Mutmassliche Abrechnung
Herisau, Umnutzung Zeughaus Projektierungs-, Bau- und Zusatzkredite für Umnutzung, Landerwerb, zusätzl. Parkplätze, Verbreiterung Annex, Beschaffung Netzwerkgeräte, Video- und Konfrontations- einnahme	20'448'000	VR/KR/ RR	X X	20'934'000	20'920'000
Herisau, Kantonale Notrufzentrale KNZ Planung 190'000, Ausführungskredit 2'700'000	2'890'000	RR	X	2'932'795	◇ 2'375'529
Kantonsschule Trogen Planungs- und Baukredite Erneuerung Gebäudeleitsystem	230'000	RR	X	230'000	◇ 220'087
Psychiatrisches Zentrum Appenzell Ausserrhoden PZA Planung Möglichkeiten der Landreserve	160'000	RR	X	160'000	160'000
Arealentwicklung/Unterbringung BUSA	190'000	RR	X	190'000	◇ 193'957
Rahmenkredit Optimierung + Erneuerung	39'500'00	VA	X		
Erschliessungssystem/Parkierung	4'300'000	RR	X	4'634'041	4'556'001
Haus I	9'000'000	RR	X	9'878'147	◇ 9'170'448
Haus III	6'000'000	RR		0	offen
Haus IV	6'100'000	RR	X	6'796'952	◇ 6'464'170
Haus V	1'855'000	RR		0	offen
Haus VI	3'350'000	RR		0	offen
Haus VIII (Freigabe Anteil Küche 1.+2.Etappe)	3'850'000	RR	X	4'673'954	4'673'954
Haus IX	2'450'000	RR	X	3'133'496	2'991'419
Haus XIII	2'000'000	RR	X	2'209'896	◇ 1'893'968
Trogen, Fünfeckpalast Umgebung/Diverses (Anteil 4. Etappe Umgebung)	583'000	KR	X	697'270	600'000
Übernahme Wohninventar / Ablösung Wohnrecht	190'000	RR	X	190'000	◇ 170'000
Trogen, Optimierung und Erneuerung Rathaus Projektierungs- und Ausführungskredite	5'000'000	RR	X	5'037'080	5'018'000
Herisau, Raumbelagung Gutenberg DIK/KESB	490'000	RR	X	490'000	◇ 489'108
Herisau, Werkhof Wilen Unterhalt + Verbesserung mit Einbau zusätzlicher Büros	400'000	RR	X	400'000	◇ 387'654
Stiftung Pro Appenzell Neubau Alpstall Alp Grossbalmen, Hundwil * (Anlagekosten ohne Beiträge Stiftung usw. Fr. 256'827)	400'000	SR	X	400'000	◇ 393'541

Legende zur Tabelle der offenen Investitionskredite

◇ = abgerechnet RR = Regierungsrat VA = Volksabstimmung
 * = kein kantonales Bauvorhaben KR = Kantonsrat SR = Stiftungsrat

Bestand der durch das Hochbauamt verwalteten Liegenschaften

Kantonseigene und Pensionskassen Liegenschaften

		Gebäude, Grund- stücke	Wohnung, Büro, Gewerbe	Mietende	Pacht	Assekuranz Neuwert 31.12.2014
Verwaltungsvermögen	Grundstücke mit Gebäude	75	111	110		115 791 500
	Grundstücke ohne Gebäude	5				
	PZA, Anstalten, Schulen	43				159 924 500
	Baurechtsgrundstücke Spitäler	3				
Finanzvermögen allgemein	Grundstücke mit Gebäude	31	96	85	2	36 707 700
	Grundstücke ohne Gebäude	7			2	
Finanzvermögen vorsorglicher Erwerb	Grundstücke mit Gebäude	15	29	29		11 853 000
	Grundstücke ohne Gebäude	28			1	
	Baurechtsgrundstücke	2				
Pensionskasse von Appenzell Ausserrhoden	Grundstücke mit Gebäude	32	226	226		78 543 700
	Grundstücke ohne Gebäude	3				
Stiftungen	Grundstücke ohne Gebäude	11	9	6	10	4 613 400
Bestand 31.12.2014		255	471	456	15	407 433 800
Bestand 31.12.2013		259	480	464	15	400 255 300

Zugemietete Liegenschaften/Objekte

	Verträge	Objekte*	Nettomieten pro Jahr
Büroräume, Wohnungen	18	76	1 461 617
Archive, Lager	2	28	
Parkplätze	3	24	
Gewerbliche Objekte	7	7	136 635
Parkplätze		10	
Polizeiposten	3	3	48 850
Archive, Lager		3	
Parkplätze	3	5	
Garagen und Einstellplätze	3	70	124 200
Bestand 31.12.2014	39	226	1 771 302
Bestand 31.12.2013	41	226	1 668 489

* vermietbare Einheiten

Parkplatzbewirtschaftung

Insgesamt werden 329 Parkplätze für die kantonale Verwaltung (ausserhalb der Arbeitszeit für die Öffentlichkeit) durch das Hochbauamt bewirtschaftet.

Renditeliegenschaften Finanzvermögen (in Fr.)

	Ort	Buchwert 01.01.2014	Nettomietzins- Solleinnahme pro Jahr	Bruttorendite bezogen auf Buchwert
Dorfstrasse 66 (Grüt 160)	Bühler	861 700	56 012	6,50 %
Dorfplatz 5	Gais	1 976 900	129 823	6,57 %
Hinterbissastr. 68	Heiden	330 500	21 480	6,50 %
Kirchplatz 4	Heiden	3 479 300	226 156	6,50 %
Alpsteinstr. 26B	Herisau	292 300	22 440	7,68 %
Alpsteinstr. 26C	Herisau	314 200	22 320	7,10 %
Alpsteinstr. 30/32	Herisau	413 900	31 200	7,54 %
Cilanderstr.7 (Kauf per 01.12.2014)	Herisau	-	31 626	-
Cilanderstr. 24A	Herisau	323 100	22 080	6,83 %
Degersheimerstr. 3	Herisau	273 200	17 760	6,50 %
Spitalstr. 4/Buchenstr. 10	Herisau	314 800	21 900	6,96 %
Huebstr. 40A	Herisau	448 600	30 120	6,71 %
Huebstr. 40B	Herisau	166 200	10 800	6,50 %
Huebstr. 49	Herisau	330 600	21 852	6,61 %
Industriestr. 1	Herisau	640 600	41 640	6,50 %
Industriestr. 3	Herisau	638 700	49 260	7,71 %
Industriestr. 15	Herisau	451 750	15 240	3,37 %
Krombach 1	Herisau	520 600	35 280	6,78 %
Krombach 2	Herisau	238 200	15 480	6,50 %
Huebstr. 34	Herisau	408 400	31 589	7,73 %
Kreuzstr. 22	Herisau	2 461 500	166 212	6,75 %
Schlossstr. 5	Herisau	661 500	44 940	6,79 %
Schlossstr. 14	Herisau	135 700	8 820	6,50 %
Dorf 4	Hundwil	152 700	9 924	6,50 %
Gmünden (auf GB Nr. 1109)	Niederteufen	489 600	33 500	6,84 %
Gmünden 1191	Niederteufen	406 200	24 944	6,14 %
St.Gallerstr. 11	Rehetobel	908 300	58 368	6,43 %
Zaun 55 (Verkauf per 30.09.2014)	Speicher	2 276 900	115 108	5,06 %
Ebni 4	Teufen	2 018 900	138 132	6,84 %
Mooshaldenstr. 26 (vormals 30)	Waldstatt	118 200	7 680	6,50 %
Herisauerstr. 36/Mooshalden 3 (auf GB Nr. 626)	Waldstatt	10 800	700	6,48 %
Mooshalden 541 (auf GB Nr. 09)	Waldstatt	173 800	9 900	5,70 %
Total		22 237 650	1 472 286	6,62 %

Renditeliegenschaften; Miteigentum

	Buchwert 01.01.2014	Buchwert 01.01.2015
MEG Gutenbergzentrum (2/12 Anteile)	4 707 800	4 707 800
MEG Café Würzer (2/12 Anteile)	1 454 600	1 454 600
MEG Gutenbergstr. 2 (2/12 Anteile)	164 800	164 800
Total	6 327 200	6 327 200

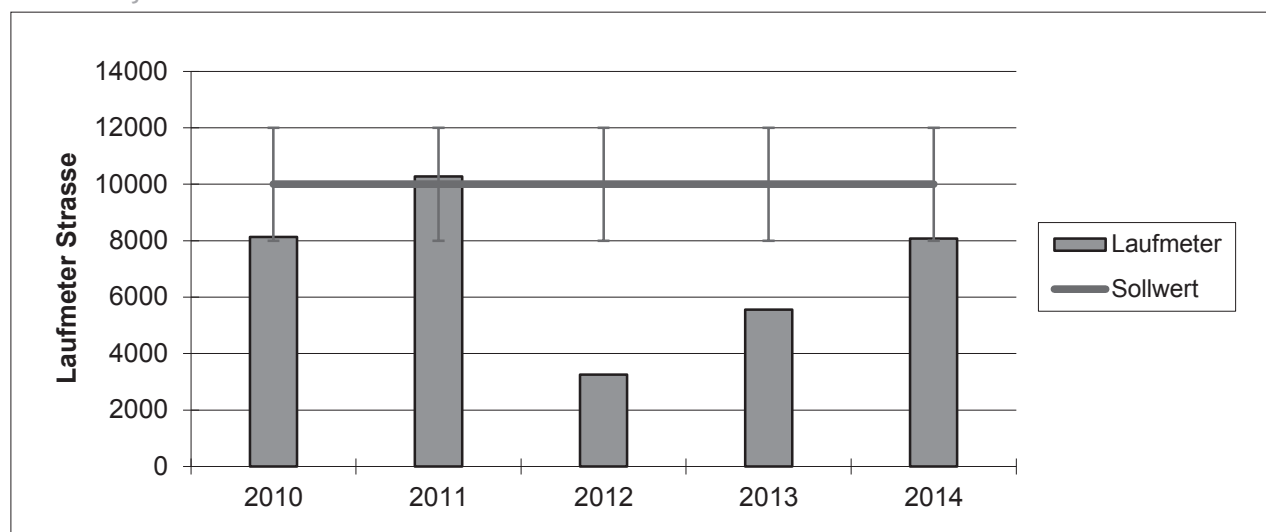
Wohnbaustatistik

	2012	2013	2014
Baubewilligte Wohnungen (ganzes Jahr, kantonsweit)	203	358	291
Im Bau befindliche Wohnungen (Ende Jahr, kantonsweit)	446	440	315
Neu erstellte Wohnungen (ganzes Jahr, kantonsweit)	159	336	393

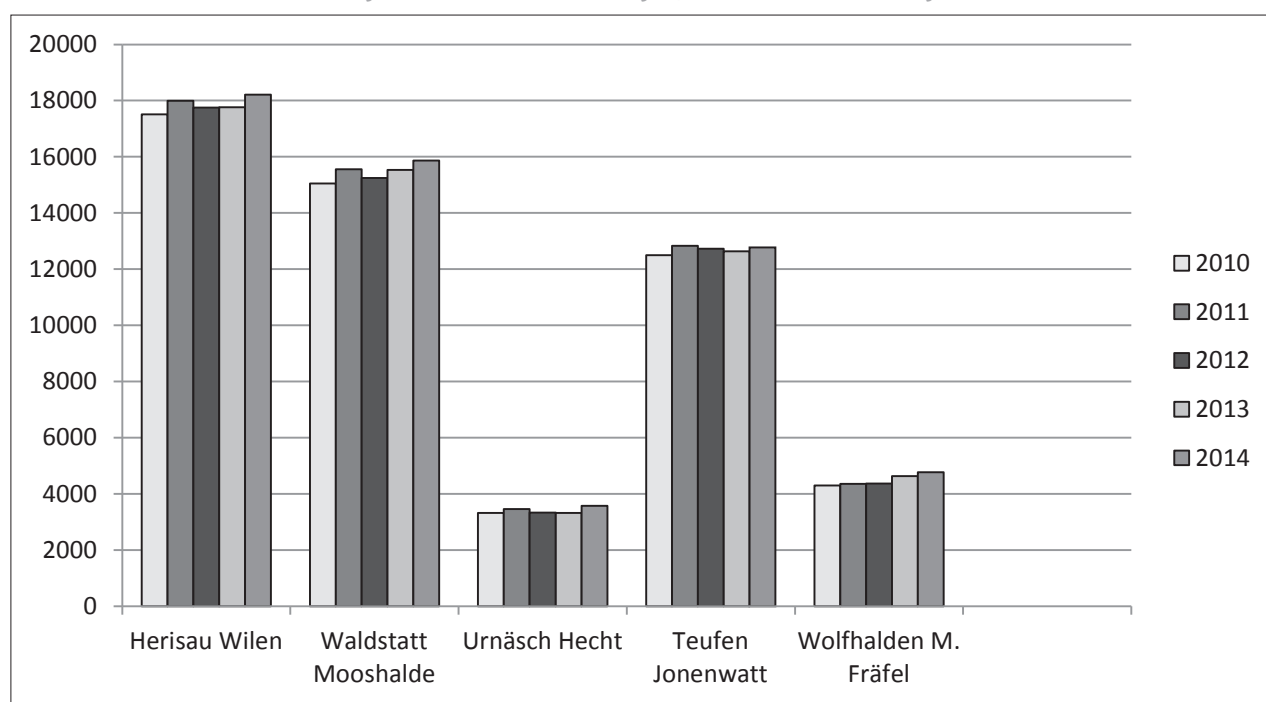
Quelle: Ausserrhoder Gemeinden (Auftrag Regierungsprogramm 2012-2015)

Tiefbauamt

Erneuerungsstatistik



Automatische Verkehrserhebungen der stationären Anlagen; durchschnittlicher täglicher Verkehr (DTV)



Amt für Umwelt

Förderprogramm Energie: ausbezahlte Beiträge (in Fr.)

	2010	2011	2012	2013	2014
Thermische Solaranlagen	164 306	110 373	137 436	106 570	84 244
Photovoltaik-Anlagen	128 340	146 925	851 085	550 043	118 868
Holzfeuerungen	96 000	166 100	59 000	561 100	34 500
Wärmenetzanschlüsse	134 000	100 500	89 400	134 200	95 700
Erdsonden-Wärmepumpe	62 500	76 500	150 000	100 000	64 000
Minergie-Gebäude	113 330	210 510	304 200	172 010	262 870
Gebäudehüllen-Sanierung	344 698	311 464	434 790	397 130	455 850
Diverse Massnahmen	28 600	33 500	25 500	36 520	50 468
Total	1 071 774	1 155 872	2 051 411	2 057 573	1 166 500
Nat. Gebäudesanierungsprogramm	252 940	1093 090	1 642 565	1 564 905	1 220 995

Förderprogramm Energie: geförderte Anlagen/Massnahmen

	2010	2011	2012	2013	2014
Thermische Solaranlagen	81	53	72	54	38
Photovoltaik-Anlagen	16	22	120	100	29
Holzfeuerungen	20	20	25	18	15
Wärmenetzanschlüsse	42	32	39	51	39
Erdsonden-Wärmepumpe	15	15	28	18	12
Minergie-Gebäude	14	25	26	20	28
Gebäudehüllen-Sanierung	39	56	101	62	60
Diverse Massnahmen	17	19	9	6	14
Total	244	242	420	329	235
Nat. Gebäudesanierungsprogramm	70	355	445	395	353

Departement Volks- und Landwirtschaft

Anzahl Beschäftigte (B) und Vollzeitäquivalente (VZA) nach Wirtschaftszweigen und Gemeinden

	1. Sektor		2. Sektor		3. Sektor		Total	
	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012
Herisau								
B	286	270	2 999	2 895	6 018	6 087	9 303	9 252
VZA	209	189	2 763	2 659	4 536	4 430	7 507	7 278
Hundwil								
B	150	141	29	34	251	264	430	439
VZA	103	99	25	30	176	177	303	306
Schönengrund								
B	56	48	21	26	44	59	121	133
VZA	38	36	18	23	33	41	89	100
Schwellbrunn								
B	157	150	65	63	211	219	433	432
VZA	114	112	60	58	145	141	319	310
Stein								
B	85	87	54	64	315	303	454	454
VZA	62	61	48	58	217	197	327	316
Urnäsch								
B	194	194	233	283	567	558	994	1 035
VZA	128	134	203	240	411	378	742	752
Waldstatt								
B	58	56	512	527	254	270	824	853
VZA	40	39	475	489	184	184	698	711
Bühler								
B	50	54	443	385	261	264	754	703
VZA	34	37	398	343	192	189	624	568
Gais								
B	114	102	329	341	781	794	1 224	1 237
VZA	81	74	288	298	575	543	944	915
Speicher								
B	64	66	257	226	768	745	1 089	1 037
VZA	42	45	226	197	578	527	847	769
Teufen								
B	119	113	417	403	2 018	2 121	2 554	2 637
VZA	77	69	378	361	1 516	1 505	1 970	1 935

	1. Sektor		2. Sektor		3. Sektor		Total	
	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012
Trogen								
B	60	55	117	116	728	725	905	896
VZA	38	38	102	101	553	539	693	677
Grub								
B	35	37	63	71	181	182	279	290
VZA	21	23	53	61	130	121	203	205
Heiden								
B	78	79	846	845	1 733	1 753	2 657	2 677
VZA	51	53	793	788	1 305	1 293	2 149	2 134
Lutzenberg								
B	24	27	69	71	209	199	302	297
VZA	14	17	60	62	156	143	230	222
Rehetobel								
B	51	52	112	109	378	363	541	524
VZA	34	34	83	84	282	251	398	369
Reute								
B	31	25	36	31	140	140	207	196
VZA	18	15	30	25	93	93	142	132
Wald								
B	57	57	149	146	98	110	304	313
VZA	36	36	134	126	61	66	231	228
Walzenhausen								
B	55	55	343	341	912	926	1 310	1 322
VZA	31	31	322	315	670	653	1 022	999
Wolffhalden								
B	72	60	467	478	263	276	802	814
VZA	37	36	433	444	197	196	668	676
Total B	1 796	1 728	7 561	7 455	16 130	16 358	25 487	25 541
Total VZA	1 208	1 178	6 892	6 762	12 010	11 667	20 106	19 602

Quelle: STATENT Bundesamt für Statistik, Rundungsdifferenzen möglich

Handelsregisteramt

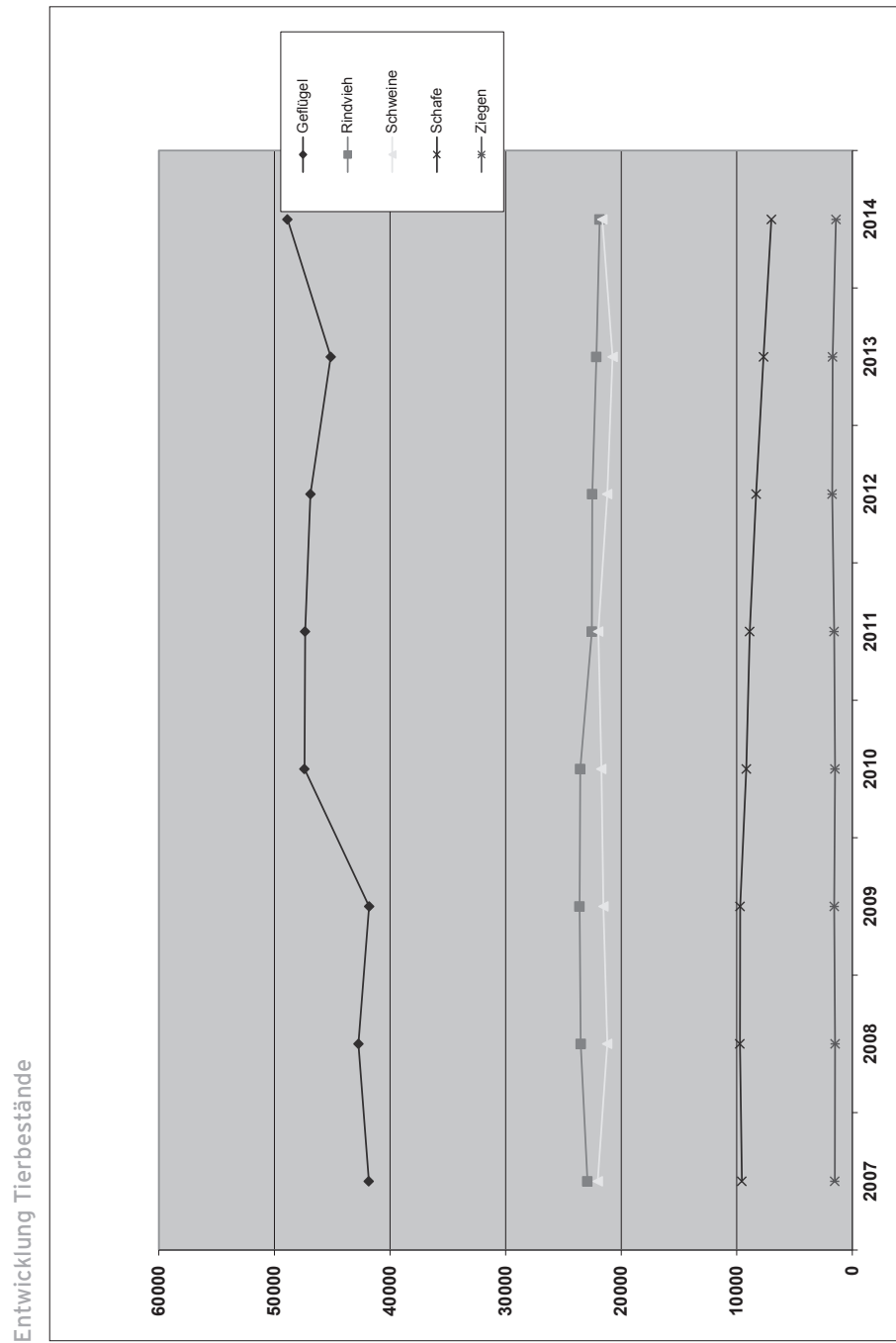
Bestand

	2010	2011	2012	2013	2014
Einzelunternehmen	1 088	1 105	1 089	1 102	1 104
Personengesellschaften	68	69	68	66	62
AG	1 664	1 754	1 875	1 979	2 028
GmbH	1 080	1 178	1 299	1 360	1 444
Genossenschaften	58	54	54	56	56
Vereine	24	25	26	27	32
Stiftungen	134	132	131	131	128
besondere Rechtsformen	4	3	3	4	5
Zweigniederlassungen	103	111	107	105	104
Total	4 223	4 431	4 652	4 830	4 963
Veränderung		+ 4,9 %	+ 5,0 %	+ 3,8 %	+ 2,8 %

Eintragungen und Löschungen

	2010	2011	2012	2013	2014
Eintragungen Handelsregister	501	505	518	487	468
Löschungen	299	297	297	309	335
Total Zuwachs Firmen in Appenzell Ausserrhoden	202	208	221	178	133

Landwirtschaftsamt



Veterinärämtesverband

Inspektionen Betriebs- und Schlachthygiene

	2010	2011	2012	2013	2014
bewilligte Schlachtbetriebe	11	11	11	11	9
Inspektionen	4	5	8	4	1
Beanstandungen	38	35	31	10	7

Fleischuntersuchungen; Schlachtungen Total

	2010	2011	2012	2013	2014
Kühe/Rinder	785	698	671	676	594
Kälber	13	10	8	3	10
Schafe	406	478	420	468	549
Ziegen	197	214	222	231	284
Schweine	2 204	2 242	2 093	2 004	1 803
Pferde	4	6	3	2	60
Lamas, Alpakas	-	-	1	4	1
Total	3 609	3 648	3 418	3 388	3 301

Fleischuntersuchungen; Normalschlachtung

	2010	2011	2012	2013	2014
Kühe/Rinder	634	595	535	502	437
Kälber	10	9	5	3	7
Schafe	402	476	412	468	546
Ziegen	196	214	222	231	283
Schweine	2 198	2 237	2 083	1 995	1 795
Pferde	3	6	3	1	60
Lamas, Alpakas	-	-	1	4	1
Total	3 443	3 537	3 261	3 204	3 129

Fleischuntersuchungen; Notschlachtung

	2010	2011	2012	2013	2014
Kühe/Rinder	151	103	136	174	157
Kälber	3	1	3	-	3
Schafe	4	2	8	-	3
Ziegen	1	-	-	-	1
Schweine	6	5	10	9	8
Pferde	1	-	-	1	-
Lamas, Alpakas	-	-	-	-	-
Total	166	111	157	184	172

Rückstandsuntersuchungen

	2010		2011		2012		2013		2014	
	K	B	K	B	K	B	K	B	K	B
Rückstandsuntersuchung Stichproben Milch	10	10	10	-	10	-	10	-	10	-
Rückstandsuntersuchung Stichproben Fleisch	10	1	10	1	10	2	10	-	10	-
Rückstandsuntersuchung bei Verdacht Fleisch	66	3	45	-	64	-	73	4	47	7
Fremdstoffuntersuchung Masttiere lebend	12	-	12	-	12	-	12	-	12	-
Total	98	14	77	1	96	2	105	4	79	7

K = Kontrolle

B = Beanstandungen

Regionales Arbeitsvermittlungsamt (RAV)/Arbeitslosenkasse

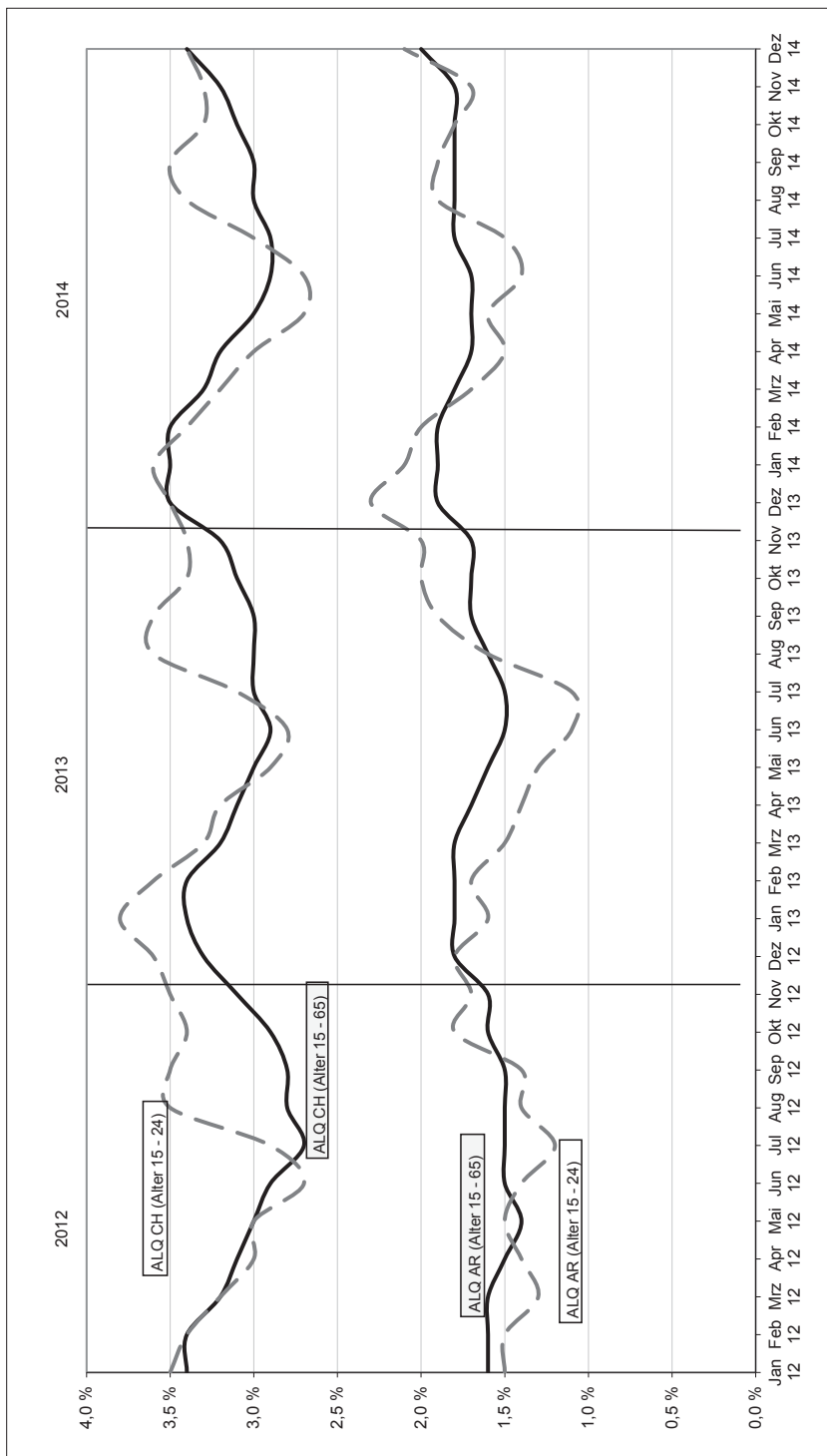
RAV-Statistik

	2010	2011	2012	2013	2014
Ø Stellensuchende	975	786	842	836	865
Ø Arbeitslosenquote	2,0 %	1,5 %	1,6 %	1,7 %	1,8 %
Ø Personalbestand RAV ¹⁾	11,9	11,8	11,6	11,7	12,1
durchgeführte Beratungsgespräche	7633	7140	6749	6510	6785
vermittelte Dauerstellen	104	100	56	61	79
vermittelte Aushilfsstellen/ Zwischenverdienste	117	112	71	39	50
verfügte arbeitsmarktliche Massnahmen	661	454	481	514	544
Stellenmeldungen	500	443	266	355	336
Ø Bezugstage bis Abmeldung pro stellensuchende Person	159	165	156	145	²⁾ 154
neu ausgesteuerte Personen	122	193	150	147	²⁾ 152

¹⁾ Vollstellen

²⁾ provisorischer Wert (definitiver Wert jeweils erst Ende April vorliegend)

Entwicklung Arbeitslosenquoten (ALQ)



Auszahlung Arbeitslosenentschädigung (in Fr.)

	2010	2011	2012	2013	2014
Arbeitslosenentschädigung	22 795 118	16 574 124	16 683 824	18 808 326	19 026 164
Kurzarbeitsentschädigung	3 841 830	1 122 903	1 978 037	1 669 985	780 794
Schlechtwetterentschädigung	330 223	96 678	469 520	440 451	50 496
Insolvenzenschädigung	221 305	226 127	89 677	111 023	47 171
Präventivmassnahmen	678 049	511 055	500 939	663 982	649 814
Total	27 866 524	18 530 887	19 721 997	21 693 767	20 554 439

Von Kurzarbeit betroffene Arbeitnehmer

	2010	2011	2012	2013	2014
Januar	767	91	297	241	150
Februar	690	289	319	283	266
März	390	272	254	249	157
April	216	121	157	133	29
Mai	280	124	136	29	28
Juni	259	55	147	21	20
Juli	54	-	12	3	6
August	60	-	-	3	6
September	62	186	243	15	6
Oktober	68	54	130	114	5
November	67	48	274	161	2
Dezember	92	176	250	169	6
Total	3 005	1 416	2 219	1 421	681

Arbeitsinspektorat

Bereich ArG/UVG		2012	2013	2014
Anzahl	Betriebsbesuche	70	121	104
	bearbeitete Planbegutachtungen und Plangenehmigungen	205	177	169
	diverse Geschäfte	33	56	72
Anzahl Beratungs-gespräche	Total	257	166	166
	Mobbing	3	5	1
	sexuelle Belästigung	0	1	0

Bereich Flankierende Massnahmen/Arbeitsmarkt		2012	2013	2014
Anzahl	Meldungen	1835	1820	1872
	Kontrollen	119	108	105
	kontrollierte Personen	352	243	267
	abgeschlossene Fälle	134	102	126

Bereich Schwarzarbeit		2012	2013	2014
Anzahl	Kontrollen	53	84	60
	kontrollierte Personen	230	181	211
	vermutete Fälle von Schwarzarbeit	27	46	16
	abgeschlossene Fälle	40	56	67

Departement Sicherheit und Justiz

Strassenverkehrsamt

Fahrzeugbestände (in Verkehr per 30.09.)

	2010	2011	2012	2013	2014
Personenwagen	28 665	29 233	29 906	30 491	31 036
Personentransportfahrzeuge	408	442	460	499	535
Sachentransportfahrzeuge	2 065	2 138	2 219	2 314	2 373
Landwirtschaftsfahrzeuge	2 270	2 271	2 279	2 301	2 316
Industriefahrzeuge	540	538	555	562	567
Motorräder	5 287	5 326	5 396	5 463	5 470
Anhänger	3 303	3 395	3 504	3 579	3 660
Total	42 538	43 343	44 319	45 209	45 957
Veränderung		+ 1,89 %	+ 2,25 %	+ 2,01 %	+ 1,65 %

Quelle: Statistik als Vereinigung der Strassenverkehrsämter

Jagdverwaltung

Patente und Straffälle

	2010	2011	2012	2013	2014
Niederjagdpatente	143	138	137	140	143
Hochjagdpatente	49	50	55	57	53
Jagdstraffälle	5	1	-	7	1

Abschusszahlen Jäger und Wildhüter

	2010	2011	2012	2013	2014
Schwarzwild	-	-	-	-	-
Rotwild (Hirsche)	29	20	26	42	27
Gamswild	9	11	13	11	5
Rehwild	423	497	494	511	459
Total	461	528	533	564	491

Amt für Militär- und Bevölkerungsschutz

Rekrutenaushebung

	2011	2012	2013	2014
Diensttauglich	253	295	247	252
Schutzdiensttauglich	40	48	44	45
Untauglich	44	51	36	49
Total Stellungspflichtige	337	394	327	346
davon Diensttauglich	75 %	75 %	76 %	73 %

Schiesswesen ausser Dienst (Pflicht)

	2011	2012	2013	2014
Bundesprogramm 300 m	1 631	1 557	1 531	1 544
Bundesprogramm 50 m / 25 m	150	156	141	97
Total	1 781	1 713	1 672	1 641
davon disziplinarische Bestrafung (versäumte Schiesspflicht)	81	88	91	43

Schiesswesen ausser Dienst

	2011	2012	2013	2014
Feldschiessen 300 m	840	877	793	778
Feldschiessen 50 m / 25 m	176	184	163	120
Jungschützen	88	80	76	66

Kontrollführung

	2011	2012	2013	2014
Stammkontrollbestand der im Kanton meldepflichtigen Armee- und Zivilschutzangehörigen	4 150	4 130	4 075	4 008
Entlassungen aus der Wehrpflicht (Offiziere, Unteroffiziere, Soldaten)	153	158	163	195

Wehrpflichtersatzabgabe

	2011	2012	2013	2014
Ersatzpflichtige	1 543	1 630	1 659	1 569
Rohertrag des Bundes (80 %) in Fr.	933 000	821 751	870 170	736 555
Rohertrag des Kantons (20 %) in Fr.	233 000	250 438	217 543	184 139

Zivilschutz

	2011	2012	2013	2014
belüftete Schutzraumplätze	55 795	55 950	56 225	56 375
Zivilschutzeinsätze zu Gunsten der Gemeinschaft	33	35	78	46
geleistete Dienstage	4 016	4 115	4 710	3 814
Belegungstage Ausbildungszentrum Herisau	215 (Teufen)	224 (Teufen)	230	269
Betreuungseinsätze Care-Team AR/AI	9	14	18	27

Departement Inneres und Kultur

Bevölkerung des Kantons 1980, 1990, 2000, 2010-2013

Quelle: Bundesamt für Statistik, Sektion Demografie und Migration 1980: Volkszählung vom 1. Dezember 1980; 1990: Volkszählung vom 4. Dezember 1990; 2000: Volkszählung vom 5. Dezember 2000; 2010-2013: Stand 31. Dezember (STATPOP).

Appenzell Ausserrhoden

	1980	1990	2000	2010	2011	2012	2013
Hinterland	21 545	23 805	24 248	23 577	23 562	23 540	23 729
Mittelland	14 392	15 373	15 623	16 195	16 441	16 560	16 654
Vorderland	11 674	13 051	13 633	13 245	13 310	13 338	13 308
Total	47 611	52 229	53 504	53 017	53 313	53 438	53 691

Hinterland

	1980	1990	2000	2010	2011	2012	2013
Urnäsch	2 258	2 431	2 336	2 269	2 270	2 241	2 245
Herisau	14 160	15 624	15 882	15 236	15 174	15 222	15 342
Schwellbrunn	1 142	1 438	1 468	1 477	1 475	1 476	1 492
Hundwil	943	1 035	1 038	968	975	974	976
Stein	1 198	1 314	1 355	1 359	1 371	1 357	1 375
Schönengrund	404	434	459	496	508	492	509
Waldstatt	1 440	1 529	1 710	1 772	1 789	1 778	1 790
Total	21 545	23 805	24 248	23 577	23 562	23 540	23 729

Mittelland

	1980	1990	2000	2010	2011	2012	2013
Teufen	5 027	5 252	5 535	5 748	5 867	5 975	6 038
Bühler	1 640	1 628	1 598	1 668	1 697	1 705	1 702
Gais	2 388	2 662	2 770	3 065	3 039	3 018	3 052
Speicher	3 484	3 789	3 853	4 027	4 133	4 183	4 166
Trogen	1 853	2 042	1 867	1 687	1 705	1 679	1 696
Total	14 392	15 373	15 623	16 195	16 441	16 560	16 654

Vorderland

	1980	1990	2000	2010	2011	2012	2013
Rehetobel	1 416	1 688	1 742	1 703	1 728	1 709	1 731
Wald	695	851	881	844	837	843	832
Grub	833	1 019	1 038	1 017	997	1 021	1 020
Heiden	3 620	3 885	4 063	3 990	4 030	4 012	4 031
Wolfhalden	1 632	1 713	1 689	1 706	1 720	1 720	1 727
Lutzenberg	880	1 083	1 323	1 254	1 270	1 254	1 253
Walzenhausen	2 004	2 152	2 181	2 071	2 094	2 106	2 052
Reute	594	660	716	660	634	673	662
Total	11 674	13 051	13 633	13 245	13 310	13 338	13 308

Departementssekretariat

Behandlung von Beschwerden und Rekursen; Veränderung

	2010	2011	2012	2013	2014
Pendenzen vom Vorjahr	14	23	¹⁾ 18	33	12
Eingänge	42	27	41	19	25
Erledigungen	- 33	- 18	- 26	- 40	- 18
Pendent Ende Jahr	23	32	²⁾ 33	12	19

Behandlung von Beschwerden und Rekursen; Eingänge

	2010	2011	2012	2013	2014
Departementsgeschäfte ³⁾	8	11	10	12	14
Vormundschaftsbeschwerden (RR) ⁴⁾	18	8	25	2	-
Stimmrechtsbeschwerden (RR)	1	2	-	1	4
Aufsichtsbeschwerden (RR)	-	2	2	1	4
Diverse (RR)	15	4	4	3	3
Total	42	27	41	19	25

¹⁾ Bis 2010 wurden auch die vom Rechtsdienst der Kantonskanzlei betreuten Beschwerden und Rekurse (v.a. gegen Zonenpläne und Baureglemente) miterfasst. Für 2011 und 2012 wurden Eingänge und Erledigungen dieser Geschäfte nicht mehr erfasst. Da 2011 keine Abgrenzung zu diesen Fällen stattgefunden hat, wurde diese 2012 vorgenommen. Die Anzahl Pendenzen vom Vorjahr wurde von 32 auf 18 korrigiert.

²⁾ Von den 33 Ende 2012 pendenten Beschwerden wurden per 2013 – aufgrund des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts – 16 Fälle zuständigkeitshalber an die neue Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde bzw. das Obergericht überwiesen. Es verblieben 17 pendente Beschwerden.

³⁾ v.a. Rekurse in der Sozialhilfe.

⁴⁾ Der Regierungsrat ist seit 1. Januar 2013 nicht mehr für die Vormundschaftsbeschwerden zuständig. Die Verfügungen der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde können direkt beim Obergericht angefochten werden. Zwei Beschwerden sind im Januar 2013 noch beim Regierungsrat eingegangen, da Vormundschaftsbehörden im Dezember 2012 noch Verfügungen versandten, in denen die Rechtsmittelbelehrung auf den Regierungsrat verwies.

Asyl und Integration

Entwicklung der anwesenden Asylsuchenden und vorläufig Aufgenommenen

Unterbringung Kanton

	Asylsuchende		vorl. Aufgenommene		Total anwesend		Differenz
	2013	2014	2013	2014	2013	2014	
zentrale Unterbringung	44	49	-	-	44	49	+ 5
Unterbringung Gemeinden	175	148	70	98	245	246	+ 1
Total	219	197	70	98	289	295	+ 6

Zentrale Unterbringung

	Asylsuchende		vorl. Aufgenommene		Total anwesend		Differenz
	2013	2014	2013	2014	2013	2014	
Unterbringung Zentren	36	30	-	-	36	30	- 6
Nothilfestruktur	5	9	-	-	5	9	+ 4
diverse Unterbringungsfälle ¹⁾	3	10	-	-	3	10	+ 7
Total	44	49	-	-	44	49	+ 5

¹⁾ Haftfälle, spezielle Platzierungen

Unterbringung Gemeinden

	Wohnbevölkerung	Asylsuchende		vorl. Aufgenommene		Total anwesend		Differenz
		2013	2014	2013	2014	2013	2014	
Umäsch	2 239	6	1	3	5	9	6	- 3
Herisau	15 603	53	52	30	32	83	84	+ 1
Schwellbrunn	1 480	7	4	-	1	7	5	- 2
Hundwil	991	-	-	6	6	6	6	+ 0
Stein	1 387	4	2	1	3	5	5	+ 0
Schönengrund	509	2	-	-	2	2	2	+ 0
Waldstatt	1 789	6	3	3	8	9	11	+ 2
Teufen	6 127	23	23	4	5	27	28	+ 1
Bühler	1 715	4	-	1	-	5	-	- 5
Gais	3 089	10	10	4	4	14	14	+ 0
Speicher	4 198	14	12	3	8	17	20	+ 3
Trogen	1 704	7	6	-	2	7	8	+ 1
Rehetobel	1 732	6	4	5	7	11	11	+ 0
Wald	860	-	1	5	5	5	6	+ 1
Grub	1 016	3	7	-	-	3	7	+ 4
Heiden	4 110	13	10	2	3	15	13	- 2
Wolfhalden	1 749	5	5	1	1	6	6	+ 0
Lutzenberg	1 259	-	-	1	2	1	2	+ 1
Walzenhausen	2 063	8	4	1	4	9	8	- 1
Reute	682	4	4	-	-	4	4	+ 0
Total	54 302	175	148	70	98	245	246	+ 1

Entwicklung Zuweisungen

	2010	2011	2012	2013	2014
Anwesend am 01.01.	234	189	233	298	289
Zugänge	118	165	232	191	226
Erledigungen	163	121	167	200	220
Anwesend am 31.12.	189	233	298	289	295
Veränderung	- 45	+ 44	+ 65	- 9	+ 6

Zugänge

	2010	2011	2012	2013	2014
Bundes-Zuweisungen	93	154	216	174	169
Zuzüge aus anderen Kantonen	1	-	-	1	3
Geburten	2	4	9	6	5
vorläufige Aufnahme aus Asylgesuchsablehnungen	22	7	7	10	49
Total	118	165	232	191	226

Erledigungen

	2010	2011	2012	2013	2014
Wegzug in anderen Kanton	2	1	5	5	3
kontrollierte Ausreise	13	13	23	34	4
Ausschaffungen	16	31	37	35	14
Abreise nach unbekannt	40	26	64	77	30
Erteilung humanitäre Bewilligung	7	1	8	7	12
Erteilung andere Bewilligung	4	2	2	-	3
Anerkennung als Flüchtling	32	40	21	32	105
Nachführung bereits vorläufig aufgenommene Flüchtlinge	27	-	-	-	0
vorläufige Aufnahme aus Asylverfahren	22	7	7	10	49
Total	163	121	167	200	220

Amt für Kultur

Denkmalpflege; Entwicklung Beitragsgesuche und Stellungnahmen

	2010	2011	2012	2013	2014
Beitragsgesuche	60	66	75	59	78
Stellungnahmen Baugesuche, Revisionen	158	169	193	188	203 ¹⁾

¹⁾ 22 Stellungnahmen zu Bauvorhaben, Zonenplänen und Rekursen wurden schriftlich abgegeben.
181 Stellungnahmen wurden in Besprechungen erarbeitet oder abgegeben und flossen direkt als Auflagen in die Baubewilligungen ein.

Denkmalpflege; Entwicklung Beiträge (in Fr.)

	2010	2011	2012	2013	2014
Kanton	664 330	825 940	923 371	949 153	954 388
Bund	172 364	180 375	210 500	305 593	392 040
Gemeinde	709 848	1 215 222	802 338	689 568	1 320 212
Total	1 546 542	2 221 537	1 936 209	1 944 314	2 666 640

